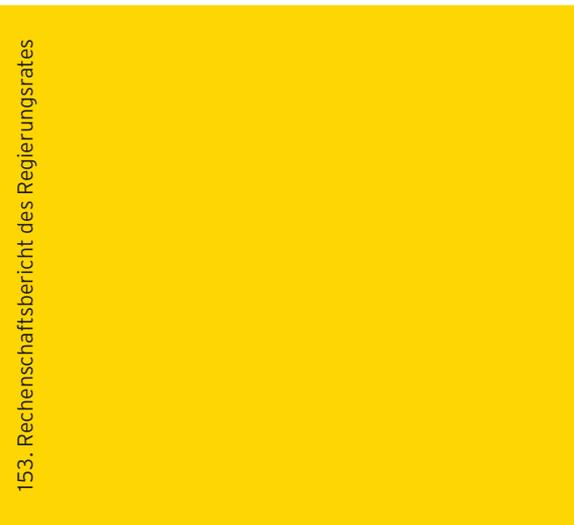


# 153. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2011





Vorwort	3
Regierungsprogramm 2007-2011	4
Kantonskanzlei	10
Stabsstelle Controlling	16
Departement Finanzen	17
Departement Bildung	25
Departement Gesundheit	32
Departement Bau und Umwelt	39
Departement Volks- und Landwirtschaft	48
Departement Sicherheit und Justiz	56
Departement Inneres und Kultur	63
Sach- und Terminplanung 2007-2011	71
Statistischer Anhang	74

## Vorwort

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident  
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Mit diesem Bericht legt Ihnen der Regierungsrat zum fünften Mal in bewährter Form den Rechenschaftsbericht vor. Der statistische Teil wurde leicht ausgebaut und weiter vereinheitlicht. Die Tabellen aus dem Textteil wurden in den statistischen Teil verschoben. Zum letzten Mal findet sich die Sach- und Terminplanung im Rechenschaftsbericht. Neu wird diese wieder vom Regierungsrat in einem separaten Geschäft unterbreitet, erstmals in der kommenden Juni-Sitzung.

Im Berichtsjahr wurden die Auswirkungen der Regierungspolitik der letzten Jahre richtig spürbar. Die Ressourcenlage hat sich deutlich verbessert. Gemäss den Gemeindestatistiken ist die Bevölkerung in Appenzell Ausserrhoden um rund 0,8 % oder 420 Personen gewachsen. Die Finanzen haben sich im Kanton und in den meisten Gemeinden positiv entwickelt. Der Ressourcenindex ist um 4,2 Punkte auf 78,3 Punkte gestiegen, was allerdings zur Verminderung des Ressourcenungleichs führt.

Zum dritten Mal in Folge erregte die allgemeine Wirtschaftslage Besorgnis. Bereits in den Berichten 2009 und 2010 wurde darauf hingewiesen. 2011 erreichte vor allem die Euro-Stabilität einen neuen Tiefpunkt. Als Folge der europäischen Wirtschaftskrise und deren Auswirkung auf die Finanzmärkte kündigte die Nationalbank an, die Ausschüttungen für das kommende Jahr markant zu reduzieren. Dies prägte mitunter den Budgetprozess und wird uns weiterhin beschäftigen. Darüber hinaus blieb der Kanton weitgehend von den Wirtschaftsturbulenzen verschont. Die Staatsrechnung hat rund 6,7 Millionen Franken besser abgeschlossen als budgetiert, die Arbeitslosenzahlen sind nicht wesentlich gestiegen.

Zu Beginn des Berichtsjahres wurden die kantonalen Behörden neu bestellt. Grosse politische Verschiebungen indes sind ausgeblieben. Der Regierungsrat ist in corpore zur Wiederwahl angetreten und gewählt worden. Hans Diem wurde Landammann. Das Obergericht wurde in der neuen Form bestellt, nachdem die Justizreform auf Jahresbeginn in Kraft getreten ist. Regierungs- und der Kantonsrat befassten mit der Neugestaltung der Spitalfinanzierung und der Bildung einer selbstständigen öffentlichrechtlichen Anstalt für den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden. Die Umsetzung der KVG-Revision verlief (bzw. verläuft) teils sehr schwierig, insbesondere weil der Bund seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen hatte. Weiter beriet der Regierungsrat wiederholt das neue Regierungsprogramm. Dieses wurde auf wenige Ziele ausgerichtet und dem Kantonsrat Ende 2011 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Gleichzeitig wurde das laufende Regierungsprogramm 2007 bis 2011 abgeschlossen. Vorliegend wird noch über das letzte Programmjahr berichtet. Vom Schlussbericht hat der Kantonsrat am 28. November 2011 Kenntnis genommen.

Im Berichtsjahr wurde auf allen Ebenen sehr gute Arbeit geleistet. Dem steten Einsatz aller Beteiligten – und damit nicht zuletzt ihres Rates – ist das gute Ergebnis zu verdanken. Der Regierungsrat dankt allen Angestellten der kantonalen Verwaltung und Schulen, des Spitalverbundes und allen weiteren Beteiligten, die im Berichtsjahr dazu beigetragen haben, für ihren Einsatz und ihre Arbeit.

Im Namen des Regierungsrates

Marianne Koller-Bohl, Landammann-Stellvertreterin

Martin Birchler, Ratschreiber



## Regierungsprogramm 2007-2011

### Gesamtprojektleitung

Das Regierungsprogramm wurde mit Beschluss vom 10. August 2010 bis Ende 2011 verlängert. Dieses letzte Jahr der Programmperiode stand im Zeichen des Abschlusses der Projekte und des Aufbaus des neuen Regierungsprogramms.

Der Kantonsrat hat in seiner Sitzung vom 28. November 2011 vom Schlussbericht Kenntnis genommen. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf das letzte Programmjahr.

Der Regierungsrat befasste sich auch im Berichtsjahr mehrmals mit dem Regierungsprogramm 2007-2011:

8. Februar	Projektfinanzierungen 2011, Umlagerungen aus den Projekten in den Pool, Fortsetzung des Monitorings, Auftragserteilung für die Schlussberichterstattung, Weiterverfolgung des Konzepts für einen Image-Film
22. Februar	Nachtragskredit über Fr. 130'000 zu Gunsten des Projekts «Bauen und Wohnen»
20. September	Abschlussreporting mit den Projektleiterinnen und -leitern unter Verdankung der geleisteten, guten Arbeit
25. Oktober	Verabschiedung Schlussbericht z.H. des Kantonsrates
13. Dezember	Konzept Imagefilm

### Marketing

Hauptsächlich wurde an den Grundlagen zu einem audiovisuellen Marketing weitergearbeitet. Der Regierungsrat hat am 13. Dezember vom Stand der Arbeiten Kenntnis genommen und die Kanzlei mit weiteren Abklärungen beauftragt. Im Übrigen wurde das Marketing bereits auf das neue Regierungsprogramm 2012-2015 ausgerichtet.

### Finanzen (vgl. Anhang, S. 74)

Im Berichtsjahr wurden als letzte Tranche 1 Mio. Franken budgetiert. Zusammen mit dem Übertrag von Fr. 155'000 standen 1,155 Mio. Franken zur Verfügung. Davon wurden Fr. 987'000 verwendet. Das Regierungsprogramm schliesst damit rund Fr. 280'000 unter dem Budget ab.

### Zu den übergeordneten Zielen

Das Regierungsprogramm wurde Ende 2011 plangemäss mit all seinen Projekten abgeschlossen. Das externe Monitoring hat dem Regierungsprogramm grossmehrheitlich gute Noten gegeben. Ziele des Programms waren Bevölkerungswachstum und Anstieg des Ressourcenindex. Im Berichtsjahr ist die Bevölkerung angewachsen wie in den letzten 10 Jahren nicht mehr, nämlich um 0,8% oder 456 Personen (gemäss Meldungen der Gemeinden). Ebenfalls angestiegen ist der Ressourcenindex um 4,2 Indexpunkte. Nur Zufall ist das nicht. Die zahlreichen Baustellen im Kanton lassen die Hoffnung aufkommen, dass sich dieses Wachstum in den nächsten Jahren fortsetzt.

## 1. Projekt 1: Koordinierte Familienpolitik Departement Inneres und Kultur

### 1.1 Zielsetzungen 2011

Das Jahr 2011 stand im Zeichen der Umsetzung des Familienleitbildes.

### 1.2 Massnahmen / Ereignisse 2011

Am 10. März 2011 konnte die Familieninformationsplattform [www.familien.ar.ch](http://www.familien.ar.ch) aufgeschaltet und an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Das Projekt PlusPlus<sup>AR</sup> fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem die Unternehmen für die Bedeutung familienfreundlicher Anstellungsbedingungen sensibilisiert werden. Am 1. Juli 2011 wurde zum ersten Mal ein Unternehmen aus 12 guten Bewerbungen ausgezeichnet. Der Anlass genoss ein breites Echo in den Medien. PlusPlus<sup>AR</sup> wird bis 2013 weitergeführt.

Im Mai 2011 hat die Fachhochschule St. Gallen den Bericht über die finanzielle Förderung von Familien in Appenzell Ausserrhoden fertiggestellt. Der Bericht untersucht das Zusammenwirken der Transferleistungen und deren Effekt auf das frei verfügbare Einkommen. Der Regierungsrat hat vom Bericht Kenntnis genommen und das Departement Inneres und Kultur beauftragt, den Bericht zu prüfen und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Mai 2011 hat der Regierungsrat eine dreijährige Pilotphase (2012-2014) für eine Koordinationsstelle Elternbildung bewilligt. Claudia Bischofberger und Barbara Frischknecht, beide aus Herisau, wurden mit diesen Koordinationsaufgaben unter dem Titel «Netzwerk Elternbildung» betraut.

Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich ist eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Amtes für Gesellschaft damit beauftragt, ein Konzept zu entwickeln. Es soll im Herbst 2012 vorliegen.

Ein Familienbericht wurde nicht erstellt. Der Abstand zum ersten Bericht 2006 ist zu kurz, als dass schon eine

Entwicklung aufgezeigt werden könnte. Die Notwendigkeit zeitgemässer gesetzlicher Grundlagen wird im neuen Amt für Gesellschaft für alle Fachbereiche parallel geprüft und ist daher noch nicht abgeschlossen.

### 1.3 Finanzen

Das Projekt blieb im Rahmen des Budgets.

## 2. Projekt 2: Tagesstrukturen Departement Bildung

### 2.1 Zielsetzungen 2011

Durch die Beratung der Gemeinden in der Führung und in der Umsetzung von Erfahrungen mit den Tagesstrukturen werden die in den letzten Jahren aufgebauten Angebote konsolidiert und wo notwendig bedarfsorientiert verbessert und weiterentwickelt.

### 2.2 Massnahmen / Ereignisse 2011

Folgende Massnahmen wurden im Berichtsjahr durchgeführt:

- Beratung der Gemeinden bei Fragen zur Organisation und Umsetzung der Tagesstrukturen, zu Kosten- und Tarifregelungen und zu Qualitätsmerkmalen
- Leistung der vereinbarten Anschubfinanzierung
- Fallweiser Einbezug der Tagesstrukturen in die laufenden externen Evaluationen
- Information der Schulen zu gesamtschweizerischen Entwicklungen im Themenfeld Tagesstrukturen/Tageschulen

### 2.3 Finanzen

Von den im Jahr 2011 zur Verfügung stehenden Mitteln in der Höhe von Fr. 40'000 wurden noch rund Fr. 30'000 benötigt. Damit konnten die für die Dauer des Regierungsprogramms gesprochenen Impulsfinanzierungen abgedeckt werden.



### 3. Projekt 3: Sekundarstufe II mit 95 % Abschlussquote Departement Bildung

#### 3.1 Zielsetzungen 2011

Im Vordergrund stand die Konsolidierung der bereits getroffenen Massnahmen.

#### 3.2 Massnahmen/Ereignisse 2011

Folgende Massnahmen wurden 2011 im Rahmen des Teilprojekts 3 durchgeführt:

- Neukonzeption Berufsberatung als Kompetenzzentrum
- Projekt Lehrnetz AR im zweiten Betriebsjahr

In der Periode August 2010 bis Juli 2011 wurden dem Lehrnetz 20 Jugendliche gemeldet. Alle erfüllten die Aufnahmekriterien und wurden ins Projekt aufgenommen. Drei Jugendliche, die noch nicht lehrstellenreif waren, wurden aus dem Vorjahr (Schuljahr 2009/2010) übernommen und weiter betreut. Für zwei der drei Jugendlichen wurde eine Anschlusslösung in der Brücke AR gefunden. Ein Jugendlicher entschied sich für den Eintritt in eine Informatikerschule in seinem Heimatland Holland. Bis Ende Juli 2011 wurde für die 20 Jugendlichen insgesamt 31 Schnupperlehrstellen organisiert; die Jugendlichen wurden während den Schnupperlehren vom Lehrnetz eng begleitet und betreut. Es konnte für 16 Jugendliche eine Anschlusslösung gefunden werden. Das entspricht einer Quote von 80 % (16 von total 20).

Nach einer eher harzigen Rekrutierungsphase konnte das Lehrnetz im Sommer 2010 mit Teil 2 (Mentoring) starten. Insgesamt wurden von den 10 Mentorinnen und Mentoren 10 Jugendliche im Berufswahlprozess begleitet. Die Mentorinnen und Mentoren wurden umfassend informiert, ausgebildet und geschult. Zu diesem Zweck fanden verschiedene Treffen/Veranstaltungen statt. Die beiden Verantwortlichen von Lehrnetz sowie der Leiter Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung standen den Mentoren bei Fragen oder anstehenden Problemen jederzeit kurzfristig und unbürokratisch zur Seite, was sehr geschätzt wurde. Für Teil 2 kann für das erste «Betriebsjahr» 2010/2011 noch keine abschliessen-

de Bilanz gezogen werden, da einige Jugendliche über einen längeren Zeitraum betreut werden.

#### 3.3 Finanzen

Das Teilprojekt 3 liegt im Rahmen des Budgets.

### 4. Projekt 4: 100 Jahre Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden Departement Gesundheit

#### 4.1 Zielsetzungen 2011

Das Ausserrhoder Bündnis gegen Depression hat sich für 2011 drei Ziele gesetzt: Erstens die Vermittlung der Kernbotschaften, zweitens die Fortbildung von Fachpersonen sowie drittens die Vernetzung und Optimierung bestehender Angebote im Bereich «Kinder psychisch erkrankter Eltern - vergessene Kinder?».

#### 4.2 Massnahmen/Ereignisse 2011

Eine fachübergreifende Arbeitsgruppe hat den Informations- und Handlungsbedarf im Schwerpunktthema «Kinder psychisch erkrankter Eltern» ausgelotet. Der Einladung zu einem Workshop mit Referaten und Diskussion sind zahlreiche Fachpersonen aus den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen gefolgt. Durch das Engagement der mitwirkenden Führungskräfte haben diverse Organisationen das Thema aufgegriffen. Erste Massnahmen werden umgesetzt. Bis Anfang 2012 wird ein Projektantrag erarbeitet. Ziel ist, die Früherkennung sowie die Vermittlung professioneller Hilfe zu verbessern.

Das Ausserrhoder Bündnis gegen Depression hat auf der Internetseite [www.buendnis-depression.ar.ch](http://www.buendnis-depression.ar.ch) das Schwerpunktthema in einem eigenen Menüpunkt abgebildet - und damit der Bevölkerung einen weiteren Zugang zu Wissen über Depression eröffnet. Bis Ende Jahr sind - seit Aufschaltung der Informationsplattform im Jahr 2008 - rund 400'000 Klicks verzeichnet worden.

Die Theatergruppe «Knotenpunkt», welche 2008 den offiziellen Auftakt des Ausserrhoder Bündnis bestritten hat, gestaltete auch den Abschluss des Projekts. Nachdem das Ausserrhoder Bündnis gegen Depression 2009 die Zusammenarbeit mit Appenzell Innerrhoden aufgenommen hat, ist 2011 der Kanton St. Gallen hinzugekommen. Die Überführung des Ausserrhoder Bündnis gegen Depression in ein Ostschweizer Forum für psychische Gesundheit ist in Vorbereitung.

### 4.3 Finanzen

Das Projekt wurde im Rahmen der budgetierten Finanzmittel abgeschlossen.

## 5. Projekt 5: Umsetzung Wirtschaftsstrategie und Neue Regionalpolitik Departement Volks- und Landwirtschaft

### 5.1 Zielsetzungen 2011

Die Zielsetzung für 2011 war die weitere Etablierung der Wirtschaftsstrategie sowie die Umsetzung von mindestens einem Massnahmenvorschlag pro Strategiefeld. Im Bereich der Neuen Regionalpolitik sollten die Grundlagen für eine Weiterführung der Programme über 2011 hinaus geschaffen werden.

### 5.2 Massnahmen/Ereignisse 2011

#### Wirtschaftsstrategie

Im ersten Strategiefeld «Wirtschaftsfreundliches Klima» wurde der seit 1997 bestehende Dialog zwischen Wirtschaft und Politik weitergeführt. Der Regierungsrat besuchte auch 2011 verschiedene Firmen und traf sich mit den Wirtschaftsverbänden (vgl. S. 10).

Im Bereich «Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen» wurden sowohl die Aktivitäten zur Promotion des Standorts Appenzell Ausserrhoden als auch die Immobilienplattform «Immoweb AR» weitergeführt.

Auch in den Bereichen «Wachstumsimpulse» und «Innovation und Wissen» wurden die Aktivitäten aus dem letzten Jahr fortgeführt.

#### Neue Regionalpolitik (NRP)

Im Sommer 2011 wurden dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) der Schlussbericht über die Umsetzung der Programmvereinbarung 2008-2011 sowie das Umsetzungsprogramm für die Periode 2012-2015 eingereicht. Die Programmverhandlungen für die Umsetzung der NRP in Appenzell Ausserrhoden während der kommenden vier Jahre konnten bis Ende 2011 abgeschlossen werden.

2011 wurden die nachfolgenden Projekte unterstützt oder umgesetzt:

- AR-Innotech
- Div. Projekte im Bereich Tourismus (Wellbeing & Health Resort Appenzellerland, etc.)
- Div. interkantonale Projekte (Nano Cluster Bodensee, Innovationszelle Optik, industrielle Dienstleistungen, etc.)
- Diverse kleinere Projekte

### 5.3 Finanzen

Die Ausgaben für das Projekt 5 blieben im Rahmen der Vorgaben des Budgets.

## 6. Projekt 6: Umsetzung und Promotion der Steuerstrategie Departement Finanzen

In diesem Projekt haben im Berichtsjahr keine besonderen Aktivitäten stattgefunden.

## 7. Projekt 7: Bauen und Wohnen Departement Bau und Umwelt

### 7.1 Zielsetzungen 2011

Im Berichtsjahr hat sich «Bauen und Wohnen» auf die Unterstützung von Bauprojekten mit Impulswirkung sowie auf die Durchführung von «Haus-Analysen» konzentriert. Ziel von «Bauen und Wohnen» ist es, die kontinuierliche Unterstützung der Wohnbauprojekte bis zur Realisierung sicher zu stellen.

### 7.2 Massnahmen/Ereignisse 2011

Bei den Teilprojekten sind im Berichtsjahr folgende Entwicklungen festzuhalten:

- Wohnüberbauung Mattenbach, Grub: Das Bauprojekt mit ca. 20 Wohnungen liegt vor. Der Gestaltungsplan ist in der Vorprüfung. Die Realisierung ist ab 2013 vorgesehen.
- Industrieareal Eisigeli, Schwellbrunn: Im Neubau der Blumer BSB AG wird bereits produziert. Das Bauprojekt der Mettler GmbH liegt vor.
- Wohnüberbauung Zentrum, Grub: Die Gesellschaft «Zentrumsüberbauung Grub» kauft die Liegenschaft «Post». Das Vorprojekt «Zentrum Grub» mit 12 Wohnungen sowie Dienstleistungs- und Gewerberäumen liegt vor. Die Realisierung ist 2013-2014 vorgesehen.
- Wohnüberbauung Dorf, Schönengrund: Die ortsbauliche Studie zeigt Varianten für die Wohnüberbauung auf. Die erste Etappe mit ca. 20 Wohnungen wird bis Stufe Vorprojekt entwickelt.
- Arealentwicklung Bahnhof Herisau: Grundeigentümer und Gemeinderat Herisau haben die Entwicklungsvereinbarung genehmigt. Die Machbarkeit eines Verkehrskreisels zur Entlastung des Bahnhofs wurde nachgewiesen, und das Konzept des neuen Busbahnhofs liegt vor.
- Das Projekt «Haus-Analyse» ist erfolgreich. 2011 wurden rund 20 Haus-Analysen durchgeführt. Die Realisie-

rungskosten liegt bei ca. 15 % (ca. Fr. 2,5 Mio.) des Sanierungsbedarfs aller untersuchten Gebäude. Von 2009 bis 2011 wurden über 50 Haus-Analysen durchgeführt.

- Die Begleitgruppe «Bauen und Wohnen» hat zwei Arbeitssitzungen durchgeführt und wurde per Ende 2011 aufgelöst. Der Aufwand des Projektleiters betrug im Berichtsjahr ca. 30 %.
- Die Entwicklung von grösseren Bauprojekten beansprucht mehrere Jahre bis zur Realisierung. Die Begleitgruppe «Bauen und Wohnen» empfiehlt deshalb die Weiterführung der Haus-Analyse und die Unterstützung von Wohnbauprojekten durch das Regierungsprogramm 2012-2015.

### 7.3 Finanzen

Das Budget 2011 wurde ausgeschöpft. Der Gesamtkredit (2007-2011) von «Bauen und Wohnen» im Betrag von Fr. 1'189'000 wurde wegen der Nachfrage bei den Haus-Analysen um Fr. 4'277 überschritten.

## 8. Projekt 8: Kulturfrühling Ausserrhoden Departement Inneres und Kultur

### 8.1 Zielsetzungen 2011

Zwei Ziele standen im Zentrum: die Durchführung der Kulturlandsgemeinde 2011 und die Institutionalisierung der Kulturlandsgemeinde ab 2012.

### 8.2 Massnahmen/Ereignisse 2011

2011 zeigte sich die Kulturlandsgemeinde in einem neuen Erscheinungsbild und in der zukünftigen Form. Sie fand am 7./8. Mai 2011 in Herisau bei der HUBER+SUHNER AG und in St. Gallen im Sitterwerk statt. Unter dem Titel «Arbeit, fertig, los» widmete sie sich mit Vorträgen, Diskussionen, Werkstätten und künstlerischen Interventionen breit und vielfältig der Arbeit und führte namhafte Exponentinnen

und Exponenten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kunst während zwei Tagen zusammen. Für den Sonntag konnte die Schriftstellerin und Gewinnerin des Schweizerischen Buchpreises Melinda Nadj Abonji gewonnen werden. Einmal mehr fand die Sonderschrift der Kulturlandsgemeinde 2011 besondere Aufmerksamkeit.

Am 15. Februar 2011 hat der Regierungsrat die Weichen für die Zukunft der Kulturlandsgemeinde gestellt und einen Beitrag von Fr. 280'000 für eine Kulturlandsgemeinde unter freier Trägerschaft (Genossenschaft) für die Jahre 2012-2015 zu Lasten des Kulturfonds (aus der «Kulturmillion») gesprochen. Damit und nach der Zusprache von Mitteln aus einer privaten Förderstiftung ist die Kulturlandsgemeinde für die nächsten vier Jahre gesichert. Im Rahmen des Regierungsprogramms konnte sich die Kulturlandsgemeinde institutionalisieren und sich als unverwechselbarer Kulturort von Appenzell Ausserrhoden positionieren. Im Zentrum steht ein zweitägiger Anlass am ersten Maiwochenende, der jedes Jahr einem Thema gewidmet ist. Kernpunkte sind Referate, Diskussionen in Gruppen, Workshops und künstlerische Beiträge.

### 8.3 Finanzen

Der ursprünglich budgetierte Rahmen über die vier Jahre wurde eingehalten.

## 9. Projekt 9: «Dunant 2010»

Das Projekt «Dunant 2010» wurde 2010 abgeschlossen (vgl. die Berichterstattung und die Schlussbetrachtung im Rechenschaftsbericht 2010 des Regierungsrates, S. 15 f.).



## Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Martin Birchler

### 1. Kantonsrat

Der Kantonsrat behandelte an sieben Sitzungen insgesamt 55 Geschäfte. Im Zentrum standen die Umsetzung der Revision des Krankenversicherungsgesetzes im Bereich der Spital- und Pflegefinanzierung, die Verselbständigung des Spitalverbundes und die 1. Lesung zum neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Von Bedeutung waren zudem eine Revision des Energiegesetzes, die Interkantonale Vereinbarung über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten und der Zwischenbericht des Regierungsrates zur Analysierung der heutigen Gemeindestruktur von Appenzell Ausserrhoden.

Der Kantonsrat hat an seiner Junisitzung eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, Massnahmen zur Stärkung des Kantonsrates und zur Verbesserung der Ratsarbeit zu prüfen. Diese untersucht unter anderem die Erstellung eines Parlamentsgesetzes, das Kommissionswesen, insbesondere die Bildung von ständigen Kommissionen, die Organisation des Ratssekretariates und die Frage eines unabhängigen Parlamentsdienstes.

### 2. Regierungsrat

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat an 42 halb- oder ganztägigen Sitzungen 632 Geschäfte behandelt. Daneben wurden im Laufe des Jahres verschiedenste Strategiethemen diskutiert. Wiederum fünf Mal zog der Regierungsrat über Land und tagte in den Gemeinden Grub, Heiden, Walzenhausen, Trogen und Gais. Der persönliche Informationsaustausch und das gemeinsame Mittagessen mit den Gemeinderatsmitgliedern dienen der Beziehungspflege zwischen Kanton und Gemeinden.

Im Verlaufe des Berichtsjahres hat der Regierungsrat im Sinne der guten Verhältnisse zwischen Wirtschaft und Politik folgende Betriebe besucht: Cilander AG, Herisau, Blumer Techno Fenster AG, Waldstatt, Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, Trogen, Säntis Schwebbahn AG, Schwägälp, Migros Ostschweiz, Gossau. Einmal mehr waren dies interessante Begegnungen, die beidseits geschätzt wurden.

Traditionell fanden 2011 zwei Treffen mit den Regierungen der Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und die Regierungskonferenz der Ostschweizer Kantone (ORK) statt. Jeweils kurz vor Beginn der Sessionen der Eidgenössischen Räte traf sich der Regierungsrat mit Nationalrätin Marianne Kleiner-Schläpfer und Ständerat Hans Altherr zu einer kurzen Aussprache über die anstehenden Geschäfte. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr den US-Botschafter empfangen. Die Regierung hat sich mit Vertretern des Gewerbeverbandes Appenzell Ausserrhoden, des Industrievereins Appenzell Ausserrhoden, der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell sowie des Kirchenrates der evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell zu einem Informationsaustausch getroffen. Weiter hat sich der Regierungsrat mit den Medienschaffenden getroffen. Zum Staatsbesuch lud der Regierungsrat im Berichtsjahr den Regierungsrat Zug. Der Regierungsrat wurde anschliessend zum Gegenbesuch eingeladen.

2011 wurden wiederum zwei Personalinformationsveranstaltungen in Herisau und Trogen durchgeführt. Die Mitarbeitenden wurden von den einzelnen Mitgliedern des Regierungsrates über die verschiedenen Entscheidungen orientiert. Die dritte Kadertagung der kantonalen Verwaltung fand am 26. August in Heiden statt.

### 3. Kantonale Urnengänge

Im Berichtsjahr wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an zwei Wochenenden an die Urne gerufen:

Am 13. Februar 2011 genehmigten die Stimmberechtigten mit 9'146 gegen 8'743 Stimmen die Interkantonale Vereinbarung über den Lastenausgleich mit dem Kanton St. Gallen im Bereich bedeutender überregionaler Kultureinrichtungen. Die Stimmbeteiligung belief sich auf 49,3%.

Am gleichen Tag stand die Gesamterneuerung des Regierungsrates und des Obergerichtes an. Sämtliche Mitglieder des Regierungsrates stellten sich zur Wiederwahl und wurden bestätigt. Bei der Wahl in das Landammannamt obsiegte Hans Diem, Herisau. Als Folge der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Obergericht waren im

Obergericht erstmals 18 Richterstellen zu besetzen. Alle Kandidaten schafften das absolute Mehr problemlos.

Am 23. Oktober 2011 bewilligten die Bürgerinnen und Bürger mit 14'554 gegen 2'848 Stimmen den Kredit für Verbesserungen im Spital Heiden. Die Stimmbeteiligung betrug 48,0 %. Gleichentags fanden die Wahlen für den Nationalrat und den Ständerat statt. Als neuer Vertreter im Nationalrat wurde Andrea Caroni, Grub, gewählt. Die Wiederwahl von Hans Altherr, Trogen, als Vertreter im Ständerat war unbestritten.

#### 4. Kanzleidienste

Mit der Reorganisation der Kantonskanzlei wurden am 1. Januar 2011 die Kanzleidienste als Organisationseinheit etabliert. Die Kanzleidienste vereinigen die administrativen Dienstleistungen zugunsten von Kantonsrat, Regierungsrat und Verwaltung. Sie stellen die Infrastruktur bereit (Drucksachen und Büromaterial, Post-, Telefon-, Empfangs- und Weibeldienst), besorgen die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen von Kantonsrat und Regierungsrat, unterstützen die politische Planung und die Koordination und betreuen die amtlichen Publikationen (u.a. Internet, Amtsblatt, bereinigte Gesetzessammlung). Darüber hinaus unterstützen sie die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen, betreiben das kantonale Passbüro und stellen Legalisationen aus.

Im Berichtsjahr konnte die neue Online-Gesetzessammlung in Betrieb genommen werden ([www.bgs.ar.ch](http://www.bgs.ar.ch)). Nachträge mit Änderungen von Erlassen sind nun nicht mehr separat erfasst. Sämtliche Erlasse erscheinen in einer konsolidierten Fassung. So konnte die Sammlung um hunderte von Nachtragserlassen entlastet und damit übersichtlicher gestaltet werden. Ein integriertes Redaktionssystem unterstützt Departemente und Kantonskanzlei bei Rechtsetzungsprojekten.

Das Geschäftsverwaltungssystem «KONSUL» bildete einen Schwerpunkt in der Projektarbeit der Kanzleidienste. Eine interne Arbeitsgruppe widmet sich der organisatorischen Grundlagenarbeit. Dazu gehört auch die Erarbeitung eines «KONSUL»-Handbuches für die gesamte Verwaltung. Der

Aufbau eines Applikationsforums, das die Aktivitäten rund um diese Schlüsselanwendung koordiniert und steuert, lag ebenfalls in den Händen der Kanzleidienste. Schliesslich engagierten sich Mitarbeitende der Kanzleidienste in verschiedenen Arbeitsgruppen zum Projekt ECM (Enterprise Content Management), das u.a. auch eine weitere Ausdehnung von «KONSUL» zum Ziel hat.

Die Vorbereitung des IBK-Vorsitzjahres 2012 sowie die Organisation der Feier zu Ehren von Ständeratspräsident Hans Altherr nahmen im Berichtsjahr einigen Raum ein.

##### 4.1 Passbüro (vgl. Anhang, S. 75)

Seit dem 24. Januar 2011 erhalten Angehörige von Staaten ausserhalb der EU/EFTA – sogenannten Drittstaaten – für den Aufenthalt in der Schweiz einen biometrischen Ausländerausweis. 2011 wurden im Passbüro 636 biometrische Daten erfasst, die auf der Grundlage der Angaben des Migrationsamtes basieren.

Die Produktion von Pässen und Identitätskarten hat im gleichen Zeitraum gegenüber 2010 zugenommen. Die Erfassung der biometrischen Daten sowie die Produktion der Pässe und Identitätskarten verliefen im Berichtsjahr in der Regel gut. Einzig bei den Releases, die vom Bundesamt für Polizei veranlasst wurden, entstanden zeitweise Probleme mit der Software.

Wie im Vorjahr wurden vor der Ferienzeit wieder vermehrt provisorische Pässe beantragt und direkt beim Passbüro ausgestellt. Mit diesem Verfahren haben die Kunden die Möglichkeit, innerhalb weniger Minuten einen Pass zu erhalten, der es ihnen erlaubt, die Reise wie geplant anzutreten.

Das Passbüro ist in der Bevölkerung inzwischen gut verankert und die Mitarbeitenden können immer wieder Komplimente für den guten Service entgegennehmen.

##### 4.2 Dienstleistungs- und Materialzentrale

Die Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ) kümmert sich um die zentralisierte Beschaffung, Verwaltung und Abgabe des Büromaterials und bewirtschaftet die Druck-



sachen und Publikationen der kantonalen Verwaltung. Die Telefonzentrale sowie der Postdienst sind der DMZ unterstellt.

Im Berichtsjahr wurden die Unterlagen für sieben Sitzungen des Kantonsrates aufbereitet und versandt. Ein Versand erreicht jeweils ca. 230 Bezüger. Dazu gehören neben den Mitgliedern des Kantonsrates Angehörige der Verwaltung, alle Gemeinden, die Vertreter der Presse mit ca. 28 Exemplaren und zurzeit 34 Privatpersonen.

Die DMZ ist für den organisatorischen Teil des Parlamentsbetriebs besorgt (sog. Weibeldienst). Daneben stellt sie an den Kantonsratssitzungen und an den kantonalen Wahl- und Abstimmungssonntagen den Restaurationsbetrieb sicher und führt weitere Veranstaltungen im Kantonsratssaal durch. Im Berichtsjahr nahmen diese Tätigkeiten die DMZ aufgrund der Gesamterneuerungswahlen recht intensiv in Anspruch.

Zum Aufgabenbereich der DMZ gehört die Ausstellung von Legalisationen und Apostillen. Im Jahre 2011 wurden Legalisationen für 533 Aktenstücke ausgestellt. Das 2010 in Kraft getretene Beurkundungsgesetz verleiht neu auch den ansässigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten die Befugnis zur öffentlichen Beurkundung. Die Anwaltschaft reichte erst rund 1 Prozent der Aktenstücke ein. Die übrigen Dokumente stammten vor allem von öffentlichen Urkundspersonen in den Gemeinden oder vom Handelsregisteramt.

## 5. Rechtsdienst (vgl. Anhang, S. 76)

Das Berichtsjahr war durch die kantonalen und kommunalen Gesamterneuerungswahlen im Frühjahr und die National- und Ständeratswahlen im Herbst geprägt. Sie lösten im Vorfeld jeweils eine ungewöhnlich hohe Zahl von Rückfragen aus. Sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Gemeindebehörden waren erhebliche Unsicherheiten in wahlrechtlichen Fragen zu verspüren. Ein Stimmbürger erhob zudem Stimmrechtsbeschwerde gegen die Kantonsratswahlen, weil das Majorzwahlverfahren verfassungswidrig sei. Diesem Argument mochte der Regierungsrat nicht folgen, und auch vor Obergericht blieb die Stimmrechtsbeschwerde erfolglos.

Wenig bekannt sind die Vorschriften über die formelle Ausgestaltung von Unterschriftenlisten für Initiativen. Gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte muss das Initiativkomitee sowohl bei kantonalen als auch bei kommunalen Initiativen vor Beginn der Unterschriftensammlung durch die Kantonskanzlei prüfen lassen, ob die Unterschriftenlisten den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Diese Vorprüfung soll dazu beitragen, dass eine Initiative später nicht aus formellen Gründen für ungültig erklärt werden muss. Wie im Berichtsjahr wiederum festgestellt werden musste, weisen die Unterschriftenlisten mitunter erhebliche Mängel auf.

Im Rahmen kantonalen Rechtsetzungsverfahrens wurden dem Rechtsdienst 26 Erlassentwürfe zur Vorprüfung überwiesen. Die Entwürfe werden systematisch auf ihre formelle und materielle Kohärenz hin überprüft und anschliessend in Zusammenarbeit mit dem federführenden Departement bereinigt. Allfällige Differenzen können so in der Regel frühzeitig ausgeräumt werden. Daneben war der Rechtsdienst im Berichtsjahr an einigen Rechtsetzungsprojekten direkt beteiligt, so etwa am Entwurf für ein neues Finanzhaushaltsgesetz und an den neu aufgenommenen Arbeiten zur Revision der Rechtsgrundlagen im Straf- und Massnahmenvollzug.

Im Rekurswesen war ab Mitte des Jahres ein markanter Anstieg zu verzeichnen. Mehrere Gemeinden sind daran, ihre Ortsplanungen zu revidieren, was zu einer Häufung planungsrechtlicher Rekurse geführt hat.

## 6. Information und Kommunikation

Das im 2010 erarbeitete neue Informations- und Kommunikationskonzept des Kantons wurde vom Regierungsrat im Mai verabschiedet. Damit war der Weg frei, «Information & Kommunikation» zeitgemäss zu gestalten.

Um die täglich anfallenden Medienanfragen und -informationen zu bewältigen sowie die kantonale Kommunikation zu festigen, wurden daraufhin die Ressourcenfrage sowie die Organisation vertiefter umschrieben. Der Regierungsrat hat Andreas Disch in die Kantonskanzlei überführt, Willi Moesch wurde der Kantonskanzlei zu

20 % für Kommunikationsaufgaben zugeteilt. Auch hat der Regierungsrat beschlossen, den jeweiligen Landammann für seine amtlichen und repräsentativen Aufgaben mit einem persönlichen Mitarbeitenden von insgesamt 50 Stellenprozenten zu unterstützen.

Andreas Disch - als ehemaliger Stabsmitarbeiter im Departement Bau und Umwelt - hat auf den 1. Dezember ein neues Pflichtenheft im Rahmen des Kommunikationskonzeptes und der Zusammenfassung der Kommunikationsressourcen erhalten. Mit dieser Bündelung der Kommunikationsressourcen wurde einerseits die Stellvertretung des Leiters Information und Kommunikation geregelt; andererseits können nun lang anstehende Projekte angegangen werden (Publikationsnummerierung, Einhaltung kantonales Erscheinungsbild, Internetaufsicht, Konzept Social Media, etc.).

Dank Zuweisung finanzieller und zeitlicher Ressourcen, optimaler Planung und vor allem interessierten Schreiberlingen aus allen Departementen war Ende August die erste «Bärentatze», die Mitarbeitendenzeitschrift der kantonalen Verwaltung, geboren. Trotz sehr engem Zeitraster für die Umsetzung der ersten Ausgabe schaffte das Redaktionsteam eine herausragende Erstausgabe, erntete viel Lob - aber auch Anregungen und Änderungsvorschläge. Kurz vor Weihnachten folgte die zweite Nummer, die schon fast journalistische Schaffenskriterien erfüllte. Die Mitarbeitendenzeitschrift erscheint dreimal im Jahr. Verantwortlich ist der Leiter Information & Kommunikation sowie dessen Stellvertreter; das Redaktionsteam leitet Willi Moesch. Mit der «Bärentatze» wurde auch das erste Teilprojekt des neuen Personalleitbildes vollständig umgesetzt.

Die Website [www.ar.ch](http://www.ar.ch) der kantonalen Verwaltung Appenzell Ausserrhoden zählt täglich rund 1'500 Besucherinnen und Besucher - und ist auch für Menschen mit Behinderung sehr gut zu nutzen. Dies geht aus der Accessibility-Studie 2011 der Schweizerischen Stiftung zur behindertengerechten Technologienutzung «Zugang für alle» hervor. Die Site wurde mit der Maximalpunktzahl von fünf Sternen bewertet. Appenzell Ausserrhoden erfüllt damit als einer von wenigen Kantonen die von Gesetzes wegen geforderte Barrierefreiheit.

Vorbereitungsarbeiten zum Jubiläumsjahr AR°AI 500 im 2013 nahmen wiederum viel Raum ein; die Dachkommunikation greift, die Projekte sind alle aufgegleist. Das Setzen der kommunikativen Richtlinien war herausfordernd. Auch die Arbeiten zum Vorsitzjahr der IBK im 2012 brauchten Zeit und Energie, denn der Leiter Information und Kommunikation wird im 2012 die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit der IBK präsidieren.

Im Weiteren ist der Leiter Information und Kommunikation in verschiedenen Gremien vertreten, die für die Verankerung in der Medienlandschaft wichtig sind, so z.B. im Vorstand der SRG Ostschweiz und in deren Programmkommission.

Besondere Krisenereignisse fanden im 2011 nicht statt, abgesehen vom Bekanntwerden der zahlreichen Missbräuche von Behinderten durch einen Pfleger während 29 Jahren. Davon betroffen waren auch zwei Heime in Appenzell Ausserrhoden.

## 7. Staatsarchiv

Im Rahmen des Umbauvorhabens Zeughaus Ebnet konnte das Staatsarchiv massgeblich an der Detailplanung des Kulturgüterschutzraums sowie des Kunden- und Verwaltungsbereichs im Annexgebäude mitwirken. Die wegen schlechter Papierqualität gefährdeten Regierungsakten 1848-1920 wurden durch die Spezialfirma Nitrochemie-Papersave-Swiss fachgerecht entsäuert. Nachfolgend besorgten zwei Zivildienstleistende deren sorgfältige Umlagerung in Dossiermappen und die elektronische Verzeichnung der Aktenserien I-XXIII. Der konservatorischen Pflege des umfangreichen Bildarchivs Werner Schoch widmet sich in freiwilliger Mitarbeit Fotograf Leo Brummer. Die bisher gefaltet in Couverts aufbewahrten Pergamenturkunden des Alten Archivs wurden durch die örtliche Buchbinderei Büchi+Schum flachgelegt und in spezielle Schachteln umgepackt. Die Leitung dieser Projekte oblag Renate Bieg als für die Bestandserhaltung zuständige wissenschaftliche Archivarin.

2011 wurden 15 Vorträge oder Führungen ausgerichtet, 385 Auskünfte an private Interessenten erteilt und 218



Dienstleistungen für amtliche Stellen erbracht. Zudem konnten 106 Archivbesucher registriert werden, die 838 Archiveinheiten konsultierten. Für die Gemeindekanzlei Urnäsch wurde ein Archivworkshop angeboten und für die Gemeindegemeinschaft ein Weiterbildungsanlass zum Archivrecht durchgeführt.

Die Zugangskontrolle umfasst 53 Positionen. Wichtige Ablieferungen tätigten das Departement Bau und Umwelt (Protokolle der Landesbau- und Strassenkommission 1842-2009; Akten Direktionssekretariat 1960-2007), das kantonale Verwaltungsgericht sowie das Verhöramt in Trogen. Die Abteilung Nichtstaatliche Bestände erfuhr mehrere grössere Neuzugänge: Heimatschutz AR (1910-2006), Verband Appenzell Ausserrhodischer Verkehrsvereine (1919-2009), Appenzellische Naturwissenschaftliche Gesellschaft (1958-2008), Sozialdienst für Frauen und Familien beider Appenzell (1974-2008), Kantonal- und Ortssektionen Blaues Kreuz (1907-2000), Bauarbeiterverband/Gewerkschaft Bau und Holz (1920-1987). Das von Konrad Frischknecht überlassene Firmenarchiv Stüdli Holz Flawil/Herisau (ca. 1900-1956) hat unsere Palette regionaltypischer Unternehmensarchive abgerundet. Kleine Nachlässe zu Traugott Höhener (1886-1928) von Herisau und Friedrich Langenauer (1887-1915) von Urnäsch widerspiegeln Auswandererschicksale im 20. Jahrhundert. Von der Metrohm AG durften wertvolle Filme aus dem Nachlass von Bertold Suhner (1910-1988) übernommen werden. Das Bildarchiv wurde um die 1936/37 von Josef Forderer erstellte Fotodokumentation zur Haggenbrücke erweitert. Aus Herisauer Privatbesitz gelangten historische Daguerrotypen und Fotografien zur weitverzweigten Familie Züst von Lutzenberg ins Staatsarchiv.

Der Staatsarchivar wirkte am vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen ECM-Projekt mit, dessen Detailkonzept den gesamten Geschäftsprozess vom Posteingang bis zur elektronischen Archivierung abdeckt. Zwecks Sicherung der älteren Einwohnerregister erfolgte in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Herisau die Digitalisierung der 28'765 Aufenthaltler-Karteikarten aus der Zeit 1917-1949. Ebenfalls mit Kulturgüterschutzmitteln konnte unter Leitung von Antje Mai die erste Serie der Ausserrhoder Kirchenbücher gescannt und mikroverfilmt werden. Zur Archäologie entstanden in Kooperation mit dem Münz-

kabinett Winterthur zwei Publikationen von Claudio Bergantini über einen älteren Münzfund in Stein. Die von Thomas Fuchs und Hans Hürlemann geleitete Reorganisation des Gemeindearchivs Urnäsch konnte auf Jahresende abgeschlossen werden; über 4'000 in ScopeArchiv erfasste Verzeichnungseinheiten gewährleisten nun einen guten Informationszugang.

Beim von Dr. Eugen Nyffenegger geleiteten Nationalfondsprojekt «Appenzeller Namenforschung» kam die Sammlung historischer Belege betreffend Appenzell Innerrhoden zum Abschluss. Ebenfalls von beiden Kantonen mitgetragen wird das kulturgeschichtliche Forschungs- und Publikationsvorhaben «Appenzeller Möbelmalerei 1700-1860». Dank regen Echos von weit über hundert Privatsammlern konnte Projektleiter Marcel Zünd etliche bisher unbekannte Objekte inventarisieren. In Kooperation mit dem Museum Herisau entsteht 2011/2012 die Publikation «Ins Appenzellerland in die Ferienkolonie». Im Rahmen des geschichtlichen Jubiläumsprojekts AR•AI 500 wirkt Kathrin Hoesli als Koordinatorin. Für das Buch wurden 120 repräsentative Zeitzeugnisse aus fünf Jahrhunderten ausgewählt. Ferner konnten ein Dutzend Schmalfilme privater Herkunft digitalisiert und für öffentliche Filmabende aufbereitet werden. Die Zahl der auf der Webseite [www.zeitzeugnisse.ch](http://www.zeitzeugnisse.ch) zugänglichen Erinnerungstücke stieg auf gegen 300 an.

## 8. Aussenbeziehungen

### 8.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die KdK hat sich usanzgemäss auch im Berichtsjahr wiederum zu vier Plenarversammlungen getroffen. Appenzell Ausserrhoden wird durch Regierungsrat Jürg Wernli vertreten.

Die Konferenz setzte die Beratungen zur europapolitischen Standortbestimmung fort. Weiter befasste sie sich mit der diplomatischen Krise Schweiz-Libyen, mit der Legislaturplanung des Bundes 2011-2015 und mit einer Vorlage zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Sie nahm Stellung zum Raumkonzept Schweiz

und genehmigte die Erneuerung der Rahmenvereinbarung zur E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz.

## 8.2 Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK)

Die ORK wurde auf den 17. März 2011 zu ihrer jährlichen Plenarsitzung in Schaffhausen zusammengerufen. Als herausragendes Thema wurde eine gemeinsame Absichtserklärung zur Durchführung einer Landesausstellung «Expo Bodensee-Ostschweiz 2027» diskutiert. Weiter hat die Konferenz über die Auswirkungen des Raumkonzepts Schweiz auf die Ostschweiz beraten und sich über die Erfahrungen und Auswirkungen der Metropolitankonferenz Zürich auf die ORK berichten lassen.

## 8.3 Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Die IBK stand im Berichtsjahr unter dem Vorsitz des Kantons St. Gallen. Die Regierungschefs der IBK-Länder und -Kantone trafen sich am 1. April zum Kaminesgespräch, am 30. Juni zur Strategiesitzung und am 2. Dezember zur Regierungschefkonferenz.

Sie befasste sich dabei mit der Anerkennung des UNESCO-Welterbes Pfahlbauten und einem Antrag zu dessen «Sichtbarmachung und Vermittlung im Einzugsbereich der IBK», mit dem Gesundheitsraum Bodensee, mit der europapolitischen Standortbestimmung, einer Zukunftsvision «Handlungsraum Bodensee» im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum Raumkonzept Schweiz und zur Governance in der Grenzregion. Am 2. Dezember hat Landammann Hans Diem das Steuer der IBK übernommen. Appenzell Ausserrhoden wird 2012 den Vorsitz führen.

## 8.4 Parlamentarier-Konferenz Bodensee (PKB)

St. Gallen präsierte im Vorsitzjahr auch die PKB. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stand das Thema «Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik».

Am 25. März 2011 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter in St. Gallen zum halbjährlichen Informationsaus-

tausch. Im Zentrum der Tagung standen zwei Referate. Dr. Kurt Weigelt, Direktor der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK), stellte das Modell «Gesundheitskanton Ostschweiz» vor. Gesundheitsökonom Dr. Willy Oggier präsentierte in einer Tour d'Horizon grenzüberschreitende Trends im Gesundheitswesen.

Am 18. Oktober 2011 fand an der Universität St. Gallen die zweite Tagung statt. Im Zentrum stand das Referat zum Thema «Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik» von Thomas Zeltner, Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität Bern und ehemaliger Direktor des Bundesamtes für Gesundheit. Im Anschluss an das Referat diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Thema intensiv und beschlossen eine Resolution, die eine länder- und kantonsübergreifende Zusammenarbeit zum Inhalt hat. Unter anderem soll mittels geeigneter Pilotprojekte die Kompatibilität der verschiedenen Gesundheitssysteme aufgezeigt werden. 2012 wird der Vorsitz an Appenzell Ausserrhoden übergehen.

## 8.5 Staatsschreiberkonferenz

Die Staatsschreiberkonferenz wurde im Berichtsjahr usanzgemäss zweimal zusammengerufen. Die Frühjahrskonferenz fand am 14./15. April 2011 in Appenzell statt. Sie befasste sich zur Hauptsache mit Zukunftsperspektiven und Perspektivenarbeit. Die beiden Referate von Dr. Andreas M. Walker, Co-Präsident swissfuture - Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung, «Der Blick in die Zukunft - unabdingbarer Teil der Staatslenkung» und von Prof. Dr. Reto Steiner, Universität Bern, Kompetenzzentrum für Public Management, «Perspektivenarbeit im öffentlichen Sektor - eine Auslegeordnung» führten in die Thematik ein.

Die Herbstkonferenz am 16./17. September befasste sich neben den statutarischen Traktanden in der Hauptsache mit den Geschäftsverwaltungssystemen, dem E-Voting und den Wahlen 2011.



## Stabsstelle Controlling

Leiter: Rudolf Ramsauer

**Die Stabsstelle Controlling nimmt nach Finanzhaushaltsgesetz Aufsichts- und Kontrollaufgaben in der öffentlichen Verwaltung wahr. Sie dient der Aufsicht des Regierungsrates und unterstützt die Departemente bei der Verwaltungskontrolle.**

Die Aufgaben der Stabsstelle Controlling werden durch das Organisationsgesetz (OrG, bGS 142.12) vom 29. November 2004 (Art. 38), die Organisationsverordnung (OrV, bGS 142.121) vom 31. Mai 2005 (Art. 42) und das Finanzhaushaltsgesetz (FHG, bGS 612.0) vom 30. April 1995 (Art. 41 und 42) geregelt.

In der Hauptaufgabe Controlling - bestehend aus System- und Einhalteprüfungen sowie Projektarbeiten - wurde 61% der verfügbaren Zeit eingesetzt; gefolgt von der Stiftungsaufsicht nach ZGB mit 10% (im Auftrag des Departementes Inneres und Kultur), dem Finanzausgleich und der Finanzaufsicht zwischen Kanton und Gemeinden mit 8% und den Revisionsmandaten mit 5%.

Im Controlling konnten im Berichtsjahr sieben Prüfungen noch nicht abgeschlossen werden; diese werden im 2012 weiterbearbeitet. Im Rahmen der neu zugeordneten Aufgabe «Risiko- und Versicherungs koordinati on» wurden die umfangreichen Versicherungspolice n «Betriebshaftpflicht» und «Sach-, Ertragsausfall- und Mehrkosten» neu ausgeschrieben und vergeben.

24 neue «Massnahmen und Empfehlungen» sind dem Katalog zugeflossen; 19 wurden erledigt und aus dem Katalog genommen. So waren am Jahresende insgesamt 36 offen oder in Bearbeitung. Die Tabelle im Anhang (vgl. S. 77) zeigt die Entwicklung und den Stand über die letzten Jahre.

Die Aufteilung der Tätigkeiten der Stabsstelle Controlling in den letzten Jahren und die Planung für das Jahr 2012 zeigt die Grafik im Anhang (vgl. S. 77).

Die tiefere Anzahl Personentage beim Controlling ist Folge des reduzierten Personalbestands bzw. der unbesetzten Stelle.

## Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Dank einem erfreulichen Wachstum von 5% bei den kantonalen Steuererträgen fallen die Steuererträge 2011 um knapp Fr. 10 Mio. besser aus als budgetiert. Der budgetierte Aufwandüberschuss von Fr. 12 Mio. kann somit, trotz wesentlichen Mehrausgaben von Fr. 3,5 Mio. in den Bereichen Sonderschulen, Universitäten und ausserkantonale Hospitalisationen, auf rund Fr. 5 Mio. reduziert werden. Das Eigenkapital beträgt immer noch rund Fr. 70 Mio. und es besteht ein Nettovermögen von rund Fr. 24 Mio.

Das Steuersubstrat stieg im Vergleich zur BIP- und Teuerungsentwicklung überproportional, was der beabsichtigten Steuerstrategie entspricht. Die Kehrseite war, dass diese erfreuliche Entwicklung zu einer Verbesserung des Ressourcenpotenzials führte - und damit der Ressourcenindex im Berichtsjahr um 4,2 Punkte von 74,1 auf 78,3 Punkte stieg. Daraus folgt, dass die Ausgleichzahlungen aus dem Finanzausgleich abnehmen.

Der Gesetzesentwurf über eGovernment und Informatik konnte in einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden sowie der gemeinsamen AR-NET Informatik AG erarbeitet werden. Basierend auf einer zukunftsorientierten Strategie soll das eGovernment in unserem Kanton gemeinsam gestaltet werden. Dank der gewählten Zusammenarbeitsform in einer spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft kann das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht werden. Ziel von Appenzell Ausserrhoden ist, sich beim eGovernment vom Nachzügler zum Vorreiter zu entwickeln.

Das total revidierte FHG unter Einbezug der neuen Rechnungslegung nach HRM2 wurde für den politischen Prozess bereitgestellt. Gleichlaufend wird das Rechnungswesen auf eine neue Software umgestellt. Die Vorbereitungsarbeiten konnten in gemischten Arbeitsgruppen von Kanton und Gemeinden zielgerichtet durchgeführt werden.

Das Personalleitbild ist nicht - wie teilweise befürchtet - in den Schubladen verschwunden, sondern wurde teilweise bereits umgesetzt. Die Personalzeitschrift «Bärentatze» ist bereits zweimal erschienen, und auch die vier weiteren Teilprojekte sind in Umsetzung. Das Projekt Führungsschulung für Regierung und Verwaltung ist beispielsweise sehr gut angelaufen. Auch wurde das neue Mitarbeitendengespräch, welches die Basis für die zukünftige Personalentwicklung sowie die leistungsorientierte Entlohnung bildet, geschult und für die Zielsetzungen 2012 eingeführt.

### 1. Departementsekretariat

Das Sekretariat war befasst mit der Volksabstimmung IKZAV Kultur St. Gallen, der Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, dem neuen Finanzhaushaltsgesetz, dem neuen eGovernment-Gesetz und der Motion zum Ausgleich der kalten Progression mit Gesetzesrevision. Organisatorisch war die Umsetzung der Grundstückschätzungsverordnung sicherzustellen.

### 2. Lotteriefonds

Der Swisslos-Ertrag von Fr. 2,54 Mio. wurde dem Lotteriefonds gutgeschrieben. Davon wurden gemäss Budget

Fr. 1'100'000 an den Kulturfonds und Fr. 600'000 an den Sportfonds überwiesen. Die Verwendung der Gelder aus dem Lotteriefonds ist detailliert nach Projekten und fonds-spezifisch (Gemeinnütziges, Kultur, Sport) im Anhang der Staatsrechnung aufgeführt.

### 3. Personalamt

#### 3.1 Allgemeines

Appenzell Ausserrhoden wird mit dem Personalgesetz und dem Personalleitbild als ein fortschrittlicher Arbeitgeber wahrgenommen. Dies ging aus zahlreichen Rekrutierungsgesprächen klar hervor.



Neben der Personalsuche war das Berichtsjahr geprägt von der Umsetzung des Personalleitbildes. Weiter waren die Aktivitäten des Personalamtes auf Massnahmen zur Führungsunterstützung sowie zur Organisations- und Teamentwicklung ausgerichtet. Damit konnte das Rollenverständnis und die Vertrauensstellung des Personalamtes weiter gefestigt werden.

### 3.2 Umsetzung Personalleitbild

Im Mai hat Stephan Meyer seine Arbeit als neuer Leiter Personalamt aufgenommen. Bald darauf konnten bereits schon die von den Teilprojektgruppen erarbeiteten und vom Regierungsrat freigegebenen Themen zur Umsetzung des Personalleitbildes angegangen werden.

Alle Führungskräfte wurden intensiv fürs neue Mitarbeitendengespräch (MAG) geschult. Zudem fanden drei Informationsveranstaltungen für alle Angestellten für die Beurteilungsperiode 2012 statt. Damit besteht eine wichtige Grundlage einerseits für den Personalentwicklungsprozess und andererseits für die Beurteilung von Lohnanpassungen. Weiter wurde der erste Teil des Führungstrainings durchgeführt. Als Vorbereitung für den zweiten Teil wurde das Thema Standortbestimmung/180-Grad-Feedback auf der Basis eines Kompetenzmodells erarbeitet. Für die Begleitung wurden interne Coaches ausgebildet. Diese stehen zusammen mit externen Coaches den Führungskräften bei der Analyse der Resultate zur Verfügung und helfen, allfällige Entwicklungsfelder zu erkennen. Die neue Personalzeitschrift «Bärentatze» wurde erfolgreich lanciert.

Das Personalleitbild wurde auch anlässlich des Kaderseminars des Regierungsrates prominent thematisiert.

### 3.3 Personalentwicklung

Am 31. Dezember betrug der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund und Kantonsschule Trogen) 845 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 50 Austritte zu verzeichnen, 39 Kündigungen erfolgten durch Angestellte, 11 Personen traten aus anderen Gründen aus (ordentliche oder vorzeitige Pensionierung sowie

einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses). Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 5,92 % (Vorjahr 7,05 %).

Im vergangenen Jahr wurden 57 Personen (34 Frauen und 23 Männer) rekrutiert; davon sieben Kaderangestellte (1 Frau und 6 Männer). Erfreulicherweise konnten neun Stellen mit internen Bewerbenden besetzt werden.

Personalkennzahlen: Die Tabellen im Anhang (vgl. S. 78) zeigen die Veränderungen des Personalbestandes, die Fluktuationsrate sowie den Absenzenanteil (Krankheit, Mutterschaft und Unfall) für die kantonale Verwaltung, den Spitalverbund und die Kantonsschule Trogen.

### 3.4 Absenzen- und Case-Management sowie Taggeldversicherung

Die Absenzenbewirtschaftung bildet die Grundlage für die Früherfassung von möglichen länger dauernden Abwesenheiten. Zur Gewährleistung einer professionellen Betreuung von Mitarbeitenden, die von einer längeren Krankheit oder einem Unfall betroffen sind, wurde per 1. Juli das Case-Management für die Kantonale Verwaltung und den Spitalverbund eingeführt.

Die von der ARISCO Dienstleistungen AG (vormals Hollenstein & Partner Insurance Brokers AG) zur Verfügung gestellte Case-Managerin hat ihre Arbeit aufgenommen und konnte in diversen Fällen Betroffene wirksam begleiten und beim Wiedereinstieg in den Berufsalltag unterstützen. Die Koordination mit der Case-Managerin erfolgte über das Personalamt oder den Personaldienst des Spitalverbundes AR.

Die Prämien für die Krankentaggeld- und Unfallversicherung bleiben für 2012 unverändert.

### 3.5 Lehrlingswesen

Die Abschlussprüfungen im Sommer haben alle Lernenden bestanden; sieben Kaufleute und ein Informatiker. Die besten Durchschnittsnoten erreichten Jacqueline Buff (5,2), Annina Zuberbühler und Céline Züger (je 5,0) sowie

Lukas Kölla (Informatiker, 5,0). Die weiteren Absolventen erreichten Notendurchschnitte zwischen 4,4 und 4,8. Die beiden Repetenten aus dem Vorjahr haben den Lehrabschluss ebenfalls gemeistert, dabei hat Manuela Gülünay das beste Resultat ihres Jahrgangs erreicht. Alle Lernenden fanden eine Anschlusslösung.

Im August haben sieben Kaufleute, ein Informatiker und ein Fachmann Betriebsunterhalt ihre Ausbildung beim Kanton begonnen. Die freien Lehrstellen auf Sommer 2012 konnten ebenfalls bereits besetzt werden. Per 31. Dezember beschäftigte der Kanton 28 Lernende: 20 Kaufleute, vier Informatiker, drei Fachleute Betriebsunterhalt und eine Fachfrau Information und Dokumentation.

Im Frühjahr wurde das neue Ausbildungskonzept für Kaufleute eingeführt. Neu werden die Lernenden innerhalb einer Gruppe an sechs Einsatzorten ausgebildet. In den ersten zwei Jahren wird halbjährlich gewechselt und im dritten Jahr bleiben die Lernenden ein Jahr am gleichen Einsatzort. Dies ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit mit den Ausbildungspersonen sowie eine strukturierte und qualitativ bessere Ausbildung.

### 3.6 Interne Fort- und Weiterbildung

Zusammen mit dem Personalamt des Kantons St. Gallen konnte wiederum ein Fortbildungsprogramm in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit angeboten werden. Die Angestellten haben 29 der insgesamt 49 angebotenen Kurse besucht. Die Kursauswertungen zeigen: Das Angebot wird geschätzt.

Der Kurs «Vorbereitung auf die Pensionierung» wurde wiederum durch die Pro Senectute organisiert. Alle Angestellten im Alter um 60 Jahre wurden persönlich angeschrieben und eingeladen. Teilgenommen haben neun Angestellte und vier Partner/-innen.

Der Einführungstag wurde viermal durchgeführt; es nahmen durchschnittlich 36 Personen teil.

## 4. Informatikamt

### 4.1 Projekt ARI

Ende 2009 hat der Regierungsrat die neu erarbeitete IT-Strategie des Kantons zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Strategie fordert eine partnerschaftliche, koordinierte Entwicklung der Informatik in Kanton und Gemeinden, die Bündelung und Konzentration der verfügbaren Kräfte sowie die weitgehende Standardisierung von Systemen und Prozessen.

Zur Umsetzung der Strategie und infolge der Motion von Kantonsrat Max Koch wurde ein Gesetz über Informatik und eGovernment erarbeitet. Der Gesetzesentwurf wurde im Herbst an den Kantonsrat zur 1. Lesung überwiesen.

Das Gesetz sieht die Gründung eines gemeinsamen Informatikunternehmens (AR Informatik AG, ARI) vor, das je zur Hälfte im Besitz von Kanton und Gemeinden ist. Zum Start sollen das Informatikamt, die AR-NET Informatik AG sowie die Informatikabteilung der Gemeinde Herisau in die ARI übernommen werden. Die ARI wird Dienstleistungen für den Kanton mit seinen Verwaltungseinheiten und Anstalten sowie für die Gemeinden erbringen.

Zur Umsetzung der Strategie und im Hinblick auf den Aufbau der ARI wurden Teile der bestehenden Informatiksysteme zusammengeführt: Die Speicher-, Servervirtualisierungs- und Datensicherungs-Plattformen von Informatikamt und AR-NET Informatik AG wurden konsolidiert, die Systeme der Gemeinde Herisau wurden an die zentralen Speichersysteme des Informatikamtes angebunden. Mit der gemeinsamen Nutzung der Systeme konnten bereits Synergien in Beschaffung und Betrieb realisiert werden.

Das Informatikamt und die AR-NET Informatik AG haben Anfang Jahr neue gemeinsame Büros bezogen. Die Platzprobleme des Informatikamtes wurden dadurch gelöst. Die Büroräume bieten zudem ausreichend Platz im Hinblick auf den Betrieb der ARI.

Mit den genannten Schritten hat das Informatikamt gemeinsam mit dem zukünftigen Partner AR-Net



Informatik AG wichtige Vorarbeiten geleistet, damit die ARI ihren produktiven Betrieb am 1.1.2013 aufnehmen kann. Sämtliche erbrachten Vorleistungen sind auch bei einem Scheitern des Gesetzes sinnvolle Investitionen in eine wirtschaftliche und leistungsfähige kantonale Informatik.

#### 4.2 Weitere Projekte

Mit dem Projekt ECM sollen organisatorische und technische Voraussetzungen für eine konsequent digitale und damit wirtschaftlichere und zuverlässigere Bearbeitung aller wichtigen Verwaltungsprozesse und Geschäfte geschaffen werden. Mit ECM werden geeignete Werkzeuge wie Scanning, Management von digitalen Dokumenten und E-Mails, Workflow, digitale Archivierung und weitere mehr verfügbar gemacht. Das Detailkonzept für dieses Projekt wurde fertig gestellt und vom Projektleitungsausschuss genehmigt.

Die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort setzt sich fort, die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit werden fließend. Die Angestellten arbeiten überall, zu jeder Zeit und mit verschiedenen elektronischen Geräten. Es werden nicht nur Geräte der Verwaltung, sondern auch privat beschaffte Tablets, Netbooks oder Smartphones eingesetzt. Um geschäftliche Daten zwischen den verschiedenen Geräten und Arbeitsorten auszutauschen, werden Cloud-Computing-Angebote genutzt. Das Informatikamt steht dabei vor der Herausforderung, die Kompatibilität und Sicherheit von Geräten und Daten zu gewährleisten. Mit dem Start des Projektes NEW (Next Electronic Workplace) wird dieser Herausforderung begegnet. Der Projektauftrag mit ersten Lösungsvorschlägen wurde erstellt und vom Lenkungsausschuss Informatik genehmigt.

Die Telefonieanlagen, Patiententerminals und Alarmierungssysteme im Spitalverbund AR müssen ersetzt werden. Unter der Projektleitung des Informatikamtes wurden ein Pflichtenheft sowie ein Kriterienkatalog für die Ersatzbeschaffung dieser Komponenten erstellt. Zur Evaluation einer neuen Lösung wurde eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Diese wurde erfolgreich abgeschlossen und der Auftrag vergeben.

Im Rahmen des Projekts SPAS (Secure Printing and Scanning) wurden auf sämtlichen in der kantonalen Verwaltung eingesetzten Multifunktionsgeräten die Funktionalitäten für das Scannen sowie das sichere und vertrauliche Drucken aktiviert. Zur Authentifizierung wurde eine Karte an die Angestellten abgegeben. Die Karte speichert unterschiedliche digitale Zertifikate für den Zugang zu Informatikanwendungen, die elektronische Türschliessung oder für die bargeldlose Bezahlung an Kaffee- und Verpflegungsautomaten.

#### 4.3 Infrastruktur und Betrieb

Der Betrieb verlief stabil und ohne nennenswerte Unterbrüche. Die wichtigsten Optimierungsmassnahmen im Bereich Infrastruktur waren:

Diverse geschäftskritische Applikationen werden mit Oracle-Datenbanken betrieben. Dazu zählen etwa die Geschäftsverwaltung KONSUL, die Geschäftskontrolle für die Gerichte, die Lösung für die Verwaltung der landwirtschaftlichen Betriebsgrund- und Strukturdaten oder die Auszahlung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen. Mit der Zentralisierung der Datenbanken sowie der gleichzeitigen Einführung einer Rückfallebene konnten die maximale Ausfallzeit sowie der maximale Datenverlust von einem Tag auf nur noch ca. 30 Minuten reduziert werden.

Bis auf eine Ausnahme wurden sämtliche bestehenden physischen Server virtualisiert. Mit dieser Massnahme wurde die Verfügbarkeit erhöht sowie der Hardwarebedarf und der Wartungsaufwand verringert. Dank der Virtualisierung der Systeme können Wartungsarbeiten an der Infrastruktur ohne Unterbruch für die Anwender ausgeführt werden.

Das E-Mail eignet sich für den Austausch von grossen Datenmengen aufgrund verschiedener Einschränkungen nur bedingt. Mit der Einführung von WebTransfer können nun grosse Datenmengen sicher und zuverlässig zwischen der kantonalen Verwaltung und externen Stellen ausgetauscht werden.

#### 4.4 Personelles

Abgänge waren keine zu verzeichnen; ein Lehrabgänger wurde zusätzlich angestellt. Der Wechsel des Amtsleiters verlief dank der gewählten Nachfolgeregelung reibungslos. Ein Lernender hat seine Lehre mit gutem Resultat abgeschlossen.

### 5. Steuerverwaltung

#### 5.1 Allgemeines

Mit der Revision des Steuergesetzes per 1. Januar 2010 wurde für die natürlichen Personen zur Entlastung der tiefen bis mittleren Einkommen ein neuer Tarif eingeführt. Die Auswirkungen dieser und weiterer Neuerungen durch die Unternehmenssteuerreform II wurden im Zuge der Steueranmeldungen 2010 erstmals sichtbar. Durch die Motion zum regelmässigen Ausgleich der kalten Progression und den auf Bundesebene laufend stattfindenden Änderungen im Bereich der Direkten Bundessteuer sowie des Steuerharmonisierungsgesetzes wurde bereits mit den Vorarbeiten für die nächste Teilrevision des Steuergesetzes auf 2013 begonnen.

#### 5.2 Steuerertrag 2011

Der Steuerertrag 2011, vorab im Segment der natürlichen Personen, übertraf wie bereits im Vorjahr die budgetierte Höhe. Dies vor allem, weil die Folgen der Finanzkrise 2008 zum Budgetierungszeitpunkt im Sommer 2010 zu pessimistisch eingeschätzt wurden. Im Weiteren erfolgten wiederum etliche sehr hohe Dividendenausschüttungen aus Gesellschaften an die privaten Aktionäre. Diese vielfach einmaligen Ausschüttungen reflektierten sich nicht nur im Steuerertrag der natürlichen Personen, sondern auch im Ergebnis der im Laufe des Jahres zurückgeforderten Verrechnungssteuern. Diese waren mit 66,5 Mio. Franken nochmals 8% höher als im Vorjahr - und nur wenig tiefer als im bisherigen Spitzenjahr 2001.

Der Steuerertrag der einzelnen Steuerperioden hat sich wie erwartet entwickelt; die im Vorfeld der StG Rev. 10

prognostizierten Steuerausfälle sind im Rahmen der Schätzungen eingetreten.

Bei den juristischen Personen führten die wirtschaftlichen Probleme der exportorientierten Unternehmen aufgrund des starken Frankens per Saldo noch zu keinem Rückgang des Steuerertrags. Das budgetierte Ergebnis wurde auch hier leicht übertroffen. Die wichtigsten Eckdaten des Steuerertrags 2011 sind in den Statistiken im Anhang (vgl. S. 80) aufgeführt.

#### 5.3 Veranlagungsstand per 31.12. 2011

Der Veranlagungsstand liegt Ende Jahr insgesamt nur geringfügig unter den Werten des Vorjahres. Im Segment der unselbständigerwerbenden Personen, einschliesslich der Rentner und Aktionäre, sind für die Steuerperiode 2010 insgesamt 85% (Vorjahr 86%) der Steuerpflichtigen veranlagt. Im Segment der selbständigerwerbenden Personen einschliesslich der Landwirte sind es 71% (Vorjahr 73%). Die leicht tieferen Werte erklären sich als Folge der neu eingetretenen Steuerkommissäre und deren Einarbeitung in die vielschichtigen Themen innerhalb des Arbeitsgebietes.

#### 5.4 Aufgaben und Projekte

Bereits im letzten Berichtsjahr wurde auf das starke Echo der seit 2010 auf Ebene Bund und Kanton neu eingeführten Möglichkeit der einmaligen straflosen Selbstanzeige hingewiesen. Im 2011 blieb die Anzahl der Selbstanzeigen auf fast gleicher Höhe wie im Vorjahr. Der Ertrag aus Nachbesteuerungen hat sich aber mehr als verdoppelt und ein Niveau von über Fr. 0,5 Mio. erreicht.

Mit dem Projekt ISAR (Integrierte Steuerlösung Appenzell Ausserrhoden) soll die Vielzahl der eingesetzten Software-Lösungen verringert werden. Gleichzeitig sollen damit aber auch die Aufgaben gestrafft und besser unterstützt werden. Nach der Marktanalyse und den Besichtigungen bei anderen Steuerverwaltungen wurde das Pflichtenheft erarbeitet. Anschliessend erfolgte eine öffentliche Ausschreibung, bei der drei Offerten eingegangen sind. Angesichts der Komplexität der Steuerapplika-



tionen ist die Wahl einer neuen Lösung herausfordernd. Zudem muss sich die Beurteilung der Angebote wegen der hohen Kosten an einer langfristigen Nutzungsdauer orientieren. Zu berücksichtigen bei der Wahl sind auch die Entwicklungen im Bereich von eGovernment sowie die kantonale Informatikinfrastruktur.

Seit der Einführung des neuen Finanzausgleichs werden die Datenlieferungen der Kantone durch die Eidgenössische Finanzkontrolle auf ihre Vollständigkeit und Qualität hin vor Ort geprüft. Dies innerhalb eines vierjährigen Zyklus und ergänzend zu den Tests und Kontrollen der Eidgenössische Steuerverwaltung.

Die von der Steuerverwaltung gelieferten Daten wurden daher erstmalig geprüft. Die Ergebnisse bestätigten eine insgesamt hohe Datenqualität. Dass bezüglich der juristischen Personen edv-mässig Handlungsbedarf besteht, ist bekannt; und dies ist ein wesentlicher Grund für die Ausführung des Projektes ISAR.

## 5.5 Personelles

Bei den Festangestellten waren sieben Austritte zu verzeichnen; davon zwei Pensionierungen. Durch die insgesamt zehn Eintritte wurden alle vakanten Positionen wieder besetzt; sechs Personen wechselten intern und übernahmen neue Aufgaben. Die Leitung des Verrechnungssteueramtes konnte einer Mitarbeiterin übertragen werden, die seit über zehn Jahren teilzeitlich in diesem Fachbereich tätig ist. Die Erfassung der Steuererklärungen der natürlichen Personen (Schnellerfassung) erfolgte von Februar bis September wiederum mit temporär eingesetzten Personen.

## 5.6 Tabelle und Grafiken

Verschiedene Darstellungen zum Steueraufkommen sind im Anhang (vgl. S. 80) ersichtlich.

## 6. Finanzamt

### 6.1 Allgemeines

Erstmals wurde die Finanzplanung zusammen mit der Jahresrechnung im Frühling erstellt - und nicht zusammen mit dem Budget am Ende des Vorjahres. Somit konnte der Fokus bei der Finanzplanung neu auf die letzte Jahresrechnung und nicht auf die Fortschreibung des vorangegangenen Budgets gelegt werden. Dies hatte sich in Zeiten, in denen der Verlauf der Konjunktur schwierig einzuschätzen war, sehr bewährt. So standen sich bei der Planung einerseits ein massiver Besserabschluss aus der Rechnung 2010 und andererseits düstere Konjunkturaussichten wegen des hohen Frankenkurses gegenüber. Obwohl die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz im letzten Jahr grundsätzlich solide verlief, zeigten sich ab Sommer Zeichen einer Abschwächung. Mit einer zeitlich zum Budget verschobenen Finanzplanung konnten diese wirtschaftlichen Unsicherheiten besser eingeschätzt werden.

Die Finanzplanung, welche sich am letzten Rechnungsabschluss orientierte und erste Tendenzen aus dem aktuellen Jahr schon berücksichtigte, diente zugleich als Basis und Vorgabe für das Budget 2012. Zudem konnte der aufwändige Prozess zur Erarbeitung der Budgetvorgaben wesentlich vereinfacht werden, da das erste Planjahr zugleich als Budgetvorgabe für die Organisationseinheiten galt. Erstmals wurde in der Finanzplanung auch aufgezeigt, welche finanziellen Auswirkungen die Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) auf das Ergebnis des Kantons haben wird.

Im vergangenen Jahr übernahm das Finanzamt eine zusätzliche Stelle aus dem Bereich des Rechnungswesens des Departements Gesundheit. Die Abrechnungen der ausserkantonalen Hospitalisierungen werden neu über das System der elektronischen Kostengutsprache (eKoGu) zentralisiert im Finanzamt vorgenommen. Ausserdem wurden über diese Stelle noch weitere Rechnungswesen-Dienstleistungen für das Departement Gesundheit erbracht. Dadurch war das Finanzamt teilweise auch bei den Gesprächen bezüglich neuer Zahlungsmodalitäten nach Einführung der Fallpauschalen mit den Krankenkassen involviert.

## 6.2 Projekte

Das Finanzamt war wiederum in verschiedene Projekte involviert. Zudem ist das Finanzamt verantwortlich für die Buchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten der beiden Appenzell «AR» AI 500» und ist auch in der Projektleitung vertreten. Dieser Aufwand hat im Berichtsjahr stark zugenommen, da viele neue Personen für dieses Jubiläum arbeiten. Einerseits stieg der Regelbedarf im finanziellen Bereich, andererseits aber auch die Anzahl der Abrechnungen.

Im Weiteren ist es nicht immer einfach, die Regeln zur Abrechnung von erbrachten Arbeitsleistungen bezüglich der Sozialversicherungen und Personalgesetzgebung gegenüber den Departementen und Ämtern durchzusetzen.

Ein grosses Projekt ist die Ablösung der heutigen Software für die Buchführung und das Rechnungswesen. Im Jahr 2010 wurde unter Leitung des Vereins Schweizerische Städte- und Gemeindefinformatik und zusammen mit den Kantonen Nidwalden und Obwalden eine formelle GATT-Ausschreibung durchgeführt. Im Berichtsjahr hat dann die AR-NET Informatik AG für die Gemeinden entschieden, vom Produkt GeSoft auf das Produkt newsystem®public der Firma Information Technology + Trust AG zu wechseln. Diese Branchenlösung basiert auf der Microsoft-Standard-Software Dynamics NAVISION, die auch in der schweizerischen Privatindustrie weit verbreitet ist. Auf Antrag des Finanzamtes, welches an der Ausschreibung ebenfalls teilgenommen hatte, entschied der Regierungsrat im Sommer, das neue Produkt ebenfalls für die kantonale Verwaltung einzusetzen. Die Gemeinden werden nebst der Buchhaltung auch die Lohnabrechnung und die Einwohnerkontrolle über dieses System abwickeln. Für die Lohnabrechnung beim Kanton wird weiterhin das System der Firma ABACUS eingesetzt.

Mit dem neuen System wird es möglich sein, die Führungsstellen im Bereiche des Rechnungswesens mit aktuellen online-Daten besser zu unterstützen. Dadurch können sie ihre Finanzverantwortung auch aktiver wahrnehmen.

Die Projektleitung zur Einführung des HRM2 sowie die damit verbundene Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes waren auch im Berichtsjahr sehr zeitintensiv.

## 7. Grundstückschätzungsbehörde

### 7.1 Allgemeines

Die vom Regierungsrat neu geschaffene Grundstückschätzungsbehörde (GSB) startete am 1. Januar; gestützt auf die neue Verordnung über die amtlichen Grundstückschätzungen vom 26. Mai 2010 (GSV). Die GSB ist für die amtlichen Grundstückschätzungen zum Zweck der Steuerveranlagung zuständig. Sie besteht aus der Leitung und den Schätzungskommissionen. Eine Schätzungskommission ist zuständig für ein Gemeindegebiet und setzt sich zusammen aus einem Schätzer oder einer Schätzerin des Kantons sowie einer Gemeindevertretung. Sie wird vom kantonalen Mitglied geleitet.

Das Berichtsjahr war geprägt von der Umsetzung der neuen GSV sowie der Erarbeitung der Grundlagen für ein einheitliches Schätzungswesen im ganzen Kanton. Die Erarbeitung der Grundlagen ist weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Besonders die gemäss der GSV geschätzten Marktwerte anstelle der bisherigen steuerlichen Verkehrswerte haben bei den Grundeigentümern zu Fragen geführt. Aufgrund verschiedener Veranstaltungen und den kompetenten Erklärungen seitens der Schätzer zeigten die Grundeigentümer meist Verständnis. Trotz der zum Teil deutlich höheren Marktwerte ist die Zahl der Einsprachen kaum angestiegen.

Im 2011 wurden 2'540 Grundstücke geschätzt. Dabei sind 59 Einsprachen eingegangen (2,3%). Rekurse waren keine zu verzeichnen. Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden jährlich 2'600 Grundstücke planmässig bewertet. Im Berichtsjahr wurden von den Grundbuchämtern markant mehr Schätzungen in Auftrag gegeben (3'060). Diese konnten aufgrund der personellen Verfügbarkeit nicht alle bearbeitet werden; rund 500 Schätzungen müssen in den nächsten ca. zwei Jahren vorgenommen werden.

Obwohl sich die Zahl der geschätzten Grundstücke auf dem Niveau der Vorjahre bewegte, war ein deutlicher Mehraufwand beim Schätzen gegenüber der Vorjahre zu verzeichnen; denn neu müssen die Hauptnutzflächen (HNF) der Liegenschaften gemessen werden. Anhand der HNF können die neu geforderten Marktmieten berechnet werden. Auch haben die Schätzer den Eigentümern



jeweils die Neuerungen sowie die Berechnung des neuen Eigenmietwertes erläutert. Die beiden neu angestellten Schätzer benötigten zudem noch mehr Zeit pro Schätzung.

## 7.2 Personelles

Ein altershalber zurückgetretener Schätzer wurde durch zwei neue Schätzer mit kleineren Pensen ersetzt. Per Ende Dezember ist ein Schätzer aus beruflichen Gründen zurückgetreten. Sein Pensum wird vorläufig von einem bisherigen Schätzer übernommen.

## 7.3 Infrastruktur

Alle Schätzer arbeiten von zu Hause aus. Sie erhielten neu einheitliche Informatikmittel. Über eine sichere Verbindung können nun die Schätzungsprotokolle und die Dokumente auf einem Datenserver des Kantons gespeichert werden. Die Netzwerkverbindung ermöglicht neu auch den Zugriff auf kantonale Informationsquellen.

## 7.4 Projekte

Die Informatiklösung der Grundstücksschätzungsbehörde ist nicht mehr zeit- und zweckgemäss. Mängel und Schwachstellen sollen ausgemerzt und die Bedienung vereinfacht werden. Eine neue Lösung wurde im Berichtsjahr angedacht - und soll im 2012 erarbeitet werden.

# 8. Finanzausgleich und Finanzaufsicht

## 8.1 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

Gemäss dem geänderten Finanzausgleichsgesetz hat der Regierungsrat periodisch einen Wirkungsbericht zu erstellen. Dieser fällt zeitlich mit der Rechnungslegung zusammen. Die Ergebnisse des Finanzausgleichs sind daher nicht mehr im Rechenschaftsbericht enthalten.

## 8.2 Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden

Alle Gemeinden haben im Berichtsjahr die gesetzlichen Kriterien gemäss den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes erfüllt.

## Departement Bildung

Direktor: Regierungsrat Rolf Degen

Die Arbeiten zu den Herausforderungen durch die demografische Entwicklung wurden weitergeführt. Wegen abnehmender Schülerzahlen stellen sich Fragen zur künftigen Organisation der Schulen; insbesondere auf der Sekundarstufe I.

In einem ergänzenden Bericht zur Zukunft der Sekundarstufe I legte das Departement Bildung die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen dar, unter denen auch kleine Sekundarschulen qualitativ erfolgreich und zu vertretbaren Kosten geführt werden können. In Kenntnis dieses Berichts formulierte der Regierungsrat Erwartungen an die künftige Organisation der Sekundarschulen und forderte die Schulträger auf, bis Ende Jahr die Zukunft ihrer Schulen darzulegen.

Eine departementale Arbeitsgruppe befasst sich seit Mitte 2011 mit der Weiterentwicklung des Berufsauftrags und der Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule. Eines der Ziele ist die flexiblere und bessere Nutzung von Kompetenzen und Ressourcen der Lehrpersonen. Weiter werden Massnahmen geprüft, welche den veränderten Ansprüchen an die Lehrpersonen Rechnung tragen.

Im Dezember wurden die kantonalen Ergebnisse der internationalen Schulleistungsuntersuchung PISA veröffentlicht. Appenzell Ausserrhoden schloss im Bereich der Lesekompetenz leicht über dem schweizerischen Mittelwert ab, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften deutlich darüber. Appenzell Ausserrhoden kennt im Gegensatz zu anderen Kantonen keine Sonderschulen; daher wurden mehr leistungsschwache Schülerinnen und Schüler getestet als in anderen Kantonen. Die teilweise geäusserte Befürchtung, wonach die Leistung in integrativen Schulungsformen leiden könnte, wurde durch die PISA-Resultate nicht bestätigt. Die guten Ergebnisse sind allen Beteiligten und insbesondere den engagierten Schulleitungen und Lehrpersonen zu verdanken.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr in den beiden kantonalen Schulen und in verschiedenen Organisationseinheiten des Departements Massnahmen im Bereich der Qualitätssicherung eingeleitet oder umgesetzt.

### 1. Interkantonale Zusammenarbeit / Erziehungsdirektorenkonferenz

Mitarbeitende nahmen Einsitz in verschiedene Gremien der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentum Liechtenstein (EDK-Ost) und wirkten auch in deren interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Das Departement stellte zudem eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Internationalen Bodenseekonferenz, der Höheren Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich und im Fachhochschulrat sowie im Beirat des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule St. Gallen.

### 2. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat wirkte 2011 bei 21 Vernehmlassungs- und Mitberichtsverfahren (Vorjahr 22) sowie bei 15 Regierungs- und Kantonsratsgeschäften mit (Vorjahr 23). Weiter war es in juristischer und sachlicher Sicht beratend tätig. Das Departementssekretariat arbeitete an den laufenden Gesetzgebungsarbeiten mit, insbesondere am neuen Gesetz über die Mittelschulen und die tertiäre Bildung. Schliesslich wurde die Planung der Geschäfte fortgeführt.

Im Berichtsjahr wurden 10 Rechtsmittelverfahren abgeschlossen; in sechs Verfahren war kein Entscheid nötig, weil der Antrag zurückgezogen wurde. Bei Rekursen gegen Prüfungsergebnisse kommt dies oft vor, nachdem die Betroffenen Einsicht in die Prüfungsergebnisse nehmen konnten.



Der Departementssekretär ist Präsident des Regionalen Schulabkommens der EDK Ost. Während einer personellen Vakanz auf dem Regionalsekretariat der EDK Ost führte er interimistisch die operativen Geschäfte.

### 3. Amt für Volksschule und Sport

#### 3.1 Allgemeines (vgl. Anhang, S. 85)

Die Tätigkeiten im Amt für Volksschule und Sport standen im Berichtsjahr im Zeichen der Konsolidierung und Optimierung von Aufgaben, Arbeiten und Instrumenten mit Bezug zu den Schulen und dem Unterricht.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrhoder Volksschule ging von 6'288 im Jahr 2010 auf 6'084 im Jahr 2011 zurück (-3,2%, Vorjahr -3,8%). Im Kindergarten hat sich die Zahl der Lernenden stabilisiert. Auf der Sekundarstufe I wird der Rückgang erst ab dem kommenden Jahr einsetzen. Auf der Primarstufe waren 2011 5,3% weniger Kinder zu verzeichnen als im Vorjahr. Diese Entwicklung veranlasste einen Teil der Schulträger zu organisatorischen Anpassungen, insbesondere zum Wechsel vom Einklassen- auf Zwei- oder Mehrklassenmodelle in der Primarschule.

#### 3.2 Pädagogische Fachstellen

Die pädagogischen Fachstellen und die Lehrerinnen- und Lehrerberatung unterstützten Schulträger, Schulleitungen und Lehrpersonen unter anderem in Fragen der Unterrichtsentwicklung, der Sonderschulung und der Förderung begabter oder fremdsprachiger Kinder.

Das Ziel der Stabilisierung der Lernenden mit Sonderschulmassnahmen konnte im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Im Schuljahr 2011/12 besuchen 129 Lernende (Vorjahr 119) eine Sonderschule. 45 Lernende mit verstärkten Massnahmen (Vorjahr 37) werden integrativ in den Regelklassen der Volksschule unterrichtet. Die Anzahl Kinder, welche die Volksschule in Form des häuslichen Unterrichtes besuchen, hat im Berichtsjahr auf 46 Lernende zugenommen (Vorjahr 33 Lernende). Diese Zunahme hat

das Departement bewogen, die Richtlinien für die Bewilligung des häuslichen Unterrichts anzupassen.

Gestützt auf eine Arbeitsplatzerhebung der Schulleitungen der Volksschulen und einen entsprechenden Bericht wurde zu Händen des Regierungsrates eine Revision der Weisungen zu den Schulleitungen vorbereitet.

Die pädagogischen Fachstellen haben die Schulen in Weiterbildungen unterstützt. Die seit 2009 laufenden Zusatz- und Weiterausbildungen für Lehrerinnen und Lehrer in Englisch auf der Primarschulstufe, in der musikalischen Grundschule, im Bereich Deutsch als Zweitsprache und in den persönlichen Informatikkompetenzen sind weitgehend abgeschlossen. Lehrpersonen der Sekundarschulen, welche ab nächstem Schuljahr Kinder mit Englischunterricht ab der 3. Klasse unterrichten werden, bereiteten sich in Kursen darauf vor. Die von den pädagogischen Fachstellen organisierte Weiterbildungstagung zum Thema Autorität besuchten rund 100 Lehrpersonen und Schulleitungen.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Landeskirchen und der pädagogischen Fachstellen befasste sich mit Fragen der Zusammenarbeit von Schule und Kirche bezüglich des Religionsunterrichts. Es wurden gemeinsame Empfehlungen erarbeitet. Der kirchliche Religionsunterricht wird weiterhin rechtlich und inhaltlich unabhängig erteilt, die Schulen unterstützen diesen im organisatorischen Bereich.

Bildungspolitische Vorstösse haben die Fachstelle bewogen, zum sexualkundlichen Unterricht in der Volksschule sachliche Informationen und Empfehlungen zu formulieren. Diese trugen zur Klärung und zum Abbau von Verunsicherungen bei. Dieses Thema wird an den Schulen in Appenzell Ausserrhoden mit der notwendigen Sensibilität behandelt.

In verschiedenen Projekten und Kampagnen arbeiteten die pädagogischen Fachstellen mit anderen Fachstellen und externen Partnern zusammen, unter anderem im «Bündnis gegen Depression», in der Kampagne «Gesundes Körpergewicht» und in Aktivitäten der Fachstelle Gleichstellung und Familie. Im Rahmen des abgeschlossenen Regierungsprogrammes 2007-2011 unterstützten die Fachstellen die Gemeinden erfolgreich bei der Umsetzung von bedarfsgerechten und den örtlichen Verhältnissen angepassten

Tagesstrukturen: 13 der 20 Ausserrhoder Gemeinden verfügen heute über verschieden ausgeprägte Tagesstrukturangebote.

Im Bereich der Aufsicht und des Controllings wurden sieben Volksschulen durch externe Fachteams evaluiert. Daraus ergaben sich für die Schulen Entwicklungshinweise, welche in das Schulprogramm und die schulinterne Weiterbildung einfließen. Stark sind die Ausserrhoder Volksschulen im Schul- und Klassenklima, in einer lernfördernden Atmosphäre und im Management. Entwicklungsfähig sind die didaktische Unterrichtsgestaltung, die Optimierung der Teamentwicklung und der Aufbau einer systematischen Personalentwicklung.

Wiederum wurden die Abgängerinnen und Abgänger der Volksschule nach ihrer Anschlusslösung befragt. Dabei bestätigte sich die bereits in den Vorjahren abzeichnende erfreuliche Entwicklung, wonach eine zunehmende Zahl von Schulabgängern nahtlos in eine Ausbildung auf der Sekundarstufe II eintritt. Von den Abgängern aus dem 9. Schuljahr waren dies im Sommer 2011 81,7 % (Vorjahr 78,9 %). In eine Zwischenlösung traten 17,0 % ein (Vorjahr 18,0 %), ohne Anschlusslösung waren 1,3 % der Jugendlichen (Vorjahr 1,7 %). In der Gesamtbilanz kann den Volksschulen in Appenzell Ausserrhoden generell eine erfreuliche Leistungsfähigkeit in einem guten Schulklima zugeschrieben werden.

### 3.3 Fachstelle Sport

Die Haupttätigkeit der Fachstelle Sport lag in der Betreuung des Programms «Jugend+Sport» (J+S) und der Verwaltung des Sportfonds. Darüber hinaus beschäftigte sie sich verstärkt mit dem Thema der Nachwuchsförderung.

Insgesamt wurden 17 Aus- und Weiterbildungskurse für J+S Leiter in zehn Sportarten mit 390 Teilnehmenden durchgeführt. Erstmals konnte ein Pilotkurs J+S-Kids Fussball für die Region Ostschweiz angeboten werden. 2011 starteten 21 Angebote mit total 39 J+S-Kidskursen.

Wichtige Erkenntnisse lieferte eine Befragung sämtlicher Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Sekundarklassen in der Gemeinde Herisau: 91% der Befragten waren

mindestens einmal Mitglied eines Sportvereins, 68 % waren es zur Zeit der Befragung immer noch. Haupteintrittssportart der Knaben ist Fussball (38 %) und bei den Mädchen Turnen/Gymnastik (23 %). Über die Hälfte (53 %) der befragten Schülerinnen und Schüler haben mindestens einmal den Sportverein gewechselt. Aus dem Kantonsanteil am Gewinn von Swisslos flossen dem Sport Fr. 600'000 zu. Davon wurden 40 % für die kantonalen und regionalen Sportverbände zur Förderung des Breiten-sports eingesetzt, 25 % für Beiträge an Sportanlagen, 11 % für Sportgeräteanschaffungen und 9 % für die allgemeine Sportförderung. Den Sportorganisationen steht ein zweiter neunplätziger Sportbus zur Verfügung.

Das gemeinsam mit dem Innerrhoder Sportamt organisierte Sportforum zum Thema «Freiwilligenarbeit» wurde in Appenzell durchgeführt und fand bei den Gästen aus Sport, Politik und Schule regen Zuspruch.

An der Sportlerehrung in Heiden wurden 29 Sportlerinnen und Sportler und acht Teams für 73 Medaillen aus nationalen und internationalen Meisterschaften geehrt.

Das Angebot der Sportschule Appenzellerland mit seinen Partnerschulen nutzten 40 talentierte Schülerinnen und Schüler aus elf Sportarten zur sportlichen und schulischen Weiterentwicklung. Rund die Hälfte dieser Jugendlichen stammt aus Appenzell Ausserrhoden. Weitere sieben Sporttalente besuchen eine ausserkantonale Sportschule.

Die Mitglieder des Netzwerks Sport trafen sich zu zwei Veranstaltungen zu den Themen «Sicherheit im Sportunterricht» und «OL in der Schule». Zur Überarbeitung des Sporttests im 8. Schuljahr wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ziel ist eine einheitliche Schulsportprüfung in Zusammenarbeit mit den Schulsportverantwortlichen aus dem Kanton St. Gallen.

### 3.4 Zentrum für Schulpsychologie und pädagogisch-therapeutische Dienste (ZEPT)

Das Team des Schulpsychologischen Dienstes mit insgesamt 400 Stellenprozenten hat im Berichtsjahr rund 500 Kinder abgeklärt.

2011 führte der Schulpsychologische Dienst in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Fachstellen das standardisierte Abklärungsverfahren der EDK für die Ermittlung des individuellen Bedarfs von verstärkten Massnahmen (Sonderschulung) ein. Das Konzept zur Unterstützung der Volksschulen im Umgang mit belastenden Situationen steht seit Sommer in der Umsetzungsphase. Ziel ist es, bei schwierigen Situationen, Problemen oder Konflikten durch ein koordiniertes und systematisches Vorgehen aller Beteiligten (Schulpsychologischer Dienst, allfälligen externen Fachpersonen, Schulleitung und Lehrpersonen) eine rasche Entspannung zu erreichen. Damit wird zur Steigerung der Tragfähigkeit der Regelklassen beigetragen. Der Schulpsychologische Dienst unterstützte die Schulen in mehreren Krisensituationen (Todesfälle von Kindern, Drohungen) und führte in schwierigen Klassenkonstellationen Vermittlungen durch.

Ausmass und Vielschichtigkeit der Störungen im Bereich der Sprache und der Psychomotorik nehmen seit einigen Jahren zu. Entsprechend zugenommen haben deshalb auch Dauer und Intensität der Therapien. Durch die Zusammenführung der Heilpädagogischen Früherziehung ins ZEPT wird dem Anliegen Rechnung getragen, Kinder mit Auffälligkeiten möglichst frühzeitig zu erfassen.

Im Logopädischen Dienst wurden mit 890 Stellenprozenten 417 Kinder logopädisch behandelt (Vorjahr 420). Die Logopädinnen besuchten 2011 häufig Beratungs-Weiterbildungen, weil dieser Aspekt in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen hat.

In der Psychomotorik stehen in den drei Zentren in Heiden, Bühler und Herisau insgesamt 200 Stellenprozente zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden 52 Kinder angemeldet (Vorjahr 59) und 47 abgeklärt (Vorjahr 61). 97 Kinder (Vorjahr 85) erhielten Psychomotoriktherapie. In Herisau wurde ein geeigneter Raum als Ersatz für den bisherigen Pavillon gefunden.

Im Rahmen der Heilpädagogischen Früherziehung wurden im Berichtsjahr rund 48 Kinder und deren Eltern begleitet und beraten; davon 10 Kinder aus Appenzell Innerrhoden (Zusammenarbeitsvereinbarung). Die meisten Kinder wurden von Ärzten oder ärztlichen Diensten angemeldet.

## 4. Amt für Mittel- und Hochschulen und Berufsbildung

### 4.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurde aufgrund der beschriebenen Kernprozesse ein umfassendes Leistungsverzeichnis für das Amt erstellt. Darauf basierend soll eine gültige Ablagestruktur entworfen werden.

Im September gab der Regierungsrat den Entwurf des Gesetzes über die Mittelschulen und die tertiäre Bildung zur Vernehmlassung bis Ende Dezember frei. Im Oktober wurde Peter Bleisch per 1. März 2012 als neuer Amtsleiter gewählt. Sein Vorgänger, Martin Annen, wechselt als Prorektor an die Pädagogische Hochschule des Kantons St. Gallen.

An der Schnittstelle zwischen den Sekundarstufen I und II wurde das Projekt Lehrnetz AR weitergeführt. Dabei geht es einerseits um die Vermittlung von Lehrstellen an Jugendliche aus der 9. Klasse; andererseits um die Begleitung der Jugendlichen in der 8. Klasse im Berufswahlprozess durch freiwillige Mentoren. Zudem wurde an der Schnittstelle die Brücke AR extern bewertet.

Bezüglich eines allfälligen Beitritts zum Stipendienkonkordat wurden Daten aufgearbeitet und analysiert, die über die finanziellen Folgen Aufschluss geben.

### 4.2 Fachstelle Mittel- und Hochschulen

Der Businessplan der Kantonsschule Trogen wurde in seiner Struktur überarbeitet. Auf umfangreiche Statistiken wird in Zukunft verzichtet. Anstelle dessen wird neu ein Führungscockpit geführt. Darin wird mit wenigen, jedoch aussagekräftigen Indikatoren die Entwicklung der Kantonsschule aufgezeigt.

Im Auftrag der Mittelschulkommission wurde im November die Kantonsschule Trogen visitiert. Die Visitierenden gaben der Schulleitungen Rückmeldungen.

Im Rahmen des Projektes «Zukunft Kantonsschule Trogen» wurde einem Expertenteam ein Auftrag erteilt, mögliche Ent-

wicklungsoptionen für die Kantonsschule Trogen für die Jahre 2012 bis 2020 aufzuzeigen und diese nach gesellschaftlich und politisch relevanten Kriterien zu bewerten.

#### 4.3 Fachstelle Berufsbildung (vgl. Anhang, S. 85)

Die Situation auf dem Schweizer Lehrstellenmarkt ist trotz wirtschaftlicher Turbulenzen stabil geblieben.

Im Zuge der Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes wurden vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie 29 neue Bildungsverordnungen mit Lehrbeginn 2011 eingeführt.

Im Berichtsjahr genehmigte die Fachstelle 544 (Vorjahr 563) neue Lehrverträge, sechs altrechtliche Anlehrverträge und neun Ausbildungsverträge des kantonalen Angebotes Hauswirtschaftsjahr. Bei den Lehrverträgen wurde ein Rückgang von rund 3 % verzeichnet. Verschiedene Lehrbetriebe haben zunehmend Mühe, qualifizierte Lernende zu finden. Dies gilt besonders für Berufsausbildungen mit hohen Ausbildungsanforderungen.

Die Zuständigkeit für die Ausbildungsbeiträge an die höhere Berufsbildung gemäss der interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) ging von der Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge an die Fachstelle Berufsbildung über. Damit wurde die Abwicklung des Beitragswesens an sämtliche Ausbildungen gemäss Berufsbildungsgesetzgebung auf eine Fachstelle konzentriert.

Im Rahmen der Qualifikationsverfahren wurden insgesamt 458 (Vorjahr 457) Lehrabschlussprüfungen durchgeführt. Davon bestanden 434 Lernende (Vorjahr 429) die Prüfungen.

#### 4.4 Fachstelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (vgl. Anhang, S. 85)

Die Zahl der Einzelberatungen nahm insgesamt um 52 Personen ab (-7 %), was auf eine Vakanz zurückzuführen ist. Abgenommen hat die Zahl der Beratungen von Jugendlichen und Erwachsenen unter 24 Jahren, stabil geblieben ist die Anzahl der Beratungen von Erwachsenen

über 24 Jahren. Die Zahl der Kurzberatungen per E-Mail und Telefon blieb unverändert hoch.

Gestützt auf eine Leistungsvereinbarung erbringt die Fachstelle seit 2010 die Studienberatung für Jugendliche aus Appenzell Innerrhoden. Nachdem das Angebot im ersten Jahr nur schwach genutzt wurde, verdreifachten sich die Anmeldungen im Berichtsjahr. Die Studienberatungen von Ausserrhoder Jugendlichen waren dagegen leicht rückläufig. Im Bereich der Qualitätssicherung wurde das Qualitätsmanagement durch die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beurteilt. Weiter erstellten die Mitarbeitenden der Fachstelle ein Beratungs- und ein Stellenkonzept.

#### 4.5 Fachstelle Ausbildungs- und Studienbeiträge

**Stipendien und Ausbildungs- resp. Studiendarlehen** (vgl. Anhang, S. 87)

Die Stipendienkommission beschloss im Juni eine Teilrevison der Richtlinien für die Berechnung von Stipendien. Seit August wird der berechnungsrelevante Anspruch auf Ergänzungsleistungen zur AHV und IV bei der Stipendienberechnung mitberücksichtigt.

Die Fachstelle bearbeitete insgesamt 284 formelle Gesuche betreffend Stipendien sowie Ausbildungs- und Studiendarlehen (Vorjahr 327 / -13 %). Die Gesuche wurden nach dem Subsidiaritätsprinzip behandelt. Das bedeutet, dass die Beitragsprüfung erst dann vorgenommen wird, wenn sämtliche vorgelagerten gesetzlichen Leistungen abgeklärt und in Anspruch genommen worden sind. In 227 Fällen (Vorjahr 234) wurden Ausbildungs- resp. Studienbeiträge zugesprochen, was 80 % aller Gesuche entspricht (Vorjahr 72 %). 57 Gesuche (Vorjahr 93) wurden abgelehnt. Im Berichtsjahr wurde in 85 Fällen (30 %) der maximale Beitragsanspruch (Fr. 10'000 pro Jahr) ausgewiesen; im Vorjahr waren es 60 (18 %).

Insgesamt wurden Ausbildungs- und Studienbeiträge von rund Fr. 1,62 Mio. verfügt (ca. Fr. 70'000 bzw. 4,3 % mehr als im Vorjahr); der durchschnittlich zugesprochene Ausbildungsbeitrag pro gesuchstellende Person belief sich auf rund Fr. 7'150 (Vorjahr ca. Fr. 6'640). Der Grund für das



Ausgabenwachstum bei geringerer Anzahl bewilligter Gesuche lag in der Revision der Berechnungsrichtlinien. Rund Fr. 1,54 Mio. (95 %; Vorjahr 90 %) wurden in Form von Stipendien und Fr. 82'000 (5 %; Vorjahr 10 %) als rückzahlungspflichtige Ausbildungs- und Studiendarlehen gewährt.

Der Bund beteiligte sich mit einem Beitrag von Fr. 166'000 an den ausgerichteten Stipendienleistungen 2010 (Vorjahr Fr. 172'000). Im Berichtsjahr wurden Ausbildungs- und Studiendarlehen von total rund Fr. 109'000 zurückbezahlt und Darlehenszinsen von rund Fr. 11'600 eingefordert.

**Schul- und Studiengelder für ausserkantonale weiterführende Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe** (vgl. Anhang, S. 87)

Im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen, Konkordate und Verträge wurden im Berichtsjahr durchschnittlich für 209 Lernende der Sekundarstufe II (Vorjahr ebenfalls 209) sowie für 1'286 Studierende der Tertiärstufe (Vorjahr 1'214) aus Appenzell Ausserrhoden Schul- und Studiengelder bezahlt. Die Beiträge pro studierende Person und Jahr reichten dabei von rund Fr. 600 bis Fr. 50'000.

Der Gesamtaufwand für ausserkantonale Schulgelder auf der Sekundarstufe II (ohne ausserkantonale Berufsfachschulen) und der Tertiärstufe betrug 2011 rund Fr. 19,8 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Aufwandssteigerung von rund Fr. 0.8 Mio. bzw. 4 % (Vorjahr + 5 %). Der Mehraufwand entspricht der Zunahme der Anzahl an Lernenden resp. Studierenden.

Das Interkantonale Konkordat betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL) in Zollikofen (BE), welchem auch Appenzell Ausserrhoden angehörte, wurde per 31. Dezember aufgelöst. Die SHL wird neu allein durch den Kanton Bern getragen und ist in die Berner Fachhochschule integriert.

## 5. Kantonsschule Trogen (vgl. Anhang, S. 86)

Am Ende des Schuljahres 2010/11 haben 94 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Zwei Kandidaten erfüllten die Anforderungen nicht. Aus der Berufsfachschule «Wirtschaft» waren 19 Lernende zur Prüfung angetreten; 16 durften das Diplom entgegennehmen. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an 12 Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden.

16 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem sechs Fachmaturitätsausweise «Soziale Arbeit», vier für «Pädagogik» sowie zwei für «Gesundheit» aus.

Beim Start zum Schuljahr 2011/12 waren an der Kantonsschule insgesamt 681 Lernende eingeschrieben (Gymnasium 373; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 44; Fachmittelschule und Fachmaturität 61; Sekundarschule 186; Freiwilliges 10. Schuljahr 17). Das sind genau gleich viele wie im Vorjahr.

In nur zehn Monaten wurde der Um- und Erweiterungsbau der Mensa realisiert. Das Platzangebot ist dabei verdoppelt worden. Die neue Mensa besticht durch eine gute Lichtdurchflutung, die Farbgebung sowie die einladende Gestaltung. Im Untergeschoss konnten zudem ein Bewegungs- und Musikraum sowie ein Ausstellungsraum geschaffen werden. Die Kantonsschule ist im Besitz von naturwissenschaftlichen Sammlungen; und einige Exponate sollen dereinst dort ausgestellt werden können.

In Zusammenarbeit mit einem externen Berater wurde ein Marketingkonzept erstellt. Information und Werbung sollen besser koordiniert werden. Zudem bietet die Schule Trainingstage als Vorbereitung zur Übertrittsprüfung an.

Vertretungen der Gemeinden Wald, Trogen und Rehetobel, der Kantonsschule und des Amtes haben unter der Leitung des Bildungsdirektors einen neuen Vertragsentwurf für die allfällige Weiterführung der Sekundarschule an der Kantonsschule Trogen erarbeitet. Der Gemeinderat Rehetobel prüfte für die Oberstufe eine Zusammenarbeit mit Heiden.

Im November entschied er sich für den Verbleib in der Partnerschaft mit Wald und Trogen.

Mit Unterstützung der Metrohm AG und der Metrohm Stiftung konnte die Schule die vollständige Erneuerung des Chemielabors realisieren.

Im August startete der erste Ausbildungsgang der Berufsfachschule «Wirtschaft», welcher neu zu einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur Berufsmaturität führt.

## 6. Berufsbildungszentrum Herisau (vgl. Anhang, S. 86)

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum hat im Berichtsjahr einen neuen Höchststand erreicht (Schuljahr 2011/12: 1'033; Schuljahr 2010/11: 990; Schuljahr 2009/10: 1'018; 2008/09: 999).

Das Aufrechterhaltungsaudit des Qualitätsmanagementsystems ISO9001:2008 durch die Firma SQS verlief erfolgreich. Im Rahmen des Managementreview hat die Schulleitung gemeinsam mit Lehrpersonen und unter Einbezug von Departement und Mitarbeitenden Vision, Mission und strategische Ziele erarbeitet und entsprechende Messgrößen festgelegt.

An den schulinternen Weiterbildungstagen im Sommer wurde die Themenreihe «guter Unterricht» weitergeführt und vertieft. Die neu geschaffene Qualitätsgruppe erarbeitete Vorgaben und Checklisten. Nach einer Vernehmlassung bei den Lehrpersonen wurden verbindliche Vorgaben im Qualitätsmanagementsystem verankert. Während der Weiterbildungstage arbeiteten die Lehrpersonen an der Verbesserung verschiedener Kompetenzen wie Visualisierung, Lehr- und Lernverhalten, persönliches Auftreten oder Informatik. Die Lehrenden arbeiteten sich in den Managementreview ein und erarbeiten Ideen zur Visualisierung der Vision und Mission der Schule.

Die Qualitätsgruppe, welche ausschliesslich aus Lehrpersonen besteht, erwies sich als wertvolles Gremium zur laufenden Qualitätsverbesserung und als wichtiges Bindeglied zu der gesamten Lehrerschaft.

Sieben Lehrpersonen durchliefen die neue Laufbahnqualifikation. Am Anfang dieses Prozesses stand eine Kickoff-Veranstaltung, am Ende eine Schlussevaluation.

Im Rahmen der betrieblichen Sicherheits- und Gesundheitsförderung wurden die Lehrenden nach 2008 ein zweites Mal befragt. Die Ergebnisse zeigten, dass die in den letzten zwei Jahren umgesetzten Massnahmen klare Verbesserungen beim gesundheitlichen Befinden und bei der Zufriedenheit der Mitarbeitenden bewirkten. Die Absenzenrate ging in diesem Zeitraum ebenfalls zurück.

Der wöchentliche Newsletter an die Lehrenden hat sich bewährt und wird regelmässig auch zur Koordination und Organisation genutzt.

Die systematische Erfassung und Begleitung von Projektarbeiten bei den Lernenden brachte einen ersten Erfolg: Ein Forstwart hat mit seiner Arbeit den Einzug in den Wettbewerb «Schweizer Jugend forscht» geschafft.

Lernschwache Jugendliche wurden durch Stützkurse, dem Tandemlernen und im Lernatelier gezielt gefördert. Ebenfalls gefördert wurden besonders talentierte und begabte Lernende.

Die Brücke AR hat auch im fünften Jahr ihres Bestehens das Ziel einer Anschlusslösung von mindestens 80% der Jugendlichen übertroffen. Wichtigster Erfolgsfaktor war dabei das persönliche Coaching der Lernenden.

Eine Befragung aller Lernenden, welche die Ausbildung im Sommer abgeschlossen haben, ergab wertvolle Hinweise zur Gesamtzufriedenheit der Jugendlichen mit den Ausbildungsangeboten des BBZ Herisau. In den meisten Belangen stellten die Lernenden dem BBZ ein gutes Zeugnis aus. Es konnten aber auch gezielte Massnahmen zur Verbesserungen der Unterrichtsqualität und der Rahmenbedingungen an der Schule abgeleitet werden.



## Departement Gesundheit

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Dem Staat kommt für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Ausserrhoder Bevölkerung eine zentrale Rolle zu, sowohl in der stationären wie auch in der ambulanten Versorgung. Verfassung und Gesetz übertragen dem Kanton und den Gemeinden die anspruchsvolle Aufgabe, einen für alle Einwohnerinnen und Einwohner offenen und bezahlbaren Zugang zu den elementaren Angeboten medizinischer, pflegerischer und therapeutischer Dienstleistungen zu gewährleisten.

Trotz des gesetzlichen Versorgungsauftrags treten Kanton und Gemeinden immer weniger als Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in Erscheinung. Die 2011 beschlossene Änderung der Rechtsform des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden von einer kantonalen Verwaltungseinheit zu einer selbständigen öffentlichrechtlichen Anstalt verdeutlicht diese Entwicklung eindrücklich. Auch die Gemeinden ziehen sich aus der operativen Führung der Alters- und Pflegeheime zunehmend zurück. Der Staat tritt neu als Leistungseinkäufer auf, der für die Bedürfnisabdeckung von medizinischen und pflegerischen Leistungen sorgen muss. Trotz der geänderten Zuständigkeiten bleiben Kanton und Gemeinden gegenüber der Bevölkerung politisch in der Verantwortung.

Auch wenn vermehrt marktwirtschaftliche Steuerungselemente im Gesundheitswesen zur Anwendung gelangen, ist die Gesundheitsversorgung kein freier, sondern ein regulierter und vom Staat kontrollierter Markt. Die Berufsausübung der Gesundheitsfachpersonen und das mit Steuergeldern finanzierte medizinische, pflegerische und therapeutische Angebot werden durch übergeordnete Gesetze (z.B. eidgenössisches Krankenversicherungsgesetz und kantonales Gesundheitsgesetz) geregelt.

Die Rollenteilung zwischen Bund und Kantonen muss aber angesichts der zunehmenden Wettbewerbs- und Marktelemente geklärt und die Zusammenarbeit verbessert werden, um den verfassungsmässigen Versorgungsauftrag erfüllen zu können. Die steigende Vielfalt der staatlich finanzierten Leistungsanbieter im Gesundheitswesen erfordert zudem neue oder verstärkte Steuerungsinstrumente: 1.) Die Gesundheitsversorgung braucht eine langfristige und vorausschauende Planung, um Versorgungslücken zu vermeiden. 2.) Mittels Leistungsvereinbarungen muss die Versorgung von Patientinnen und Patienten verbindlich geregelt werden. 3.) Der Staat muss verstärkt Wirtschaftlichkeit und Qualität der erbrachten Leistungen im Gesundheitswesen überwachen. 4.) Die Aufsicht über die Akteure im Gesundheitswesen zum Schutz der Patientinnen und Patienten gewinnt an Bedeutung. 5.) Die Finanzströme im Gesundheitswesen müssen intensiver überwacht werden, um Effizienz zu garantieren und möglichen Missbrauch ausschliessen zu können.

Insgesamt hat die Komplexität des Gesundheitssystems weiter zugenommen. Oberstes Ziel des staatlichen Handelns bleibt in jedem Fall die Sicherstellung einer guten Qualität bei den Gesundheitsdienstleistungen sowie die Sicherheit und das Wohl der Heimbewohnerinnen und -bewohner sowie der Patientinnen und Patienten.

### 1. Departementssekretariat

Die von den eidgenössischen Räten am 21. Dezember 2007 verabschiedete und am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10) in den Bereichen Spitalplanung und -finanzierung verlangte nach Anpassung der bestehenden und Schaffung von neuen

kantonalen Rechtsgrundlagen. Das Departementssekretariat beschäftigte sich im Berichtsjahr vorwiegend mit Arbeiten, die sich aus diesem Gesetzgebungsprozess ergaben. Dazu gehörten u.a. die Begleitung der Sitzungen der vorberatenden parlamentarischen Kommission, der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Rahmenvertrages, der Gespräche zwischen der regierungsrätlichen Delegation und den Versicherern im Vorfeld der Festlegung

des Kantonsanteils bei der Finanzierung der stationären Spitalbehandlungen oder der Verhandlungen zwischen den Delegationen von Regierungsrat und Verwaltungsrat zum Rahmenvertrag. Der Kantonsrat hat die Entwürfe für das teilrevidierte Gesundheitsgesetz und das neue Spitalverbundgesetz (SVARG) anlässlich seiner Lesungen vom 21. Februar und 19. September verabschiedet. Der auf das SVARG abgestützte Rahmenvertrag wurde ausgearbeitet und den Delegationen von Regierungsrat und Verwaltungsrat des Spitalverbands Appenzell Ausserrhoden (SVAR) zur Verhandlung unterbreitet. Die Erlasse treten am 1. Januar 2012 in Kraft; der SVAR wird zur selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt.

Damit sich der Verwaltungsrat rechtzeitig in die neue Aufgabe einarbeiten und die Übernahme der Geschäfte per 1. Januar 2012 vorbereiten konnte, hat der Regierungsrat am 7. Juni folgende Mitglieder des Verwaltungsrates des SVAR gewählt: Dr. med. Thomas Kehl, Davos, Vorsitzender der Geschäftsleitung und Chefarzt Zürcher Höhenkliniken Wald und Davos (Präsident), Ruth Metzler-Arnold, Appenzell, Beraterin für Strategie, Führung und Kommunikation (Vizepräsidentin), Dr. Agnes Glaus, St. Gallen, Mitglied Geschäftsleitung Tumorzentrum ZeTuP St. Gallen, Marie-Theres Hofmann, Cham, Geschäftsführerin BGM Forum Schweiz GmbH, Dr. med. Othmar Kehl, Heiden, Chefarzt Medizin Spital Heiden (bis 2011), Regierungsrat Köbi Frei, Heiden, Vorsteher Departement Finanzen, Christian Lienhard, Weissbad, Direktor Hof Weissbad. Das Sekretariat des Verwaltungsrates wird von Frau lic. iur. Pia Trutmann Rüesch, Rechtsanwältin, Herisau, geführt.

Die Umsetzung der komplexen bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der Spitalplanung und Spitalfinanzierung mit der Ausarbeitung der neuen Ostschweizer Spitalvereinbarung, welche am 1. Januar 2012 in Kraft treten werden, sowie den neuen Verträgen im Bereich der elektronischen Kostengutsprachen erforderte einen intensiven fachlichen Austausch auf interkantonaler Ebene. Die Departementssekretärin nahm daher an zahlreichen Sitzungen der Konferenz der Generalsekretärinnen und -sekretäre der GDK-Ost bzw. zusammen mit dem Departementsvorsteher an solchen der Direktorinnen und Direktoren der GDK-Ost bzw. der GDK-Schweiz teil. Weitere Sitzungen fanden mit den Kantonen St. Gallen und Appenzell Innerrhoden statt.

Die Umsetzung der neuen bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der Prämienverbilligung mit der Aufhebung der Leistungsassistierung verlangte die Anpassung der entsprechenden kantonalen Rechtsgrundlagen unter Beizug der Ausgleichskasse Appenzell Ausserrhoden und der Fachstelle für Sozialhilfe und Sozialarbeit im Departement für Inneres und Kultur.

Im Bereich des Passivraucherschutzes hat sich die Rechtslage geändert: Seit 1. Januar 2011 ist in sämtlichen Gastronomiebetrieben in Appenzell Ausserrhoden das Rauchen nur noch in entsprechenden Raucherräumen zugelassen. Diese Räume mussten bis spätestens 1. Mai die bundesrechtlichen Anforderungen erfüllen. Im Laufe des Frühjahrs beschäftigte sich das Departementssekretariat mit Rechtsfragen betreffend der Zulässigkeit von Raucherklubs in Appenzell Ausserrhoden und, in Zusammenarbeit mit dem Departement für Sicherheit und Justiz, mit der Umsetzung der kantonalen Rechtsgrundlagen. Der Regierungsrat hat am 22. November den Bericht und Antrag zur am 7. Oktober 2010 eingereichten Volksinitiative «Für gleich lange Spiesse beim Nichtrauchererschutz» zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Die erste Sitzung der vorberatenden parlamentarischen Kommission fand kurz vor Weihnachten statt.

Das Departementssekretariat war im Laufe des Jahres mit der Bearbeitung von diversen Rekursen, einem aufsichtsrechtlichen Verfahren, mit Kündigungsverfahren im Spitalverbund, erheblicher juristischer Unterstützung der Ämter sowie der Erstellung von zahlreichen Mitberichten und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kanton beschäftigt.

Die Umsetzung des Bundesrechts im Bereich der Pflegefinanzierung sowie der Spitalplanung und -finanzierung erforderte die Besetzung der Stelle eines Controllers im Departementssekretariat sowie der Stelle eines Planers im Spitalamt. Am 16. Mai haben Miro Garofalo als Controller und John Cassidy als Planer und stellvertretender Leiter des Spitalamts ihre Arbeiten aufgenommen.



## 2. Spitalamt

### 2.1 Spitalplanung

Im Hinblick auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung wurde eine neue Spitalplanung durchgeführt. Die erste Phase der Planung umfasste die Ermittlung des künftigen Bedarfs an stationären Leistungen in den Bereichen Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie. In einer zweiten Phase wurden in einem breit angelegten Verfahren die zur Bedarfsdeckung in Frage kommenden Leistungserbringer nach rechtsgleichen Kriterien bewertet. Die Ergebnisse wurden in einem Strukturbericht zusammengefasst. Zusätzlich wurden die Entwürfe der Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2012 «Akutsomatik und Rehabilitation» erstellt. Zum Strukturbericht und den Spitallisten wurde eine Anhörung bei den Leistungserbringern und den Versicherern durchgeführt. Parallel dazu wurden die Leistungsaufträge ausgearbeitet. Insbesondere der Kontakt mit den Leistungserbringern im Kanton (neben dem SVAR die Berit Paracelsus-Klinik in Niederteufen, die Klinik Gais AG in Gais, die Hirslanden Klinik Am Rosenberg AG in Heiden, die Rheinburg-Klinik AG in Walzenhausen sowie die Augenklinik Dr. A. Scarpattetti AG in Teufen) hat sich verstärkt.

### 2.2 Stationäre Spitaltarife 2012

Da der Kanton ab 1. Januar 2012 alle Listenspitäler mitfinanziert, bilden die Tarife einen wichtigen Bestandteil der Planung. Aufgrund der neuen Spitalfinanzierung mussten die Spitäler und Kliniken mit den Versicherern neue Tarifverträge aushandeln. Einerseits waren bis Ende Jahr noch nicht alle Tarife verhandelt, andererseits werden die Verfahren für die Genehmigung der Tarife oder allenfalls für die hoheitliche Festsetzung eines Tarifs längere Zeit beanspruchen. Um einen möglichst reibungslosen Übergang und insbesondere die Finanzierung der Spitäler und Kliniken ab 1. Januar 2012 sicherzustellen, hat das Departement vorsorgliche Massnahmen vorbereitet. Mit Wirkung ab 1. Januar 2012 werden durch den Regierungsrat provisorische Tarife für die Dauer der Tarifvertragsgenehmigungs- und Tariffestsetzungsverfahren erlassen werden. Die Listenspitäler und die Versicherer wurden zu den provisorischen Tarifen angehört.

### 2.3 Kantonsanteil

Mit Einführung der neuen Spitalfinanzierung muss der Kanton jeweils für das Kalenderjahr den für alle Kantons-einwohnerinnen und -einwohner geltenden kantonalen Anteil an den Kosten für die stationäre Versorgung festlegen. Während einer Übergangsphase von fünf Jahren können Kantone, deren Prämien unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen, den Kantonsanteil zwischen 45 und 55 Prozent festlegen. Nach Rücksprache mit den Versicherern und aufgrund eigener Modellrechnungen legte der Regierungsrat den Kantonsanteil für das Jahr 2012 auf 47 Prozent fest. Die Versicherer tragen 53 Prozent der Kosten. Mit diesem Kostenteiler geht man davon aus, dass der Übergang zur neuen Spitalfinanzierung bezüglich Prämien kostenneutral erfolgen kann.

### 2.4 Psychiatriekonzept

Aufgrund eines ersten Konzeptentwurfes (2009) und einer zusätzlichen externen Expertise (2010) wurde ein Psychiatriekonzept erarbeitet. Das Konzept wurde im Herbst den zuständigen Institutionen und Gesundheitsfachpersonen zur Anhörung unterbreitet. Es soll vom Regierungsrat im Frühjahr 2012 verabschiedet werden.

### 2.5 Zusammenarbeit zwischen Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden

Das schweizerische Spitalwesen steht vor grossen Herausforderungen. Diese wirken sich in ländlichen Regionen und auf kleinere Spitäler mit einem breiten Grundversorgungsangebot ganz besonders aus. Trotz den sich ändernden Rahmenbedingungen soll in den beiden Kantonen auch künftig eine qualitativ hochstehende, kostengünstige und vor allem für die Bevölkerung wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Die Regierungen von Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden haben deshalb beschlossen, Möglichkeiten für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Spital Appenzell und dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden prüfen zu lassen. Die Ergebnisse der Arbeiten des Spitalrats Appenzell Innerrhoden bzw. des Verwaltungsrats des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden und die

Vorschläge über Kooperationsmöglichkeiten lagen Ende 2011 vor und werden von den beiden Regierungen Anfang 2012 beurteilt.

### 3. Amt für Gesundheit

#### 3.1 Projekte

Die Arbeiten für den Gesundheitsbericht 2012 inkl. der Beantwortung des Postulats von Dr. med. Ernst Gähler zur ambulanten Versorgung bildeten Schwerpunkte im Berichtsjahr. Die ambulante Versorgung in Appenzell Ausserrhoden ist gewährleistet. Dennoch wird der sich abzeichnende Mangel an ärztlichem Fachpersonal mit Sorge beobachtet. Mit den Mitteln aus dem Projekt «Praxisassistenz» konnte erstmals eine Halbjahresstelle finanziert werden. Auch hier offenbart sich der Mangel an ärztlichem Nachwuchs: Es finden sich zu wenige Interessierte für die guten Ausbildungsplätze.

Appenzell Ausserrhoden hat per Mitte September die ambulante Notfallnummer des Ärztefons eingeführt. Das Projekt wurde zusammen mit der Appenzellischen Ärztesgesellschaft umgesetzt und bringt den Einwohnerinnen und Einwohnern eine deutliche Vereinfachung bei der Suche nach ärztlicher Unterstützung in einem ambulanten Notfall. Das Angebot wird erfreulich genutzt. Die Ärzteschaft wird dank dem Ärztefon von Bagatellnotfällen entlastet.

Das Projekt «Gesundes Körpergewicht» mit seinen unterschiedlichen Teilprojekten ist in Umsetzung. So konnten 2011 beispielsweise die Leiterinnen und Leiter von Kinderkrippen und Kindertagesstätten mit Spielmaterial für den Alltag versorgt und in der Anwendung geschult werden. Zusammen mit der Pro Juventute und dem Departement Bildung wurde die Abgabe des Elternbriefs an Eltern, deren Kinder zwischen einem Monat und sechs Jahre alt sind, vereinbart. Die Projekte «Open Sunday» sind gestartet, und die Gemeinden sind eingeladen worden, das Angebot mit finanzieller Unterstützung des Kantons zu nutzen. Ebenso haben, mit Unterstützung der Caritas St. Gallen, die Arbeiten zum Teilprojekt «Miges Balu» begonnen. Ziel dieses

Projektes ist es, Personen mit Migrationshintergrund u.a. die Grundlagen der gesunden Ernährung zu vermitteln. Im Dezember hat das erste Netzwerktreffen stattgefunden.

Das Regierungsprogrammprojekt «Ausserrhoder Bündnis gegen Depression» wurde Ende Jahr abgeschlossen. Gemeinsam mit den Kantonen Appenzell Innerrhoden und St. Gallen wurden die Vorarbeiten zur Bildung einer regionalen Nachfolgeorganisation, dem Ostschweizer Forum für psychische Gesundheit, aufgenommen, welches die bisherigen Arbeiten weiterführen soll.

Im Berichtsjahr sind zwei Ausgaben des Gesundheitsmagazins erschienen. Die Frühjahrsausgabe beschäftigte sich schwergewichtig mit dem Thema «Natur und Gesundheit» und nahm vorwiegend Bezug auf die Komplementärmedizin in Appenzell Ausserrhoden. Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker bilden die grösste kantonale registrierte Berufsgruppe und prägen das Image des Gesundheitskantons. Die Herbstausgabe mit dem Thema «Alles wird besser ... das Gute bleibt» hat sich dem SVAR gewidmet und die Änderungen für den SVAR per 1. Januar 2012 thematisiert. Dieses Magazin wurde zum letzten Mal zusammen mit dem SVAR herausgegeben.

Der Regierungsrat hat am 28. Juni beschlossen, das Veterinärwesen (Veterinäramt inkl. der Fleischkontrollen des Veterinärdienstes) nur noch dem Departement für Volks- und Landwirtschaft zu unterstellen. Die Berichterstattung erfolgt somit neu durch das Departement Volks- und Landwirtschaft.

#### 3.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. Es wurden ihm die Entwürfe zum Psychiatriekonzept, die Einführung des Ärztefons, die Postulatsantwort von Dr. med. Ernst Gähler zur ambulanten Versorgung in Appenzell Ausserrhoden, die Vorlagen zur Spitalplanung und -finanzierung sowie die Entwürfe des Gesundheitsberichts 2012 unterbreitet. Die Rückmeldungen des fachlich breit abgestützten Gremiums waren wiederum sehr wertvoll und hilfreich und ermöglichten fachgebietsübergreifende Diskussionen.



### 3.3 Kantonsärztlicher Dienst (vgl. Anhang, S. 89)

Die finanzielle Belastung des Kantons durch ausserkantonale stationäre Spitalbehandlungen ist weiter angestiegen. Insbesondere traten im Berichtsjahr einige kostenintensive Fälle auf. Dank des Systems der elektronischen Kostengutsprachen «eKOGU» laufen die Prozesse sehr wirtschaftlich.

Die Verbesserungen bei den administrativen Abläufen im Bestell- und Abrechnungswesen bei den Schulimpfungen führten zu deutlichen Entlastungen in der Administration bei den Arztpraxen.

Im 2011 sind fünf Fälle von Tuberkulose aufgetreten, deren Verlauf durch den Kantonsarzt beobachtet wurde.

### 3.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Eine der wichtigsten Aufgaben des Kantonszahnarztes war die Information und Beratung von Behörden, Schulen sowie Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Rahmen der Einführung eines neuen Zahnbüchleins in den Gemeinden konnte der Kantonszahnarzt die Unterschiede bei der Leistungserbringung der Gemeinden bei der Zahnprophylaxe und beim schulzahnärztlichen Untersuch besprechen und beheben. Die Gespräche mit den Gemeindebehörden werden im Laufe des Jahres 2012 abgeschlossen sein.

### 3.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle (vgl. Anhang, S. 89)

Die Datenbank für Gesundheitsfachpersonen und Heilmittel hat sich im Alltag bewährt. Diverse administrative Abläufe (z.B. Bewilligungserteilung, Auskünfte, Abgabe von Betäubungsmittelrezeptblöcken, Marktüberwachung von Heilmitteln etc.) lassen sich heute sehr wirtschaftlich bewerkstelligen. Dank dieses Systems konnte die steigende Zahl von Bewilligungsgesuchen bewältigt werden. Die Daten ermöglichen auch verlässliche Aussagen zur Gesundheitsversorgung und zur zukünftigen Versorgungssicherheit in den diversen Gesundheitsberufen. Andere Kantone zeigen sich am System von Appenzell Ausserrhoden interessiert und prüfen ebenfalls dessen Einführung.

Im November wurde die kantonale Prüfung für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker durchgeführt. Von 16 Teilnehmenden haben acht Personen die Prüfung bestanden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 101 Inspektionen durchgeführt (Vorjahr 94).

### 3.6 Beratungsstelle für Suchtfragen

Nachdem die Anzahl der Beratungen in den letzten Jahren anhaltend gestiegen ist, hat sie sich im vergangenen Jahr erstmals gefestigt. Es wurden 160 länger dauernde Beratungen durchgeführt (Vorjahr 168). Bei den Kurzberatungen (weniger als drei Stunden Arbeitsaufwand) stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr auf 105 an (vgl. Anhang, S. 92). Seit Sommer läuft das Projekt «rauchfreie Lehre» auch in Appenzell Ausserrhoden. Weit über 100 Lernende, fünf Betriebe und das Berufsbildungszentrum Herisau haben sich für das Projekt angemeldet. Das Suchtpräventionsprogramm «freelance» ist weiterhin erfolgreich und wird von den Ausserrhoder Lehrpersonen sehr gut genutzt. Es sind 110 Ausserrhoder Schulklassen angemeldet. Das Programm wird ständig weiterentwickelt; derzeit wird das Themenpaket «neue Medien» erarbeitet.

Ein neues Projekt für Kindergärten und Unterstufen heisst «Märchen - Schlüssel zum Leben». Anhand verschiedener Broschüren mit bekannten Märchen sollen den Kindern die Präventionsthemen vermittelt werden. Über 100 Schulkassen haben sich angemeldet und profitieren von der Magie der Märchen, welche von Projektleiter Kurt Fröhlich vom Theater Fährbetrieb zusammengestellt worden sind.

Im Bereich Spielsucht wird eng mit den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Graubünden, Glarus und Appenzell Innerrhoden zusammengearbeitet. Gemeinsam wird ein professionelles Angebot zur Verfügung gestellt (siehe [www.sos-spielsucht.ch](http://www.sos-spielsucht.ch)). Seit Herbst beteiligen sich auch weitere Deutschschweizer Kantone am Projekt.

Nach der QuaTheDA-Zertifizierung (Qualität Therapie Drogen Alkohol) im September 2008 wurde die Beratungsstelle für Suchtfragen im September 2011 rezertifiziert.

### 3.7 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission

Anfang Jahr war ein Verfahren aus dem Jahr 2010 pending. Zwei Gesuche um Überprüfung des Honorars sind neu eingereicht worden. Von diesen insgesamt drei Verfahren sind zwei erledigt, das hängige Verfahren steht vor Abschluss.

## 4. Amt für Lebensmittelkontrolle (Interkantoniales Labor)

Im 2012 wird das total revidierte eidgenössische Lebensmittelgesetz die parlamentarischen Beratungen durchlaufen. Es sieht minimale Kontrollfrequenzen vor und bestimmt, dass die Ergebnisse der Kontrollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen; insbesondere jene, die bei Gastwirtschaftsbetrieben durchgeführt werden. Die neuen rechtlichen Vorgaben werden voraussichtlich einen beachtlichen Mehraufwand für die Kontrollbehörden und Mehrkosten zur Folge haben.

Im Berichtsjahr überprüften russische Inspektoren die Einhaltung der Vorgaben der russischen Föderation in Schweizer Produktionsbetrieben, die nach Russland exportieren. Das Amt für Lebensmittelkontrolle wurde kurzfristig darüber informiert, dass auch in einem Milch verarbeitenden Betrieb in Appenzell Ausserrhoden eine Inspektion durchgeführt werde und das Amt bestätigen müsse, dass der Betrieb die russischen Vorgaben einhalte. Das Bundesamt für Gesundheit stellte dem Amt für Lebensmittelkontrolle vorgängig die deutsche Übersetzung der Gesetzestexte der russischen Föderation zu. Im Rahmen einer detaillierten Inspektion wurde der Betrieb auf die Einhaltung der russischen Hygienevorgaben hin überprüft. Am Tag der Inspektion konnte das Amt für Lebensmittelkontrolle den russischen Inspektoren die Konformitätsbescheinigung vorlegen. Die Schweizer Botschaft stellte den Bericht der russischen Inspektoren dem Bund zu, welcher ihn später den betroffenen kantonalen Lebensmittelbehörden und den Betrieben übermittelte. Die Vorbereitungen und die Inspektionen erforderten erhebliche personelle Ressourcen. Die Arbeit konnte nur dank der Unterstützung durch die anderen Partner der interkantonalen Vereinbarung über die Lebensmittelkontrolle bewältigt werden.

Die routinemässigen Betriebskontrollen und Probenuntersuchungen wurden im üblichen Rahmen abgewickelt. Die Anzahl der vom Amt für Lebensmittelkontrolle zu bearbeitenden Baugesuche stieg gegenüber dem letzten Jahr bedeutend an.

## 5. Amt für Soziale Einrichtungen

Anfang Februar schockierte die Nachricht, dass ein Sozialtherapeut in verschiedenen Behindertenheimen insgesamt mehr als 100 Menschen sexuell missbraucht habe, Fachwelt und Öffentlichkeit. In die Schlagzeilen gerieten auch zwei Ausserrhoder Heime, in denen der mutmassliche Täter zwischen 1982 und 1989 angestellt war und ebenfalls zahlreiche Straftaten begangen haben soll. Die Heime haben daraufhin zusammen mit der Heimaufsicht und -beratung sowie externen Beraterinnen und Beratern sowohl ihr Vorgehen bei der Personalauswahl als auch das heiminterne Qualitätsmanagement und die Teamprozesse verbessert.

Bei der Umsetzung der von den eidgenössischen Räten zu wenig durchdachten Neuordnung der Pflegefinanzierung gab es zahlreiche Schwierigkeiten im stationären Langzeitbereich; vor allem bei der Ermittlung der für die Restfinanzierung zuständigen Gemeinde. Während die Finanzierung von Spitex-Leistungen kaum Schwierigkeiten bereitet, ist für die Finanzierung ausserkantonalen Heimaufenthalte noch immer keine befriedigende interkantonale Lösung in Sicht. Für die stationäre Akut- und Übergangspflege - einem neuen Angebot für den Aufenthalt von maximal 14 Tagen in einem Pflegeheim nach einem Spitalaufenthalt - ist zwischen dem Heimverband Curaviva und den Krankenversicherern noch kein Vertrag zustande gekommen.

Im Berichtsjahr mussten einerseits zwei kleinere Alters- und Pflegeheime aus betriebswirtschaftlichen Gründen geschlossen werden - und ein weiteres wird per Mai 2012 geschlossen. Andererseits sind mehrere Neu- und Umbauprojekte in Arbeit. In Appenzell Ausserrhoden werden von den zurzeit etwa 1'100 Betten weiterhin mindestens ein Fünftel für Gäste aus anderen Kantonen zur Verfügung stehen. Damit leisten die Alters- und

Pflegeheime weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Volkswirtschaft des Kantons.

Gemeinsam mit Curaviva führte das Amt für Soziale Einrichtungen eine sehr gut besuchte Informationsveranstaltung zum Thema «Ausbildung auf Stufe Höhere Fachschule in der Langzeitpflege» durch. Es wurde deutlich, dass dem Fachkräftemangel, von dem die Pflegeheime besonders stark betroffen sind, mit einer eigentlichen Bildungsinitiative entgegengetreten werden muss.

Im Bereich der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung wurde die gute Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Lösungen für die Angebotsplanung, die Qualitätsentwicklung und die Finanzierung im Rahmen der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost) und dem Kanton Zürich fortgesetzt. Es hat sich allerdings gezeigt, dass es vor allem im Teilprojekt «Finanzierung» mit zunehmender Konkretisierung der zu treffenden Massnahmen immer schwieriger wird, gemeinsame Lösungen zu finden. Immerhin werden im 2013, ein Jahr später als geplant, voraussichtlich alle Ostschweizer Kantone pauschale subjektbezogene Betriebsbeiträge eingeführt haben, die den individuellen Betreuungsbedarf berücksichtigen. Die Leistungen und Tarife werden dann vergleichbarer sein. Für die Ausserrhoder Heime und Werkstätten mit Nutzerinnen und Nutzern aus anderen Kantonen ist es existenziell, dass sie bezüglich Qualität und Kosten konkurrenzfähig bleiben.

Den Gemeinden und den Spitex-Organisationen wurden zwei Modelle für die künftige Spitexentwicklung und -regionalisierung zur Stellungnahme vorgelegt. Das eine schlug die Schaffung einer einzigen Spitex-Organisation mit mehreren Filialen vor, das andere drei oder mehr eigenständige Spitex-Organisationen. Die Mehrheit der Stellungnahmen bevorzugte das Modell mit einer Spitex-Organisation und mehreren Filialen. Die Projektleiterinnen Monika Müller-Hutter (Leiterin Spitexaufsicht und -beratung im Amt für Soziale Einrichtungen) und Christine Aeschlimann (Geschäftsführerin Spitex-Kantonalverband AR) haben in der Folge ein Umsetzungsprojekt erarbeitet und den bestehenden Spitex-Organisationen präsentiert. Diese wurden eingeladen, sich bis Ende September für oder gegen ihre Mitwirkung im Projekt zu

entscheiden. Das Projekt konnte im Oktober im Rahmen einer Kickoff-Veranstaltung in Urnäsch erfolgreich gestartet werden. Die mitwirkenden Spitex-Organisationen, die in einem Versorgungsgebiet von rund 27'300 Einwohnerinnen und Einwohner tätig sind, haben die Projektgremien gewählt und das weitere Vorgehen bestimmt. Spitex-Organisationen, die sich nicht für eine Beteiligung entscheiden konnten, können zu einem späteren Zeitpunkt ihre Mitwirkung beantragen, sofern sie dann die bereits gefällten Entscheide mittragen können.

Die Heimkommission wurde, nach insgesamt 43 Sitzungen, als Folge der Schaffung des Gesundheitsrates und im Hinblick auf die allfällige Wahl einer ständigen kantonsrätlichen Kommission für Gesundheit per Ende des Berichtsjahres aufgelöst.

## 6. Ethikkommission

Im Verlaufe des Berichtsjahres hat sich die Ethikkommission lediglich zu einer, jedoch mit Blick auf die Patientenrechte bedeutenden, Sitzung getroffen. Gegenstand der Sitzung war die Beratung von Medizinalpersonen im Spital Herisau, deren Auffassung bezüglich der Zwangsbehandlung einer Patientin in Widerspruch stand zur Meinung der Ärztinnen und Ärzte des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhodens. Die Ethikkommission ist im Sinne von Art. 30 Abs. 4 des Gesundheitsgesetzes um Beurteilung angefragt worden. Im Rahmen ihrer Meinungsbildung hat sich die Kommission direkt vor Ort im Spital Herisau getroffen und die betroffene Patientin sowie die behandelnden Ärzte ausführlich befragt. Darauf basierend hat sich die Kommission sorgfältig mit den rechtlichen und ethischen Fragen der Zwangsbehandlung einer Patientin und den Rahmenbedingungen des Patientenschutzes befasst. Die in schriftlicher Form abgegebene und ausführlich begründete Stellungnahme der Kommission ist von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten akzeptiert worden.

## Departement Bau und Umwelt

Direktor: Regierungsrat Jakob Brunnschweiler

Die weltweite Energiepolitik wurde durch die Nuklearkatastrophe in Fukushima im März, ausgelöst durch das Erdbeben und den Tsunami, enorm beeinflusst. Parteien von links bis rechts diskutierten nachfolgend ihre Energiestrategien öffentlich und prägten damit die Schweizer Politik massgebend. Nun scheint eine neue Energie-Ära anzubrechen. Der Bundesrat hat sich für den Atomausstieg bis 2034 ausgesprochen; ein Entscheid, der eine neue Energiewelt bedingt: Im Sommer bzw. Herbst haben die eidgenössischen Räte Ja gesagt zu einem schrittweisen Atomausstieg. Fragen wie beispielsweise die Kosten eines Ausstiegs für Firmen und Haushalte, die Auslandabhängigkeit, die Auswirkungen auf das Klima oder ob ein Wasserkraftausbau umsetzbar ist, sind noch unbeantwortet. Nicht zuletzt wird sich auch die Frage stellen, ob die Preiserhöhungen für die «saubere» Energie politisch mehrheitsfähig und auch für die Industrie verkraftbar sind.

Die Schweizer Raumplanung stand ebenfalls auf der politischen Traktandenliste. Appenzell Ausserrhoden war dabei vor allem gespannt auf den Parlamentsentscheid über die im Frühling 2008 eingereichte Standesinitiative des Kantons St. Gallen. Die Initiative zielte darauf, Sanierungen an bestehenden Bauten ausserhalb der Bauzone unabhängig davon zu machen, ob die Baute im 1972 noch landwirtschaftlich genutzt wurde oder nicht. Dieses Problem wurde von vielen Kantonen als gravierend eingestuft. Bund und Parlament entschieden sich, mit dessen Lösung nicht zuzuwarten, bis die Gesamtüberprüfung der Bestimmungen zum Bauen ausserhalb der Bauzonen im Rahmen der zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes abgeschlossen ist. So verabschiedeten die Räte kurz vor Jahresende die Teilrevision des Art. 24c Abs. 2-5 des Raumplanungsgesetzes und folgten damit der Standesinitiative. Für Appenzell Ausserrhoden, das die Standesinitiative auf allen Ebenen unterstützt hat, war dies ein wegweisender Entscheid. Nun ist zu hoffen, dass die Revision baldmöglichst in Kraft tritt. Denn als Kanton mit ausgeprägter Streusiedlung wäre diese Anpassung des Raumplanungsgesetzes eine längst nötige Verbesserung.

Zur Erreichung der Wachstumsziele im kommenden Regierungsprogramm muss der Bereich der aktiven Bodenpolitik neben «Arealentwicklung» und «Bauen und Wohnen» massiv verstärkt werden.

### 1. Departementssekretariat

Der Rechtsdienst arbeitete vor allem an der Teilrevision des Energiegesetzes (EnG, Umsetzung MuKE 2008 inkl. Verordnung) und am neuen Geoinformationsgesetz (GeoIG, kGeoIV, kVAV).

76 Rekurse zu Entscheiden von Gemeindebehörden, Planungsamt sowie Amt für Umwelt sind eingegangen; behandelt wurden 71, darunter auch Rekurse aus den Vorjahren (vgl. S. 93). Die Bearbeitung von Rechtsanfragen von Privaten, Gemeinden und Ämtern sowie die Vorprüfungen von Gemeindereglementen forderten den Rechtsdienst wiederum stark.

Beim Baukoordinationsdienst gingen 931 Baugesuche ein (Vorjahr 919, Durchschnitt der letzten zehn Jahre

802). Die meisten Gesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt; die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug 4,01 Wochen (Vorjahr 4,60 Wochen). Gegen rund sechs Prozent der Bauvorhaben wurde Einsprache erhoben.

Am 1. Dezember organisierten Rechts- und Baukoordinationsdienst zum dritten Mal eine Zusammenkunft der Bausekretärinnen und Bausekretäre der Ausserrhoder Gemeinden. An diesem gut besuchten Anlass wurde u.a. über wichtige Neuerungen aus der Strassengesetzgebung und über Anforderungen an Gesuchsunterlagen generell und aus umweltrechtlicher Sicht informiert.

Im März wurde im Baukoordinationsdienst die alte Geschäftsverwaltung durch das Produkt CMI-KONSUL abgelöst, womit alle Geschäfte im Baubewilligungsverfahren



nach Möglichkeit nur noch elektronisch an die zuständigen Instanzen verteilt werden. Seit der Einführung sind 800 Geschäfte erfasst worden, davon konnten ca. zwei Drittel auf rein elektronischem Weg abgewickelt werden.

CMI-KONSUL, wurde im Laufe des Jahres dann auch für die Geschäfte zwischen dem Departementsekretariat sowie den Ämtern des Departements erfolgreich eingeführt.

## 2. Planungsamt

### 2.1 Ortsplanungen

Verschiedene Gemeinde-Ortsplanungen wurden überarbeitet. Das Schwergewicht lag im Bereich der Teilzonenpläne (19 Vorprüfungen, 18 Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (18 Vorprüfungen, 14 Genehmigungen), die sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig erwiesen. Zudem wurden die Ortsplanungsrevisionen der Gemeinden Herisau, Bühler, Gais und Wald vorgeprüft.

Aufgrund der statistischen Auswertungen über den Stand der Erschliessung kam im Jahr 2011 kantonal gesehen eine Fläche von rund 8,6ha neu in die Kategorie «überbaut bzw. weitgehend überbaut» (Vorjahr rund 10,1ha). Insgesamt sind 1'482 ha als Bauzone ausgeschieden (vgl. Anhang, S. 93). Aufgrund der Umstellung der rechnerischen Auswertung vom System CALIS auf GIS ist der Vergleich zu den Vorjahreswerten schwierig.

### 2.2 Regionalplanungen

Die Region «Appenzell AR - St. Gallen - Bodensee» ist eine Vereinigung, der 17 Ausserrhoder Gemeinden angehören. Sie initiiert und unterstützt Projekte in den Bereichen Standort-, Raum- und Verkehrsentwicklung. Zusammen mit den kantonalen Ämtern wurde das regionale Standortportfolio aufgebaut. Dieses dient als

Vermarktungsinstrument, um in die Region zu investieren. Für Appenzell Ausserrhoden konnten die Standorte «Bahnhof Herisau» und «Herisau Untere Fabrik / Hölzli» platziert werden.

Im 2011 hat die Trägerschaft des Agglomerationsprogramms St. Gallen/Arbon-Rorschach, zu der auch die Gemeinden Herisau, Waldstatt, Teufen, Speicher und Lutzenberg gehören, die Überarbeitung des Agglomerationsprogramms unter Begleitung des Planungsamts inhaltlich abgeschlossen. Das Agglomerationsprogramm der zweiten Generation legt die Schwerpunkte neu auf den Langsamverkehr.

### 2.3 Kantonalplanung

Der bezüglich Agglomerationsprogramm und Naturgefahren nachgeführte kantonale Richtplan wurde dem Bund zur Genehmigung eingereicht.

### 2.4 Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Anzahl Baugesuche ausserhalb Bauzonen und den nationalen Ortsbildschutzzonen lag mit 553 über dem Mittel der letzten drei Jahre (495) und nahm gegenüber dem Vorjahr (514) zu. Im Vergleich zum letzten Jahr (14) ist die Zahl der Baugesuche mit Einsprachen aber auf zwölf gesunken. Die Anzahl schriftlicher Stellungnahmen zu Bodenrechtsgesuchen, Strassenbauprojekten und anderen ist mit 110 im Vergleich zum letzten Jahr gleich geblieben.

Das Planungsamt organisierte im Sommer eine gut besuchte Exkursion für die kommunalen Baubehörden zum Thema «Landwirtschaftliches Bauen im Appenzellerland». Auf Interesse stiess der Innerrhoder Modellstall in Haslen. In naher Zukunft müssen vermehrt Alpställe erneuert oder saniert werden, da sich die Tierschutzgesetzgebung geändert hat. In enger Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt und einer begleitenden Arbeitsgruppe hat das Planungsamt die Wegleitung «Erneuerung und Sanierung von Alpgebäuden» erarbeitet, die proaktiv die Anforderungen Tierwohl, Milchhygiene und Gestaltung aufzeigt.

## 2.5 Natur- und Landschaftsschutz

Als Schlussprodukt des internationalen Jahres der Biodiversität 2010 veröffentlichte das Planungsamt eine Broschüre der wichtigsten Ausserrhoder Naturwerte. Die Publikation «Natur und Landschaft erleben» sowie weiterführende Faktenblätter sind auf [www.ar.ch/naturwerte](http://www.ar.ch/naturwerte) aufgeschaltet.

Im März trat die Schutzverordnung «Wildruhezone südliches Appenzeller Hinterland» in Kraft. Die Beschilderung (Besucherinformation und -lenkung) ist seit Ende November montiert. Dies erfolgte in Zusammenarbeit mit Appenzell Innerrhoden. Informationen sind auf [www.ar.ch/wildruhezone](http://www.ar.ch/wildruhezone) ersichtlich.

Als praktische Naturschutzarbeit konnten das Hochmoor Cholwald in Hundwil regeneriert, zwei Holzschläge zugunsten der Auerhühner auf der Schwägälp realisiert und ein Amphibienweiher in Speicher saniert werden. Zahlreiche Hecken und Ufergehölze wurden aufgewertet.

## 2.6 Fuss- und Wanderwege, Radwander- und Bikerouten

Das Unwetter im Sommer zog Wanderwege in Mitleidenschaft. Wegverbindungen wie Zweibruggen - Chastenloch in Rehetobel und Auensteg - ARA in Waldstatt wurden daraufhin wieder instand gestellt. Basierend auf dem aktuellen Wanderwegnetz hat der Verein Appenzell Ausserrhoden eine zweite Auflage der Wanderkarte im Massstab 1:25'000 herausgegeben.

Die von Appenzell Ausserrhoden unterstützte Stiftung «SchweizMobil» ist das nationale Netzwerk für den Langsamverkehr. Gesamtschweizerisch plant «SchweizMobil» achtzig rollstuhlgängige Routen als «hindernisfreie Wege». In Appenzell Ausserrhoden wurden die zwei Routen Teufen - Bühler via Bad und Steigbach sowie Kaien - St. Anton gewählt und sind in Vorbereitung.

## 3. Hochbau (vgl. Anhang, S. 94)

### 3.1 Kantonale Hochbauten

#### Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA), Herisau

Anfang Jahr schritten die Arbeiten für die Fertigstellung des Hauses IV termingerecht voran. Im März wünschte der Spitalverbund eine Anpassung des im September 2010 genehmigten Farbkonzepts. Dies verzögerte den Bauabschluss um rund zwei Monate. Ende August wurde der Bau dann den Nutzenden übergeben.



PZA, Haus IV, aussen



PZA, Haus IV, innen

Im Mai begannen die Bauarbeiten zum Projekt «Verbesserung der Fernwärmeversorgung». Rechtzeitig zur Heizperiode konnten die neuen Verbindungsleitungen zur Beseitigung der hydraulischen Probleme zwischen dem Haus IV und dem Haus VIII in Betrieb genommen werden.



Die alten Strassenkandelaber von der Arealzufahrt bis zum Hauptparkplatz wurden durch energiesparende LED-Strassenleuchten ersetzt.

### Spital Herisau

Die Ausführungsplanung «Anbau Zentral-Sterilisation» wurde fertig gestellt und die Bauarbeiten termingerecht gestartet. Im Bereich des Unterhaltes wurde die Sanierung und Umrüstung der Aufzugsanlagen weitergeführt. Die schadhafte Linoleumbeläge in den Korridoren des Bettentraktes im 1./3./5. Obergeschoss wurden erneuert. Die TUS-Alarmübermittlung wurde modernisiert und die Fensterfront im Bettentrakt EG Süd saniert. Die Verbesserung und Energieoptimierung der Luftkühlung in den OP-Räumen wurden beendet. Der bestehende Streifenvorhang-Durchgang wurde durch eine Hygienetrennwand mit automatischer Schiebetüre ersetzt.

Die Warm- und Kaltwasser-Installationen im 1./2. Untergeschoss inkl. Wassererwärmer (Brauch-Warmwasser) wurden erneuert, die Kälteleitungen ersetzt sowie das MSR-Leitsystem in die Gebäudeautomatisation eingebunden. Die Planung für die Erneuerung der Notstromanlage und des Niederspannungs-Anschlusses für die GOPS (Geschützte Operationsstelle) konnten abgeschlossen werden.

### Spital Heiden

Für die Liegenschaft «Brauerei» Asylstrasse 4 wurde die Projektplanung und das Edikt für die Volksabstimmung erstellt. Aufgrund des Volksentscheides am 23. Oktober konnte die Liegenschaft durch den Kanton übernommen und anschliessend die Baueingabe eingereicht werden. Für einen Fernwärmeanschluss des Spitals an den Wärmeverbund Bissau wurde vom Regierungsrat ein Zusatzkredit genehmigt.

Beim «Unterhalt» wurde die Vorbereitung der Erneuerung der Kältemaschine OP vorangetrieben. Erneuert wurden die Brandschutztüren und -abschlüsse, die TUS-Alarmübermittlung und die Bodenbeläge der Physiotherapie und der Duschen/WC in den Patientenzimmern.

Zudem wurde der Waschautomat in der Spülküche ersetzt. Um warme und feuchte Luft besser absaugen zu können, sind zusätzliche Deckenschürzen über den Waschautomaten montiert worden.

### Umnutzung Zeughaus Herisau

Im Februar wurde wie geplant mit dem Abbruch der alten Annex-Baute begonnen. Auch wurden die Eingriffe für die Lift- und Treppenanlage in den atomstabilen Unterstand (ASUAR) sowie die Abbrucharbeiten für den Kulturgüter-Schutzraum vorangetrieben. Der Rohbau Annex mit den Polizeigaragen und den Büroräumen wurde aufgerichtet und die Flachdacharbeiten abgeschlossen. Aufwendige statische Provisorien im Kopfbau des Zeughauses führten zu ca. zweimonatiger Verspätung der Rohbauarbeiten im Innern des Zeughauses. Trotzdem konnten die Installations- und Ausbauarbeiten als Winterarbeit ausgeführt werden. Die Nutzung des neuen Parkplatzes ist rechtzeitig für den Herisauer Jahrmarkt im Herbst freigegeben worden. Für die Kantonale Notrufzentrale (KNZ) sind die Zusammenarbeitsverträge mit der Kantonspolizei St. Gallen erstellt.

### Rathaus Trogen

Das Submissionsverfahren für den Architekturauftrag im offenen Verfahren wurde mittels Präqualifikation und Studienauftrag durchgeführt und die Planung erfolgreich gestartet.

### Kantonsschule Trogen, Optimierung und Erneuerung der Mensa im Konviktgebäude

Mit den Bauarbeiten wurde plangemäss begonnen. Der Umbau konnte im Laufe des Jahres termin- und kostengerecht durchgeführt werden. Die Kantonsschule erhielt eine neue und grössere Mensa, einen neuen Küchenbereich und den zusätzlichen Gymnastik- sowie Ausstellungsraum. Das Volumen mit der speziellen Fassadengestaltung integriert sich gut in die Gesamtsituation der Kantonsschule. Die starken Bezüge zum Aussenraum sowie Farb- und Materialkonzepte wurden optimal umgesetzt. Für die spätere Erneuerung der Obergeschosse wurden die notwendigen Anschlüsse soweit als möglich vorbereitet.



Kantonsschule Trogen, neues Konviktgebäude mit Mensa



Kantonsschule Trogen, Mensa innen

### Strafanstalt Gmünden, Niederteufen

Für die verschiedenen Optimierungen in der Strafanstalt Gmünden sind dem Bundesamt für Justiz die notwendigen Abrechnungsunterlagen zur Kontrolle und Auszahlung der zugesicherten Beiträge eingereicht worden.

#### 3.2 Liegenschaften: Unterhalt und Verwaltung

Die Liegenschaften Rosenaustrasse Herisau (Finanzvermögen allgemein) sowie Polizeiposten Herisau (ehemals Verwaltungsvermögen) wurden an die Gemeinde verkauft. Wie vom Kantonsrat beschlossen, wurde die Liegenschaft «Brauerei» Asylstrasse 4, Heiden, für das Spital Heiden dazu gekauft.

Bei den zugemieteten Liegenschaften sind folgende Objekte neu: Dorf 9, Teufen sowie Kirchplatz 6, Heiden, Vermittlerämter/Ebni 1, Teufen, Asylberatung/Obere Harfenbergstrasse, Herisau, Zept/Dorf 46, Bühler, Nothilfestruktur für abgewiesene Asylsuchende sowie Poststrasse 6A, Herisau, als Parkplätze für die Polizei. Der Mietvertrag Gossauerstrasse 2, Herisau, wurde gekündigt. Nebst allgemeinen Unterhaltarbeiten wurde in Herisau, Obstmarkt 1, ein Kundenschalter mit Vorraum eingebaut. In Teufen, Ebni 1, sind Raumbeleuchtungen sowie eine Telefonanlage installiert und die EDV-Anlage erweitert worden. In Bühler, Dorf 46, wurden Absturzsicherungen bei Treppen und Terrassen angebracht.

In den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens in Herisau wurden nebst verschiedensten Erneuerungen und Reparaturen aufgrund von Umzügen einige Büros erneuert. Im Berufsbildungszentrum Herisau wurde in einer ersten Etappe die Knaben-Duschanlage in der Turnhalle saniert. In den Liegenschaften des Finanzvermögens in Herisau wurden zwei neue Küchen eingebaut und in verschiedenen Liegenschaften sind nötige Erneuerungsarbeiten ausgeführt worden. Der Liegenschaftsbestand der Pensionskasse hat sich durch den Kauf des Grundstückes mit anschließender Erstellung der Überbauung an der Lehnstrasse in St. Gallen geändert. In Grub, Weiherwies 412, wurden zwei Wohnungen vollständig renoviert. In Walzenhausen, Loch 1308-1309, wurden Balkone verglast, die Markisen ersetzt und die Fassaden gestrichen. Neben kleineren Unterhaltarbeiten auf den Alpen der Stiftung Pro Appenzell wurde auf der Alp Grossbetten eine neue Mistplatte betoniert.



Auf der Alp Böheli sind die Holzlager betoniert und die Sanitärinstallationen für die Tränken angepasst worden.

### 3.3 Subventionen an Bauten, Beratungen

Zukünftig werden im Rahmen der Wohnbausanierung im Berggebiet keine Subventionen mehr ausbezahlt. Die unterstützten Bauten werden während der 20-jährigen Laufzeit administriert. Der bauliche Zivilschutz hat 134 Verfügungen erstellt, davon 13 Schutzraum-Baubewilligungen und 121 Dispensationen vom Schutzraumbau. Angesichts der bevorstehenden Bundesgesetzänderung wurden im Berichtsjahr Schutzraumbauten zurückhaltend geplant. Alle 13 erteilten Schutzraum-Baubewilligungen müssten aber auch unter dem revidierten Bevölkerungs- und Zivilschutz-Gesetz (BZG) erstellt werden. In drei Zivilschutzanlagen in Herisau sind die periodischen Anlagekontrollen (PAK) durchgeführt worden. Da Appenzell Ausserrhoden gemäss Übergangsbestimmung im Gesundheitsgesetz nur noch bis 2015 den Gemeinden Baubeiträge an Pflegeheime leisten kann, sind Beitragsgesuche und Beratungen in Walzenhausen, Bühler, Urnäsch und Waldstatt zu begleiten. Zuhanden des Departements Gesundheit sind drei Gesuche für Beiträge an IV-Bauten bearbeitet worden.

## 4. Tiefbauamt (vgl. Anhang, S. 98)

### 4.1 Allgemeines

Auf den 1. Juni setzte der Bundesrat kurzfristig und mit einschneidenden Übergangsbestimmungen die geänderte Gewässerschutzverordnung in Kraft. Die Kantone sind neu verpflichtet, einen Gewässerraum auszuscheiden. Am 10. Juli richtete ein gewaltiger Regen im Hinterland innert zweier Stunden grosse Schäden an. Während auf dem Kantonsstrassennetz nur Erdrutsche zu beseitigen waren, erodierten an verschiedenen Gewässern Ufer und Sohlen schwerwiegend. Alle geplanten Investitionsobjekte im Strassenbau und im Wasserbau konnten realisiert werden.

Die Appenzeller Bahnen haben für die Sanierung der Bahnübergänge eine Task Force ins Leben gerufen, um

die Realisierung bis 2014 sicherzustellen. Das Tiefbauamt ist wegen der kilometerlangen Parallelführung von Kantonsstrassen und Schienen stark in die Projektierung und die bauliche Umsetzung einbezogen. Ein Drittel der Sanierungskosten wird aus der Strassenrechnung finanziert.

Im Herbst wurde das Thema «Sicherheit auf Fussgängerstreifen» schweizweit in den Medien diskutiert. Das Tiefbauamt und die Verkehrspolizei sind bereits seit längerem dran, alle Fussgängerstreifen auf dem Kantonsstrassennetz zu überprüfen und die Fachmeinungen mit den Gemeindebehörden abzugleichen. Auch in Appenzell Ausserrhoden hat es zu viele Streifen. Eine beträchtliche Anzahl ist entweder aufzuheben oder sicherheitstechnisch nachzurüsten.

Beachtung in der Bevölkerung und der Fachwelt fand die Sanierung der Gmündertobelbrücke, die im Frühling baulich startete. Im Berichtsjahr wurde der Teil über dem Hauptbogen oberwasserseitig instand gestellt. Verschiedene Baustellenführungen und Medienartikel informierten über diese besondere Baustelle. Bezüglich Bauprogramm gilt es, im 2012 einen kleinen Baurückstand aufzuholen.

Am 21. Dezember wurde das 3D-Portal aufgeschaltet. Als erster Kanton schweizweit zeigt sich Appenzell Ausserrhoden vollständig dreidimensional im Netz. Der Kanton hat diese Investition getätigt, weil er mit seinem Regierungsprogramm-Projekt «Bauen und Wohnen» wegen der vielen Altbauten und der geschützten Ortsbilder grossen Herausforderungen gegenüber steht.

Intern wurden im Frühling - aufgrund der gestiegenen Anforderungen - die bis anhin in Personalunion ausgeübten Tätigkeiten «Brückenbau» und «Leitung Strassenunterhalt» auf zwei Mitarbeitende verteilt. Der «Brückenbau» ist neu in der Abteilung «Strassen- und Brückenbau» angesiedelt.

### 4.2 Strassenbau

Der milde Frühling und der trockene Herbst liessen eine aussergewöhnlich lange Bauzeit zu. So konnten sämtliche Arbeiten termingerecht abgeschlossen werden.

## Vorderland

Ein weiterer Abschnitt der Hauptverkehrsstrasse von Trogen nach Wald wurde ausgebaut. Dank guter Witterung konnte der Abschnitt Gruenholz bis Ortsanfang Wald fast fertig gestellt werden. Ursprünglich wurde mit einer Bauzeit von zwei Jahren gerechnet.

Am 3. April hat die Bevölkerung von Trogen den Kredit für die Sanierung des Landsgemeindeplatzes mit einer Natursteinpflasterung genehmigt. Durch die Erneuerung der Altstätterstrasse konnte der erste der drei Kantonsstrassenabschnitte beim Landsgemeindeplatz Trogen erstellt werden. Die eingeschränkten Platzverhältnisse erforderten einen Kompromiss bei der Aufteilung des Strassenraumes. Das schmale Trottoir hebt sich wenig von der Fahrbahn ab und kann bei Bedarf befahren werden.

In der Gemeinde Reute konnte der Abschnitt Sturzenhard bis Kurve Sturzenhard zeitgemäss ausgebaut werden. In Heiden wurde die Rosentalstrasse saniert. Mit wenig Einsprachen verlief die Planaufgabe zum Ausbau der Appenzellerstrasse in Lutzenberg.

## Mittelland

Die Steinerstrasse in Teufen wurde auf dem Abschnitt Hinterbüel bis Sternen vollständig erneuert. Die teils notwendigen Kunstbauten wurden mit architektonischer Begleitung projektiert. Mit diesem Ausbau konnte eine weitere Trottoirlücke geschlossen werden.

## Hinterland

In der Gemeinde Schwellbrunn wurden zwei Kantonsstrassenabschnitte erneuert. Die Bauarbeiten der ersten Ausbaustufe des Abschnitts Sommertal bis Glatt verliefen gut. Mit dem Abschnitt Säntisblick bis Glattberg konnte ein weiteres Teilstück der Kantonsstrasse Schwellbrunn - Degersheim ausgebaut werden.

Der schadhafte Zustand, die ungenügende Tragsicherheit und das geringe Durchflussprofil forderten einen Neubau der 1951 erstellten Dürrenbachbrücke in Urnäsch. Zeit-

gleich mit diesem wurde zur Gewährleistung der Hochwassersicherheit die Bachsohle um rund zwei Meter abgesenkt. Beide Projekte sind abgeschlossen.

## 5. Amt für Umwelt

### 5.1 Allgemeines

Der Kantonsrat hat das revidierte Energiegesetz verabschiedet. Dieses tritt auf den 1.1.2012 in Kraft. Der Entscheid «keine neuen Atomkraftwerke» hat zur Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche geführt. Zudem befinden sich die Energiestrategie 2050 des Bundes und die energiepolitischen Leitlinien der Energiedirektoren-Konferenz in Überarbeitung.

### 5.2 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Für die Wasserversorgungen wurde ein Störfallhandbuch (Notfallplanung) erarbeitet und zusammen mit dem neuen Musterwasserversorgungsreglement des SVGW den öffentlichen Wasserversorgungen vorgestellt.

Im Bereich der Fliessgewässer-Überwachung wurden mit den beteiligten Nachbarkantonen biologische Untersuchungen der Glatt sowie eine fischereiökologische Untersuchung der Sitter durchgeführt. Die Hauptprobleme der Sitter sind die fehlende Durchgängigkeit ab Einmündung in die Thur sowie Schwallensunk und Restwassermenge wegen dem Kraftwerkbetrieb.

Die Glatt unterhalb der ARA Herisau weist nach wie vor eine ungenügende Gewässerqualität auf. Mit einer Nachrüstung der Pulveraktivkohle(PAK)-Verfahrensstufe soll das Problem der ARA Bachwis gelöst werden. Das Amt formulierte dafür neue, verschärfte Gewässerschutzauflagen für die Kläranlage.

Kantonal sind die Kenntnisse der kleinen Fliessgewässer gering. Die Auswertung ergänzender Untersuchungen hat bestätigt, dass die Hintergrundbelastung bezüglich



einzelner Parameter ziemlich hoch ist und die Qualitätsziele vielfach nicht eingehalten werden können; so beispielsweise bei Phosphor und bei gelösten organischen Kohlenstoffen.

Im Goldachtal konnte die Studie zum Anschluss der Gemeinden Rehetobel und Speicher an den Abwasserverband Altenrhein AVA fertig gestellt werden. Die Studie ergab, dass ein Anschluss gewässerschutzmässige Vorteile aufweisen würde und mit verhältnismässigem Aufwand realisierbar wäre. Für den Ausbau der ARA Herisau (PAK-Stufe) als auch für das Anschlussprojekt AVA wurden Mittel aus dem kantonalen Gewässerschutzfonds zugesichert.

Gemeinsam mit dem Bauernverband und dem Landwirtschaftsamt wurde das System für die periodischen Jauchgruben-Kontrollen festgelegt. Bei diesen soll in den nächsten Jahren eine Sichtkontrolle durchgeführt werden. Der Kataster der belasteten Standorte (Altlastenkataster) konnte vorangetrieben werden. Viele Sanierungsverfügungen wurden erlassen, so u.a. für sämtliche Schiessanlagen. Das gewährleistet die Einhaltung der Fristen und Auflagen für die Mitfinanzierung durch Bundesgelder.

Die Prüfung der Zusammenlegung der Pikettdienste der Umweltämter beider Appenzell ergab, dass seitens Appenzell Innerrhoden eine Zusammenlegung aus strukturellen Gründen nicht zweckmässig ist. Das Vorhaben wurde nicht mehr weiterverfolgt. Der Pikettdienst war im Berichtsjahr neun Mal im Einsatz (Vorjahresniveau). Bei zwei grösseren Ereignissen kam es zu teilweise schwerwiegendem Fischsterben. Ursache waren Betonabwasser und Jauche.

### 5.3 Luft

Für die Feuerungskontrolle bei den kleinen Anlagen sind die Gemeinden zuständig. Die durch das Amt ausgeführte kantonsweite Auswertung der langjährigen Kontrolldaten der Öl- und Gasfeuerungen zeigt: Es gibt immer noch Grund für Beanstandungen. Die Kontrollergebnisse bei den kleinen Holzfeuerungen zeigen, dass mit Information alleine (bis 2000) und ohne Kontrollen keine

Verbesserungen erzielt werden. Dank der eingeführten periodischen Überprüfung der kleinen Holzfeuerungen konnte das Verbrennen von Abfällen und verbotenen Holzbrennstoffen vermindert werden. Diese Überprüfung wurde mit Ausnahme von Waldstatt und Hundwil in allen Gemeinden eingeführt.

Im 2010 wurde nach 1990 und 2000 eine Flechtenuntersuchung durchgeführt. Mit der dritten Erhebung kann somit die Veränderung der Flechtenvegetation - und damit der Luftgüte - über die letzten 20 Jahre aufgezeigt werden. Im 2011 wurde ausgewertet: Die Belastungs- resp. Flechtenkarten zeigen 2010 keine wesentlichen Verbesserungen der Verhältnisse gegenüber 2000 an, während von 1991 bis 2000 noch deutliche Erfolge zu verzeichnen waren. Die Flechtenvegetation hat sich auf mittleren bis geringen Belastungswerten eingependelt. Über die letzten 20 Jahre sind klare Verbesserungen in den stark verkehrsgeprägten Siedlungsgebieten nachweisbar. Hier zeigen die Emissionsminderungen im Verkehr und bei den Feuerungen deutlich Wirkung. In den ländlichen Gebieten hat sich die Flechtenvegetation vielerorts verschlechtert. Der Verlust von empfindlichen Flechtenarten weist auf eine erhöhte grossflächige Grundbelastung der Luft hin.

### 5.4 Nichtionisierende Strahlung

2011 wurden im Gebiet des Bahnhofes Herisau Kontrollmessungen durchgeführt. Wie bereits in früheren Jahren wurden keine Abweichungen zu den bewilligten Parametern festgestellt. Ebenso wurde der Anlagengrenzwert an allen Orten mit empfindlicher Nutzung eingehalten.

### 5.5 Energie (vgl. Anhang, S. 99)

Das kantonale Förderprogramm Energie und das nationale Gebäudeprogramm wurden sehr stark genutzt. Am stärksten gestiegen ist die Unterstützung von Photovoltaikanlagen. In den vergangenen zwei Jahren haben das Förder- und das nationale Gebäudeprogramm mit jährlich je Fr. 1 Mio. ausbezahlten Beiträgen weitaus höhere Investitionen ausgelöst bzw. unterstützt als in den Vorjahren; und diese kamen der regionalen Wirtschaft zugute.

Im öffentlich zugänglichen Geoportal steht seit April der Sol-AR-Kataster Appenzell Ausserrhoden zur Verfügung. Dieser zeigt die Eignung bestehender Dachflächen hinsichtlich der möglichen Sonnenenergienutzung sowohl für eine thermische als auch elektrische Nutzung.

Die periodische Erfolgskontrolle des Energiekonzepts zeigte: Die Ziele in den Bereichen «Energieverbrauch für Wärme» und «Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien» dürften erreicht werden. Unsicher ist dies bei der «Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien» (Sonne, Wind, Biomasse). Die Ziele beim «Energieverbrauch Mobilität» und dem «Elektrizitätsverbrauch» werden beim gegenwärtigen Trend verfehlt.

Die Ermittlung der Potenziale verschiedener erneuerbarer Energien (Wind, Wasser, Biomasse inkl. Energieholz, etc.) wurde begonnen. Für die Modellierung des Windpotenzials wurde zusammen mit Appenzell Innerrhoden eine Windpotenzialstudie in Auftrag gegeben. Die möglichen Anlagestandorte werden im 2012 gemeinsam beurteilt. Auch wird dann eine Interessenabwägung zwischen Schutz und Nutzen erfolgen.



## Departement Volks- und Landwirtschaft

Direktorin: Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

In der Schweiz hat sich die bis Mitte Jahr solide Konjunktur im Herbst abgekühlt. Die schwächere Weltkonjunktur und der immer noch hoch bewertete Franken hinterliessen unübersehbare Bremsspuren bei den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen sowie im Tourismus. Die Zahl der Stellensuchenden stieg in der zweiten Jahreshälfte – nach einer rasanten Abnahme bis Mitte Jahr – wieder an. Erstmals seit sieben Jahren mussten zwei Ausserrhoder Industrieunternehmen Massenentlassungen durchführen. Trotzdem ist die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 1,5 % sehr tief.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Appenzell Ausserrhoden stand im Fokus des Departements. Ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2007 bis 2011 sind klare Impulse für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort gesetzt worden (z.B. Bestandespflege, Wohnortmarketing, Standortpromotionen). Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) konnte das für die regionale Wertschöpfung bedeutsame Gastronomie- und Hotelprojekt «Schwägalp» unterstützt werden. Mit der Einigung der Regierungen der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und St. Gallen auf einen Verteilschlüssel für die Finanzierung der Durchmesserlinie Appenzell-St. Gallen-Trogen (DML) hat das für den öffentlichen Verkehr und die wirtschaftliche Entwicklung bedeutende Infrastrukturprojekt eine grosse erste Hürde genommen.

2011 war das internationale UNO-Jahr des Waldes. Zu diesem Anlass führte das Oberforstamt zahlreiche Veranstaltungen für die Öffentlichkeit durch und publizierte eine Broschüre mit Fakten und Zahlen zum Ausserrhoder Wald.

Im Berichtsjahr wurden diverse Gesetzgebungsprojekte (Totalrevision Gesetz über den Sonntagsverkauf, Teilrevision Tourismusgesetz, Teilrevision Wirtschaftsförderungsgesetz) und Konzepte (Konzept öffentlicher Verkehr) bearbeitet resp. abgeschlossen.

### 1. Departementssekretariat

Gildo da Ros, Departementssekretär, wechselte ins Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen. Als Nachfolger wählte der Regierungsrat Lukas Gunzenreiner. Er trat die Stelle am 1. November mit einem Pensum von 50 % an. Per 1. Januar 2012 wird er zu 100 % das Departementssekretariat Volks- und Landwirtschaft leiten.

#### 1.1 Tourismusförderung

Im 2011 hat der Regierungsrat einen Hotelbetrieb mit einem kantonalen Förderbeitrag von rund Fr. 30'000 unterstützt. Zusätzlich konnte ein bedeutendes touristisches Gastronomie- und Hotelprojekt (Projekt «Schwägalp») im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP) mit einem Bundes-Darlehen von Fr. 2.2 Mio. sowie kantonalen Zinszuschüssen von Fr. 300'000 gefördert werden.

Die Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) konnte im Berichtsjahr erneut mit einem erhöhten Beitrag von

Fr. 990'000 unterstützt werden. Dank der Erhöhung des Kantonsbeitrags ist es gelungen, auch die Gemeinden mit insgesamt Fr. 200'000 zu einem Tourismusförderungsbeitrag zu motivieren. Die kantonalen und kommunalen Mittel bilden zusammen mit den Beiträgen der touristischen Leistungsträger und den selbst erwirtschafteten Mitteln eine solide finanzielle Basis für die Tourismusförderung im Kanton. Damit ist es gelungen, die erfolgreichen Marketingaktivitäten der ATAG nahtlos weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Die Bereinigung der Tourismusstrukturen in Appenzell Ausserrhoden kann damit als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Ausserrhoder Gemeinden, der Bezirk Oberegg und Appenzell Ausserrhoden haben mit der ATAG eine Leistungsvereinbarung für die Jahre 2011 bis 2013 abgeschlossen.

Die «Motion Devos» hat eine Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des Tourismus und der dazugehörigen Verordnung ausgelöst. Hauptthema ist die Frage der Förderbedürftigkeit. Im Sommer wurde die entsprechende Vernehmlassung eröffnet.

## 1.2 Öffentlicher Verkehr

Das ÖV-Angebot in Appenzell Ausserrhoden wurde einer eingehenden Analyse durch einen professionellen Verkehrsplaner unterzogen. Das daraus resultierende ÖV-Konzept genehmigte der Kantonsrat im Frühjahr. Aufgrund dessen wird das ÖV-Angebot im Vorderland gesamthaft überprüft und wo nötig optimiert. Ziel ist es, eine bestmögliche Verbindung an die S-Bahn St. Gallen 2013 sicherzustellen sowie eine Optimierung aus Kosten-/Nutzensicht zu erlangen.

Das Projekt Durchmesserlinie Appenzell-St. Gallen-Trogen (DML) auf dem Streckennetz der Appenzeller Bahnen hat eine grosse erste Hürde genommen. Die Regierungen der beteiligten Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und St. Gallen haben sich auf einen Verteilungsschlüssel für die Finanzierung geeinigt. Zusammen mit den Appenzeller Bahnen haben sie im September eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Im Dezember ist das Finanzierungsgesuch der Appenzeller Bahnen bei den drei beteiligten Kantonen eingegangen.

## 2. Amt für Wirtschaft

### 2.1 Wirtschaftsförderung

Im Berichtsjahr war die Wirtschaftsförderung wichtige Anlaufstelle für Wirtschaftsfragen aller Art. In zahlreichen Beratungen und mit unterstützenden Dienstleistungen konnte die Wirtschaftsförderung vielen Unternehmen - bereits ansässig oder an einem Standort in unserem Kanton interessiert - in Standort- und allgemeinen Fragen weiterhelfen oder Kontakte vermitteln.

#### Bestandespflege

Die Direktorin besuchte 2011 zusammen mit der Leiterin Amt für Wirtschaft und den betroffenen Gemeindepräsidenten rund 20 Firmen. Die Betriebsbesichtigungen und die angeregten Diskussionen ermöglichten einen interessanten Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, welcher in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig ist.

Das Amt für Wirtschaft organisierte mit der Stiftung Wirtschaftsförderung AR die Veranstaltungsreihe «Beste Köpfe» sowie mit dem Industrieverein AR zwei Veranstaltungen unter dem Titel «Fragen an Experten». In Zusammenarbeit mit dem Institut für Jungunternehmen (IFJ) fand ein sehr gut besuchter Venture Apéro im Kanton statt.

#### Standortpromotion

Im 2011 beteiligte sich die Wirtschaftsförderung an Promotionsveranstaltungen der Business Location Ostschweiz (zusammen mit SG, TG und AI) sowie der Standortpromotion Schweiz (Osec) und organisierte mit Partnern eigene Veranstaltungen.

Zur verbesserten Wahrnehmung der Ostschweiz haben sich die Kantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden im Herbst für eine Neuausrichtung in der internationalen Standortpromotion als St. GallenBodenseeArea entschieden. Als drittgrösste Region der Schweiz kann die St. GallenBodenseeArea eine verbesserte Wahrnehmung erreichen sowie den Ressourceneinsatz und die Lösung hinsichtlich neuer Technologien optimieren.

Grundsätzlich ist das Interesse an Appenzell Ausserrhoden mit der vorteilhaften Unternehmensbesteuerung und der interessanten Lage im Dreiländereck nach wie vor gut. Allerdings sind für den Ansiedlungsentscheid vermehrt auch andere Kriterien ausschlaggebend (Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbebauland, hochwertige Büroflächen, Verkehrsinfrastruktur, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, etc.). Deshalb besteht in Zukunft erhöhter Handlungsbedarf in diesen Bereichen.

#### Ansiedlung

Die schwierige wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahr machte sich im Bereich der Ansiedlungen bemerkbar. Diverse Projekte haben sich in die Länge gezogen bzw. wurden abgebrochen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Anzahl Unternehmen und Privatpersonen, welche durch die Wirtschaftsförderung beraten und begleitet wurden, leicht ab.



Im 2011 hat sich Appenzell Ausserrhoden am Projekt STARTFELD zur Förderung von Jungunternehmen in der Ostschweiz massgeblich beteiligt und Einsitz im Vorstand des Vereins genommen. Zudem gastierte die Veranstaltung STARTFELD live! im August bei der Firma Arcolor AG in Waldstatt. Ein gefördertes Jungunternehmen aus Appenzell Ausserrhoden hatte die Gelegenheit, die Geschäftsidee einem breiten Publikum zu präsentieren.

#### Standortmarketing

Das Wohnortmarketing bildete den Schwerpunkt der Aktivitäten. An der Immo-Messe 2011 in St. Gallen beteiligten sich 19 Ausserrhoder Gemeinden am Gemeinschaftsstand «Wohnen in Appenzell Ausserrhoden». Zudem präsentierte sich Appenzell Ausserrhoden mit einigen Gemeinden mit einem Stand an der Eigenheim Messe in Zürich.

Im letzten Jahr vor dem Umzug des Bundesverwaltungsgerichtes von Bern nach St. Gallen organisierte die Arbeitsgruppe der Kantone Informationsanlässe und Aktionen für die Mitarbeitenden des Gerichtes.

#### Neue Regionalpolitik (NRP)

Die erste Umsetzungsperiode der Neuen Regionalpolitik endete 2011. Daher mussten die Kantone bis im Sommer ein neues Umsetzungsprogramm für die Periode 2012 - 2015 beim Bund einreichen. Die Verhandlungen zwischen Appenzell Ausserrhoden und dem Bund wurden erfolgreich abgeschlossen. Dem Kanton stehen für die kommenden vier Jahre gleich viel Bundesmittel zur Verfügung wie in der Periode 2008 bis 2011.

Auch im Berichtsjahr konnten einige interessante Projekte bearbeitet werden (Nano Cluster Bodensee, Textilland, Wellbeing & Health Resort Appenzellerland, Industrielle Dienstleistungen, etc.).

Für die Umsetzung der bundesrechtlichen Regionalpolitik auf kantonaler Ebene wurde im Sommer die Vernehmlassung zur Teilrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes eröffnet. Mit der Zusammenführung

der Bestimmungen über die Regionalpolitik und der Wirtschaftsförderung wird die Beteiligung von Appenzell Ausserrhoden an der NRP auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt.

#### 2.2 Arbeitsinspektorat

Im 2011 hat das Arbeitsinspektorat total 67 Betriebsbesuche (AR: 58 / AI: 9) vorgenommen, 163 Plangenehmigungen bzw. Planbegutachtungen bearbeitet (-17 % gegenüber dem Vorjahr), 20 Planbesprechungen durchgeführt und 27 diverse Geschäfte im Rahmen des Vollzugs des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes (ArG/UVG) erledigt. Zudem wurden 197 Beratungsgespräche geführt.

Im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze von ausländischen Unternehmen (flankierende Massnahmen) gingen 1'488 Meldungen ein (Vorjahr 1'204 Meldungen), was einer Zunahme um 24 % entspricht. Bei 110 Kontrollen wurden 282 Personen kontrolliert. Es wurden 48 Verfahren neu eröffnet und 80 Fälle, davon 42 Verfahren, abgeschlossen. 29 Verfahren sind hängig.

Betreffend Schwarzarbeit sind im Berichtsjahr 35 Fälle hinzugekommen (AR: 31 / AI: 4). 2011 wurden insgesamt 21 Schwarzarbeits-Kontrollen (AR: 17 / AI: 4) durchgeführt, wobei 38 Personen überprüft wurden. In 12 Fällen lag Schwarzarbeit vor. 15 Fälle konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. In elf Fällen muss auf eine Rückmeldung (Gerichtsentscheid, Information eines anderen Kantons, etc.) gewartet werden. 65 Fälle sind per Ende Berichtsjahr pendent (AR: 62 / AI: 3).

#### 2.3 Handelsregisteramt (vgl. Anhang, S. 100)

Die Zahl der eingetragenen Rechtssubjekte stieg im Berichtsjahr um rund 5 % von 4'223 auf 4'431. Der Zunahme um 505 Rechtseinheiten, bestehend aus 397 Neueintragungen und 108 Sitzverlegungen aus anderen Kantonen, stehen 297 Löschungen gegenüber (bestehend aus 180 definitiven Geschäftslösungen und 117 Wegzügen in einen anderen Kanton).

Die Neueintragungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 10 %, was über dem Schweizer Schnitt von rund 5 % liegt. Da die Sitzverlegungen aus anderen Kantonen abnahmen, lag die Nettoveränderung mit einem Wachstum von 208 Rechtssubjekten etwa gleich hoch wie im Vorjahr (202).

### 3. Landwirtschaftsamt (vgl. Anhang, S. 101)

#### Agrarpolitik

Unter dem Titel Agrarpolitik (AP) 2014 bis 2017 wird das eidgenössische Landwirtschaftsgesetz revidiert. Das Kernstück ist die Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems. Es ist vorgesehen, die Direktzahlungen an die Landwirtschaft gezielter auf die multifunktionalen Leistungen gemäss Art. 104 der Bundesverfassung abzustimmen.

In der Vernehmlassung zur AP 2014 bis 2017 stimmte der Regierungsrat der Neugliederung der Direktzahlungen grundsätzlich zu. Er befürwortete sowohl die Massnahmen wie auch die Qualitätsstrategie im gesamten Agrar- und Lebensmittelsektor, die Stärkung der Ernährungssouveränität und die optimale Nutzung der Ressourcen. Weil die Landwirtschaft in Grünlandregionen resp. Berggebieten mit ihren hochwertigen Spezialitäten nur mit tierischer Produktion konkurrenzfähig bleibt, sind die Direktzahlungsinstrumente und die Massnahmen gemäss Regierungsrat so zu gestalten, dass die Tierhaltungsbetriebe nicht benachteiligt werden. Eine Verschiebung der Mittel in Instrumente, die zu einer extensiven Landwirtschaft mit geringer wirtschaftlicher Leistung führen, lehnte er ab.

#### 3.1 Berufsbildung und Beratung

Im Berichtsjahr besuchten 897 Teilnehmende (TN) Kurse. Der neue Kurs zum Thema Sanierung von Hofquellen stiess auf breites Interesse. Zusätzlich haben folgende Informationsanlässe stattgefunden:

- Informationsveranstaltungen für Bauern (211 TN)
- Beratungsabende für Bäuerinnen (92 TN)
- Äiplerzusammenkunft (99 TN)

Einzelberatungen erfolgten hauptsächlich zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen und von Betriebsvoranschlägen, bei Hofübergaben, strategischen Planungen (Neuorientierungen), überbetrieblicher Zusammenarbeit oder im Zusammenhang mit Naturschutzfragen. Wegen Labelproduktion nahm die Nachfrage einzelbetrieblicher Beratung im Bereich Biodiversität stark zu (total 50).

Im zweiten Jahr des Ressourcenprogramms zur Verminderung der Ammoniakemissionen nahm die Anzahl Beteiligter um rund 15 % auf 216 Landwirtinnen und Landwirte zu.

Der Beratungsdienst leistete an der LUGA 2011 erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Er gestaltete die Sonderschau samt Gastronomie, Degustation und Brauchtumsbühne tatkräftig mit.

#### 3.2 Direktzahlungen, Öko- und Sömmerungsbeiträge und Ammoniakverluste

Im Jahre 2011 haben 674 Betriebe, davon 111 Biobetriebe, den ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) erfüllt. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Betriebe, welche Direktzahlungen erhielten, um 2,6 %. Es wurden Fr. 34'789'875 Direktzahlungen ausbezahlt.

Infolge Nichteinhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen, Überschreiten der Einkommenslimiten bzw. Vermögenslimiten wurden 54 Landwirten die Direktzahlungen um Fr. 157'205 gekürzt.

Die 671 Direktzahlungsbetriebe haben eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 11'724,75 ha oder 17,47 ha pro Betrieb. Davon werden 2'205,61 ha (18,8 %) nach den Richtlinien des biologischen Landbaus bewirtschaftet.

481 Betriebe pflegen 450,48 ha als extensiv genutzte Wiesen, Streueflächen oder Hecken, Feld- und Ufergehölze. Die wenig intensiv genutzten Wiesen umfassen eine Fläche von 203,16 ha und werden durch 312 Betriebe bewirtschaftet. Zusätzlich werden Beiträge für 18'988 Hochstamm-Feldobstbäume ausgerichtet.



Aufgrund der Bestimmungen der Ökoqualitätsverordnung (ÖQV) erhielten 305 Betriebe Fr. 582'765 Beiträge. Die Fläche mit biologischer Vielfalt umfasst 277,78 ha. Die Obstgärten weisen 2'447 Hochstamm-Feldobstbäume auf. Die Mindestanforderung an die Vernetzung erfüllen 234,91 ha und 1'771 Hochstamm-Feldobstbäume.

590 Betriebe halten ihren Tierbestand oder einzelne Tierkategorien nach den Bestimmungen über den regelmässigen Auslauf ins Freie (RAUS). 202 Betriebe haben tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS).

111 Sömmerungsbetriebe erhielten insgesamt Fr. 897'775 Sömmerungsbeiträge. 4'466 Stück Vieh wurden gealpt, davon waren 1'370 Milch- und 81 andere Kühe. Der gesamte Rindviehbestand umfasste 3'913 Stück.

216 Betriebe erhielten Beiträge von Fr. 473'789.60 für die Verminderung von Ammoniakverlusten (Ressourcenprogramm). Es wurde eine Fläche von 7'110,88 ha mit Schleppschauch begüllt.

### 3.3 Investitionshilfen

Die Gebäuderationalisierungen standen bei den Strukturverbesserungen im Vordergrund.

Beim Bau der Rindviehlaufställe wird dem Tierwohl besondere Beachtung geschenkt. Vereinzelt werden Rindviehlaufställe für behornete Kühe geplant, welche mehr Platz benötigen. Die Gebäude nehmen grosse Grundflächen und Bauvolumen in Anspruch. Das kann zu Einsparungen gegen die Bauvorhaben führen.

Die Strukturverbesserungsverordnung ermöglicht die Unterstützung von gewerblichen Kleinbetrieben, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten. Im Berichtsjahr wurden Investitionen in der Milchverarbeitung unterstützt. Dadurch werden die regionale Milchverwertung und Herstellung von Käsespezialitäten gefördert (z.B. Alpkäserei Schwägalp).

Weitere Investitionshilfen wurden für Tiefbauprojekte gewährt, vorwiegend an die Erneuerung oder Wiederinstandstellung von Zufahrtsstrassen.

Aufgrund des Förderungskonzeptes wurden à-fonds-perdue-Beiträge aus dem Agrarfonds zur Verbesserung von Wasserversorgungen sowie für den Ausbau von Hofdüngerlagerkapazitäten eingesetzt.

Die Landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte Darlehen in der Höhe von Fr. 6'170'000. Gefragt waren Kredite für Wohnbauten, Ökonomiegebäude und Starthilfen für Junglandwirte. Betriebshilfedarlehen zur Umschuldung bestehender Darlehen wurden wenig nachgefragt. Die Darlehen aus dem kantonalen Agrarfonds mussten mit 1,25 % verzinst werden.

### 3.4 Bodenrecht und Pachtrecht

Die Bodenrechtskommission behandelte 161 Gesuche, davon waren 62 Erwerbs-, 19 Realteilungs- und 70 Zerstückelungsgesuche sowie 10 Feststellungsverfügungen. Zusätzlich wurde bei neun Gesuchen ein Präsidialentscheid gefällt. Damit die Gesuche effizienter behandelt werden konnten, erhöhte die Bodenrechtskommission die Anzahl Sitzungen von sieben auf elf.

Die Pachtkommission hat 13 Gesuche behandelt und 16 Pachtzinsschätzungen vor Ort vorgenommen.

### 3.5 Pflanzenschutz

#### Feuerbrand

Das Auftreten des Feuerbrandes war 2011 erneut sehr gering. Einige wenige Blüten- und Triebinfektionen wurden gefunden. Die neugepflanzten Bäume aus der Pflanzaktion 2010 gedeihen mehrheitlich gut.

#### Invasive Neophyten

An den meisten Standorten mit drüsigem Springkraut und Riesenbärenklau ist das Pflanzenaufkommen gering. Beim Japanknöterich nimmt die Pflanzenmasse jährlich ab, jedoch in viel geringerem Umfang als beim Springkraut. Neu wurden auch ausgewilderte amerikanische Goldruten bekämpft. Im Siedlungsgebiet wurde mit der

Erfassung der Standorte begonnen, damit die Eigentümer/Mieter informiert werden können.

#### 4. Veterinäramt (vgl. Anhang, S. 102)

##### 4.1 Personelle Wechsel

Dr. Albert Fritsche hat im September eine neue Stelle angetreten. Als Nachfolger hat der Regierungsrat im Juni Dr. Sascha Quaille gewählt. Er trat sein Amt am 1. Juli an. Die Stelle des Kantonstierarzt-Stellvertreters ist seither vakant.

##### 4.2 Wechsel des Veterinärdienstes vom DG ins DVL

Der Regierungsrat hat per Juli 2011 beschlossen, den Veterinärdienst aus dem Departement Gesundheit (DG) mit dem Veterinäramt zusammenzulegen. Die Aufgaben des Veterinärdienstes umfassen unter anderem die im Lebensmittelrecht vorgeschriebenen Fleischkontrollen bei den Schlachtbetrieben. Dadurch wurde die Doppelunterstellung des Kantonstierarztes unter das DG und das DVL aufgehoben und eine Vereinfachung erreicht.

##### 4.3 Ausrottung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD)

Das nationale Ausrottungsprogramm ist weit fortgeschritten. Immer weniger BVD-positive Kälber wurden geboren. Ende 2011 lag der Anteil BVD-positiver Kälbergeburten im Verhältnis zu sämtlichen Geburten bei 0,06 %; 9 von 663 Betrieben waren noch nicht BVD frei. Die Abklärungen sind sehr aufwändig und gewinnen zunehmend an Wichtigkeit, da die Rinderpopulation durch das Ausrottungsprogramm für das Virus immer empfänglicher wird. Hauptansteckungsgrund ist Tierverkehr. 2011 sind im Kanton 22 BVD-positive Kälber (CH 565) entdeckt und ausgemerzt worden. Aufgrund einer vermuteten Unsicherheit von Laborresultaten aus dem Beginn des Ausrottungsprogramms wurden 82 Rinder aus 70 Beständen nachuntersucht. Bei allen Tieren konnte das negative Laborresultat bestätigt werden.

##### 4.4 Volluntersuchungsprogramm Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) - 2011/2012

Die CAE wurde durch den Bund von einer auszurottenden zu einer zu bekämpfenden Tierseuche herabgestuft. Erstmals fand im Herbst 2011 eine Volluntersuchung statt. Sämtliche Ziegen wurden auf das CAE-Virus untersucht. In 8 Ziegenbeständen wurden 11 CAE-positive Ziegen entdeckt. Die Bestände wurden für den Tierverkehr gesperrt. Die infizierten Tiere wurden geschlachtet.

##### 4.5 Andere meldepflichtige Tierkrankheiten

Die Anzahl Sauerbrut-Seuchenfälle ist 2011 stark zurückgegangen. Es sind zwei Bienenstände mit Sauerbrut entdeckt worden. Bei vier Kühen war die Neosporose Ursache für Aborte. Weitere Seuchenaborte wurden festgestellt: Ein Chlamydienabort bei einer Ziege, zwei Coxiellenaborte bei je einem Rind und einer Ziege. In einer Vogelhaltung mit Sittichen wurde die auch auf den Vogelhalter übertragbare Chlamydiose entdeckt. 14 Vögel waren Träger des Bakteriums und wurden behandelt.

##### 4.6 Tierseuchengruppe St. Gallen - Appenzell - Liechtenstein

Ein wichtiges Instrument bei der Tierseuchenbekämpfung ist die von den Kantonen St. Gallen und beider Appenzell 2006 gegründete und ausgebildete Tierseuchengruppe (TSG) des Zivilschutzes. 2009 hat sich das Fürstentum Liechtenstein der Organisation und dem gemeinsamen Materiallager angeschlossen. Die TSG ist mit modernsten Mitteln zum Schutz der Einsatzkräfte, aber auch für die Desinfektion von Personen, Fahrzeugen und Gebäuden ausgerüstet. Im September wurde ein Wiederholungskurs durchgeführt. Geübt wurden die Einrichtung eines Seuchenhofes und der Umgang mit Schafen.

#### 5. Oberforstamt

## 5.1 Forstdienst

Sabine Gantner-Pfister, dipl. Forsting, ETH, hat ihre Anstellung als Forstingenieurin und Stellvertreterin des Oberförsterns gekündigt. Anfang September trat Beat Fritsche, dipl. Forsting, ETH, ihre Nachfolge an.

## 5.2 Holznutzung und Holzmarkt

In der Holzerntesaison 2010/2011 wurden etwa 47'000 m<sup>3</sup> Holz zum Aushieb angezeichnet. Damit ist die zur Nutzung vorgesehene Holzmenge gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Dieses an sich positive Bild muss aber relativiert werden; denn auf Grund der Entwicklung auf dem Holzmarkt stagnierte die Holzernte 2011, ein grosser Teil der angezeichneten Holzschläge im Privatwald wurde nicht realisiert.

## 5.3 Walderhaltung / Naturgefahren

Im vergangenen Jahr wurden acht Rodungen mit einer Rodungsfläche von 118 Aren bewilligt. Das Oberforstamt hat zu 107 Baugesuchen am oder im Wald sowie zu 126 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 13 Stellungnahmen zu Händen des Planungsamtes verfasst.

Im Juli wurden Teile des Hinterlandes von einem heftigen Unwetter heimgesucht. Neben grossen Überschwemmungen kam es in den betroffenen Gemeinden zu Hangrutschungen, welche grosse Schäden verursacht haben. Das Oberforstamt zählte 22 Schadenereignisse (hauptsächlich Hangrutschungen sowie Schwemmholzansammlungen in Bächen), welche zur Sicherung von Menschen und hohen Sachwerten sowie bei der Wiederherstellung der Schutzmassnahmen mit öffentlichen Mitteln unterstützt wurden. Die Windwurfschäden bewegten sich im Rahmen des üblichen, und die Borkenkäferschäden blieben auf sehr tiefem Niveau stabil.

## 5.4 Programmvereinbarungen und Projekte

Ende 2011 ist die erste vierjährige Periode der NFA-Programmvereinbarungen mit dem Bund abgelaufen. Im Verlaufe des Jahres handelte das Oberforstamt mit den entsprechenden Vertretern des BAFU die Verträge für die Folgeperiode 2012 bis 2015 in den Vereinbarungen Waldwirtschaft, Schutzwald, Schutzbauten WaG und Biodiversität im Wald aus.

Bei der Standortkartierung im Projekt WaldSTAR konnte das zweite Los (Mittelland) abgeschlossen werden. Die Bereitstellung der Grundlagen für die Waldplanung ist nun soweit voran gebracht worden, dass Ende Jahr mit dem Projekt zur Ausarbeitung des eigentlichen kantonalen Waldplanes begonnen werden konnte.

## 5.5 Internationales UNO-Jahr des Waldes

2011 war das internationale UNO-Jahr des Waldes. Zu diesem Anlass führten die Oberforstämter und die Forstdienste beider Appenzell verschiedene Veranstaltungen durch. Eröffnet wurden die Aktivitäten mit einer Medienorientierung durch Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl und Landeshauptmann Lorenz Koller auf der Hundwilder Höhi. Ebenfalls führte das Oberforstamt drei Orientierungsveranstaltungen für Privatwaldbesitzerinnen und -besitzer durch, welche von insgesamt 330 Personen gut besucht wurden. Das Oberforstamt verfasste eine umfassende Broschüre mit Fakten und Zahlen zum Ausserrhoder Wald.

## 6. Regionales Arbeitsvermittlungszentrum



### (RAV) / Arbeitslosenkasse (vgl. Anhang, S. 105)

Das wirtschaftliche Umfeld war im Berichtsjahr geprägt von den Auswirkungen der Euro-/Dollar-Krise und der daraus resultierenden Frankenstärke. Dies führte Mitte Jahr auf dem Arbeitsmarkt zu einer extremen Trendwende. Während in der ersten Jahreshälfte die Zahl der registrierten Stellensuchenden von 979 auf 691 rasant abnahm, stieg sie in der zweiten Jahreshälfte bis auf 833 an. Allein im letzten Quartal war eine Zunahme von 20 % zu verzeichnen.

Die Trendwende im Arbeitsmarkt bestätigte sich dadurch, dass im Herbst mit der Huber + Suhner AG (80 Personen) und der Christian Eschler Textil AG (75 Personen) erstmals seit sieben Jahren zwei Ausserrhoder Industrieunternehmen Massenentlassungen durchführen mussten. Sie sind insofern von besonderer Tragweite, als damit zu einem grossen Teil Industriearbeitsplätze mit repetitiven Tätigkeiten abgebaut wurden, die für immer verloren sein dürften. In Absprache mit den beiden Unternehmen wurden individuelle Konzepte erstellt, wie das RAV die Betroffenen bereits während der Kündigungsfrist bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz unterstützen kann. Im Wesentlichen geschah dies durch Informationsveranstaltungen vor Ort, aber auch mit konkreter Hilfe beim Zusammenstellen eines aktuellen Bewerbungsdossiers und bei der Stellensuche.

Aufgrund der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der erwähnten Massenentlassungen musste ein bereits in die Wege geleiteter Personalabbau auf dem RAV im November gestoppt werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt bildete im Berichtsjahr die Umsetzung der grossen Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG). Sie beinhaltete neben höheren Beiträgen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch grosse Leistungskürzungen. Insbesondere die Verkürzung der Bezugsdauer für viele Anspruchsgruppen führte dazu, dass per Inkraftsetzung am 1. April über 70 Personen von einem unmittelbaren Verlust ihres Bezugsrechtes bzw. von der Aussteuerung bedroht waren.

Das RAV und die Arbeitslosenkasse waren gefordert,

durch eine frühzeitige Information der Betroffenen und ihre gezielte Unterstützung dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Personen aufgrund der Gesetzesrevision den Weg zum Sozialamt gehen mussten. Diese Aufgabe wurde massiv erschwert, als der Bundesrat über das Inkraftsetzungsdatum erst zwei Wochen vor Termin entschied. Trotzdem gelang es den erwarteten grossen Ansturm auf die Sozialämter im Kanton zu verhindern. Gemäss einer im Herbst durchgeführten Erhebung mussten von den ursprünglich über 70 Gefährdeten nur elf wirtschaftliche Hilfe eines Sozialamtes in Anspruch nehmen.

Im September verzeichnete das RAV Appenzell Ausserrhoden sein 15-jähriges Bestehen. Auf eine breite Streuung dieser Information oder eine «Feier» wurde bewusst verzichtet. Hingegen sei erwähnt, dass durch eine vorausschauende Personalpolitik und einen allgemein sparsamen Umgang mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln der Kanton nie eigene Mittel für den Betrieb des RAV einsetzen musste.



## Departement Sicherheit und Justiz

Direktor: Landammann Hans Diem

Das Berichtsjahr wurde aus Sicht des Departements nicht mehr derart beherrscht von einem Thema wie im Vorjahr, nämlich der Erarbeitung des Justizgesetzes im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnungen. Allerdings galt es, die neuen Bestimmungen auf verschiedenen Ebenen umzusetzen. Daneben wurden neue Projekte wie die Hundegesetzgebung und das Justizvollzugsgesetz in Angriff genommen. Zudem trat Appenzell Ausserrhoden dem Konkordat über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten (VICLAS-Konkordat) bei.

Die Regulierungswut auf Bundesebene hat auch im Berichtsjahr kaum abgenommen. Es scheint, als wolle man mit überdetaillierten Regelungen sämtlichen gesellschaftlichen Problemen entgegenzutreten. So waren wieder Beiträge zu unzähligen Vernehmlassungs- und Anhörungsverfahren zu verfassen.

Regierungsrat Hans Diem wurde im Februar zum Landammann gewählt und übernahm dieses ehrenvolle, aber zeit- und aufwändige Amt am 1. Juni. Zudem präsierte er - nun ordentlich - die Regierungskonferenz «Militär, Zivilschutz, Feuerwehr» (RK MZF).

### 1. Departementssekretariat

Im Berichtsjahr gingen lediglich 19 Rekurse und Aufsichtsbeschwerden ein (Vorjahr: 37), wovon 17 erledigt werden konnten. Insbesondere die Rechnungen der Ämter wurden weniger angefochten als im Vorjahr. Und auch die Rekurse gegen Verfügungen des Migrationsamtes nahmen ab. Die Zahl der zu beantwortenden Vernehmlassungen ist wiederum angestiegen.

### 2. Strafverfolgung

Am 1. Januar trat die Schweizerische Strafprozessordnung in Kraft und löste das kantonale Gesetz ab. Auf dieses Datum hin wurden das Verhöramt zusammen mit der Jugendanwaltschaft in die Staatsanwaltschaft integriert. Die Neuorganisation der Strafverfolgungsbehörden hat in organisatorischer Hinsicht keine Probleme verursacht. Problemlos hat sich auch die Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt, welche nun im Ermittlungsverfahren enger an die Staatsanwaltschaft gekoppelt ist. Allerdings hat der Aufwand im Strafverfahren bereits deutlich zugenommen. Das gilt sowohl für die Administration als auch für das Untersuchungsverfahren. Es entsprach dem Willen des Gesetzgebers, die Parteirechte deutlich auszubauen. So ist es nicht

erstaunlich, dass die Verfahrensdauer der Fälle, die nicht als Bagatellfälle erledigt werden konnten, angestiegen ist. Die Staatsanwaltschaft ist personell ausgebaut worden. Sie verfügte im Bereich des Erwachsenstrafrechts Ende Jahr über 6,8 Stellen; 0,8 Stellen mehr als 1985. Damals wurden allerdings 40% weniger Strafverfahren nach einfacheren Prozessvorschriften behandelt. Es war möglich, die anfallende Arbeit trotz des Mehraufwandes bei den einzelnen Verfahren zu bewältigen. Dazu beigetragen hat auch ein deutlicher Rückgang auf 2'700 Verfahrens-Neueingänge (Vorjahr: 3'092). Gründe für diese Entwicklung zu nennen ist schwierig. Diese Tendenz ist gesamtschweizerisch zu beobachten.

Appenzell Ausserrhoden ist im vergangenen Jahr von aufsehenerregenden Gewaltdelikten verschont geblieben. Zwar konnten Straftäter, die in anderen Kantonen und im Ausland Tötungsdelikte verübt hatten, im Kanton festgenommen werden; die Amthandlungen beschränkten sich aber auf die Amtshilfe.

Verstärkt hat sich die bereits früher festgestellte Tendenz, wonach vermehrt Delikte im Bereich der Wirtschaftskriminalität verübt werden. Dabei haben vor allem drei spektakuläre und teils auch medienträchtige Verfahren die hiesigen Behörden stark beansprucht. In einem Verfahren beläuft sich der geschätzte Schaden auf weit über Fr. 50 Mio.

In einem zweiten Verfahren, in welchem es um Anlagebetrug geht und das internationale Kreisse zieht, liegt die Schadenssumme bei über 100 Mio. Euro. Diese beiden Verfahren können ohne Beizug von externen Experten bzw. ohne Mithilfe des Kantons St. Gallen von den hiesigen Strafverfolgungsbehörden nicht bewältigt werden. Im Laufe der Untersuchungen hat sich gezeigt, dass in beiden Fällen die strafbaren Handlungen schwergewichtig im Kanton St. Gallen begangen wurden. So konnte mit dem Kanton St. Gallen eine Vereinbarung zur Übernahme der Verfahren getroffen werden. Ein grosses Verfahren mit einer Deliktsumme von etlichen Millionen Euro und mit Ablegern nach Deutschland und Österreich war Ende Jahr noch bei der Staatsanwaltschaft hängig. Diese drei Strafuntersuchungen haben deutlich gezeigt, dass personeller und finanzieller Handlungsbedarf besteht. Aus den gleichen Gründen kann der Kanton St. Gallen die Ausserrhoder Verfahren künftig auch nicht mehr übernehmen. Die Entwicklung ist weiter zu beobachten.

Für Unbehagen sorgten die zahlreichen Zwischenfälle rund um das Zentrum für Asylsuchende Landegg. Dabei handelte es sich um Straftaten, die die Anwohner zwar störten und viel Aufwand verursachten; statistisch aber nicht ins Gewicht fallen. Immer noch beunruhigend ist die hohe Zahl von Gewaltdelikten, Sachbeschädigungen und Vandalenakten. Eine weitere Zunahme dieser Verfahren konnte mit Polizeipräsenz und konsequentem Vorgehen gegen überführte Täter verhindert werden. Gleichbleibend hoch ist die Zahl von Strafverfahren mit Beschuldigten, die psychisch auffällig sind. Immer wieder ist es notwendig, dass diese Personen im Untersuchungsverfahren medizinisch betreut werden können, im Notfall auch stationär. Seitens der Strafverfolgungsbehörden besteht weiterhin das dringende Bedürfnis, dass insbesondere das PZA in diese Problematik eingebunden wird und im Rahmen des Leistungsauftrages Grundleistungen bei der forensischen Psychiatrie abgedeckt werden. So kann vermieden werden, dass immer wieder auf ausserkantonale Fachärzte und Kliniken zurückgegriffen werden muss.

Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge deutlich gesunken; nicht allerdings die Zahl jener Straftäter, die schon massnahmebedürftig sind oder eine

Massnahme benötigen werden, wenn sie nicht präventiv betreut werden. Nachdem die Jugendanwaltschaft nun den Vollzug dieser Massnahmen koordinieren, betreuen und bezahlen muss und die Gemeinden als Kostenträger gleichzeitig entlastet worden sind, wurde die Anstellung einer Sozialarbeiterin notwendig. Dieser Schritt hat sich bewährt. Denn durch die engmaschige Betreuung wird die präventive Arbeit verbessert und die Voraussetzung geschaffen, dass Schutzmassnahmen gezielter angeordnet, begleitet und auch wieder aufgehoben werden können. Wenn diese präventive Arbeit weiter ausgebaut werden kann ist davon auszugehen, dass die Reintegration gefährdeter Jugendlicher verbessert wird. Damit können auch die Kosten für Schutzmassnahmen gesenkt oder auf gleichem Niveau gehalten werden.

### 3. Straf- und Massnahmenvollzug

In den letzten Jahren stieg die Zahl der Verfahren zum Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen deutlich. Immer mehr Verurteilte bezahlen Bussen oder Geldstrafen erst im letzten Moment - oder gar nicht. Nach einer knappen Verdreifachung im Vorjahr wurden im Berichtsjahr wiederum 27 % mehr Fälle verzeichnet. Es wurden 421 Fälle erledigt (2010 : 331). In 16 % der Fälle musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 85'413.35 führte. In 84 % der Fälle ging die Busse oder Geldstrafe noch ein. So hat das Justizsekretariat im Berichtsjahr nach Androhung der Ersatzfreiheitsstrafen Fr. 170'514.30 an Geldstrafen und Bussen eingetrieben. Hierfür wurden zahlreiche Ratenzahlungsvereinbarungen und 232 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, welche in 85 Fällen polizeilich zugestellt werden mussten und zu 71 Haftbefehlen und 32 schweizweiten Ausschreibungen führten. Für die Jugendanwaltschaft erledigte die Vollzugsbehörde die Durchführung von Freiheitsentzügen sowie von persönlichen Arbeitsleistungen. Es wurden 101 Arbeitsleistungen (2010:108) und drei Freiheitsentzüge (2010: 4) vollzogen. Im automatisierten Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden für die Behörden des Kantons total 1'069 Strafregisterauszüge eingeholt (2010:1'044) und für die hiesigen Gerichtsinstanzen insgesamt 322 Urteile erfasst (2010:392).



#### 4. Gefängnisse

Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden im offenen Strafvollzug lag im Berichtsjahr mit 97,4 % nochmals über 3 % höher als im vergangenen Jahr. Die Kapazitätsgrenze wurde erreicht. Im kantonalen Gefängnis lag die Auslastung bei rund 50 %. Die geschlossene Spezialvollzugsabteilung, die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard für Gefangene bestimmt ist, reichte zeitweise nicht aus. Einerseits war sie immer voll belegt, andererseits ist die Infrastruktur für einzelne renitente Gefangene ungenügend. Mehrmals mussten Gefangene im offenen Vollzug ins kantonale Gefängnis versetzt werden. Ein Häftling in der Ausschaffungshaft hat seine Zelle in Brand gesetzt, sich dabei leicht verletzt und einen Schaden von mehreren zehntausend Franken verursacht. Weitere Häftlinge haben sich selbst verletzt und mussten notfallmässig unter schwierigen Sicherheitsbedingungen verarztet werden. Nicht nur die Zahl der psychisch kranken Insassen, sondern auch die Komplexität der Krankheitsbilder hat zugenommen. Belastend für das Personal ist die Zunahme von Insassen mit dissozialen Persönlichkeitsstörungen, die nicht oder nur bedingt in der Lage sind, sich in den Vollzugsalltag einzuordnen. Die Grenzen zur Respektlosigkeit verbunden mit massiven Drohungen und aggressivem Verhalten gegenüber dem Personal der Strafanstalt und der Polizei wurden öfters überschritten. Dies führte zu vermehrten Versetzungen in geschlossene Institutionen, sogar in speziell gesicherte Gefängnisse. Sachbeschädigungen an Gebäude und Infrastruktur häuften sich. Ebenfalls haben vorsätzliche und grobfahrlässige Verstösse gegen die Hausordnung zugenommen, und die Zahl der Disziplinarverfügungen hat sich erhöht. Erfreulich ist, dass das Projekt «Bildung im Strafvollzug» (BiSt) erfolgreich eingeführt werden konnte. In zwei Gruppen mit je sechs Insassen wird wöchentlich je ein halber Tag Basisbildung betrieben. Die Auftragslage in den Werkstätten war trotz des schlechten Eurokurses ausgezeichnet. Sämtliche Insassen konnten voll beschäftigt werden.

#### 5. Geschäftsstelle Bewährungshilfe

Die Fälle mit Bewährungshilfe wurden gestützt auf die Vereinbarung mit dem Kanton St. Gallen und gegen Verrechnung durch die Bewährungshilfe des Kantons St. Gallen geführt. Die Fallzahlen bewegten sich im Umfang der Vorjahre. Die Zusammenarbeit hat sich wiederum bestens bewährt.

#### 6. Verwaltungspolizei

##### 6.1 Gastgewerbe

Die per Ende Jahr registrierten 453 Gastgewerbebetriebe verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden: Urnäsch 27, Herisau 122, Schwellbrunn 18, Hundwil 16, Stein 15, Schönengrund 7, Waldstatt 13, Teufen 33, Bühler 15, Gais 29, Speicher 26, Trogen 16, Rehetobel 18, Wald 7, Grub 8, Heiden 38, Wolfhalden 15, Lutzenberg 6, Walzenhausen 15, Reute 9. Per Ende Jahr waren 45 vorübergehende Schliessungen registriert. 10 Betriebe wurden definitiv geschlossen. Nachdem das Gastgewerbegesetz keine Abmeldungspflicht für Gastgewerbebetreibende vorsieht, ist es sehr schwer nachvollziehbar, welche Gastgewerbebetriebe endgültig oder nur vorübergehend geschlossen bleiben. Eine Erhebung durch die einzelnen Standortgemeinden ist für Anfang 2012 vorgesehen.

##### 6.2 Hundewesen

Die schweren Vorfälle mit Hunden in den letzten Jahren lösten schweizweit breite Diskussionen aus (Kampfhunde-problematik, zu verbietende Hunderassen, Ausbildung von Hundehalter/-innen, etc.). Nachdem auf Bundesebene kein eidgenössisches Hundegesetz zustande kam, ist das aus dem Jahre 1969 stammende kantonale Hundegesetz 2012 zu überprüfen. Mit einem neuen Gesetz sollen nicht nur die nötigen materiellen Grundlagen für die Hundehaltung im Kanton den heutigen Gegebenheiten angepasst werden, sondern gleichzeitig auch die heute schwerfällige Organisation mit vielen Beteiligten (Gemeinden, Verwaltungspolizei, Kantonspolizei, Veterinäramt) vereinfacht werden.

## 7. Migrationsamt

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung (Aufenthalter und Niedergelassene; ohne Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene, internationale Funktionäre mit ihren Familienangehörigen sowie Kurzaufenthalter <12 Monate) im Kanton zählte Ende Dezember 7'542 Personen (2010: 7'396). Davon waren 3'549 (47 %) im Hinterland, 1'972 (26,2 %) im Mittelland und 2'021 (26,8 %) im Vorderland wohnhaft. 2'369 Ausländerinnen und Ausländer (31,4 %) besaßen eine Aufenthaltsbewilligung, 5'173 (68,6 %) eine Niederlassungsbewilligung. 69,3 % der ständigen ausländische Wohnbevölkerung stammten aus den EU- und EFTA-Staaten (5'228 Personen). Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen aus (30,7 %), gefolgt von italienischen (12,5 %) und serbischen Staatsangehörigen (9,3 %). Von den 7'542 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'099 Personen (94,1 %) aus Europa und lediglich 443 Personen (5,9 %) aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen aus 95 Staaten zusammen. Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich. Wiederum sind jedoch mehr Angehörige von EU-Staaten zu verzeichnen (+ 3,4 %), während sich die Zahl der Drittstaatsangehörigen um 1,2 % verringerte. Deutsche Staatsangehörige machten den Hauptanteil der zugewanderten Personen aus. Gesamthaft hat der Ausländerbestand um 2 % zugenommen. Mit 14,2 % liegt der Ausländeranteil im Kanton weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt (22,5 %). Im Berichtsjahr wurden insgesamt 32 Personen (2010: 16) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Insgesamt wurde in 29 Fällen eine Ausschaffungshaft und in zwei Fällen eine Vorbereitungshaft angeordnet. Dazu kamen eine kurzfristige Festhaltung sowie sechs Eingrenzungen. Die ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen betrafen hauptsächlich Personen aus dem Asylbereich. Der Vollzug von rechtskräftigen Wegweisungsentscheiden im Asylbereich gestaltete sich anhaltend schwierig und sehr aufwändig, da die betroffenen Personen keine heimatlichen Reisepapiere besaßen und sich in den meisten Fällen weigerten, ihre Identität offenzulegen oder bei der Beschaffung von Ersatzreisepapieren mitzuwirken. Erschwerend kam hinzu, dass sich einzelne Staaten weigerten, der zwangsweisen Rückübernahme ihrer Angehörigen zuzustimmen.

## 8. Strassenverkehrsamt (vgl. Anhang, S. 108)

Der in Appenzell Ausserrhoden verwaltete Fahrzeugbestand ist im Berichtsjahr um rund 1,9 % gewachsen. So waren Ende Jahr total 43'542 (2010: 42'731) Motorfahrzeuge und Anhänger zugelassen. Gestützt auf die regierungsrätliche Verordnung vom 14. September 2010 über die teilweise Steuerbefreiung emissionsarmer Personenwagen wurden 2011 alle Personenwagen mit einem maximalen Schadstoffausstoss von 130 g/km CO<sub>2</sub> und 0.01 g/km Feinstaub erstmals nur noch zur Hälfte besteuert. Waren es Anfang Jahr noch rund 1'000, so konnten gegen Ende Jahr bereits etwa 1'500 Fahrzeughalterinnen und -halter vom Ökosteuerrabatt profitieren. Zusammen mussten sie fast Fr. 254'000 weniger Motorfahrzeugsteuern entrichten. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1'370 (2010: 1'361) theoretische und 1'331 (2010: 1'351) praktische Führerprüfungen und Kontrollfahrten aller Kategorien abgenommen und 11'289 (2010: 11'809) Motorfahrzeuge und Anhänger jeglicher Art geprüft. Davon waren 427 Prüfungen von Direktimportfahrzeugen, die vor der ersten Zulassung in der Schweiz einer umfassenden Prüfung unterzogen werden müssen. Deren Anzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

## 9. Kantonspolizei

### 9.1 Kommando

In Fortsetzung des Berichts «Uster» wurde die Abteilung Support und Personelles geschaffen. Dies wurde nach der letztjährigen Stellenergänzung mit einem Stabschef und durch Zusammenführung vorhandener interner administrativer Ressourcen möglich. Die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung am 1. Januar ist geglückt. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft wurde neu definiert und vertieft. Insgesamt hat das neue Gesetz zu einem deutlichen administrativen Mehraufwand und einem erheblichen zusätzlichen Zeitdruck bei Verhaftungen geführt. Einen Schwerpunkt setzte die Kantonspolizei rund um das Asylzentrum Landegg. Mit mehrmaliger täglicher Präsenz in Wienacht und Schwendi, Heiden, war die Patrouillentätigkeit dort kantonsweit am intensivsten. Ein



strategisches Schwergewicht über das ganze Jahr bildeten die Fortführung der Vorbereitungs- und Planungsarbeiten zur Inbetriebnahme des Funknetzes «Polycom» und der Umzug des Polizeikommandos nach Herisau im 2012.

## 9.2 Support und Personelles

Durch die Reorganisation im Stabsbereich wechselten zwei Mitarbeiterinnen und die Lernende per 1. Februar in die Abteilung Support und Personelles. Damit wurden verschiedene personelle, administrative und logistische Aufgaben zusammengefasst. Im Februar konnte der neu strukturierte Personalgewinnungsprozess gestartet und sechs Aspiranten per 1. Oktober in die Polizeischule geschickt werden.

## 9.3 Kriminalpolizei (vgl. Anhang, S. 109)

Appenzell Ausserrhoden war von mehreren Skimmingfällen betroffen. In diesem Zusammenhang konnten zwei Bulgaren festgenommen werden. Im Bereich Betäubungsmittel wurden mehrere Indoor- und Outdoorhanfplantagen ausgehoben, wobei die grösste Plantage 403 Pflanzen umfasste. Des Weiteren wurde in einem Fall von Betäubungsmittelhandel ermittelt, bei welchem über 60 Personen einvernommen werden mussten. Zwei Jugendlichen konnte nach längerer Ermittlung Sachbeschädigung (Sprayereien) in fünfstelliger Frankenhöhe nachgewiesen werden. Diverse Bewohner einer Jugendinstitution beschäftigten die Jugendkontaktpolizei während des ganzen Jahres (Einbruchdiebstähle, Sachbeschädigungen, Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz). Wirtschaftsstraffälle in Millionenhöhe, spezifische Video-Opferbefragungen und IT-Ermittlungen sind Bereiche, welche künftig verstärkte Aufwändungen und Ausbildungen bedingen.

## 9.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte 199 Personenüberprüfungen für den Bund (Vorjahr 224). Im Bereich «Extremismus» hat sich die Lage im Kanton kaum verändert. Es leben zwei bis fünf Personen im Kanton, die Sympathisanten der

rechten Szene sind, und zirka neun Personen, welche bei ausserkantonalen Anlässen in der linken Szene beobachtet wurden. Je nach Informationsstand werden solche Personen polizeilich kontaktiert und befragt sowie auf die Risiken ihres Verhaltens aufmerksam gemacht.

## 9.5 Regional- und Verkehrspolizei (vgl. Anhang, S. 109)

Im 2011 wurden 472 Verkehrsunfälle gezählt (2010: 334). Diese deutliche Zunahme resultiert daraus, dass im Berichtsjahr erstmals die Verkehrsunfall-Statistik über das MISTRA im Auftrag des Bundes erfasst worden ist. Im Gegensatz zu früher werden nun auch alle Wildunfälle und Nichtgenügen der Meldepflicht in die Statistik aufgenommen. Im Berichtsjahr war kein Verkehrsunfalltoter zu beklagen. 108 Personen mussten ihren Führerausweis wegen schwerer Verkehrsregelverletzungen auf der Stelle abgeben. Insgesamt wurden 615 mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (2010: 559). Bei den Geschwindigkeitsmessungen überschritten insgesamt 34'256 Lenkerinnen und Lenker (2010: 31'242) die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Daraus resultierten 717 Verzeigungen (2010: 871) an die Staatsanwaltschaft. Die Regional- und Verkehrspolizei musste 423 Personen den Betreibungsämtern zuführen und in 1'233 Fällen Betreibungsanzeigen und Zahlungsbefehle persönlich zustellen.

## 9.6 Kommandodienste

Die Neukonzeption der Kantonalen Notrufzentrale im Zeughaus Herisau ist in Umsetzung. Das Einsatzleitsystem ELIS erfüllt die technischen Voraussetzungen für eine moderne Notrufzentrale. Das Projekt Polycom stand Ende Jahr kurz vor dem Abschluss. Sämtliche Basis- und Linkstandorte konnten gebaut werden. Die operative Inbetriebnahme des Sicherheitsfunknetzes ist auf Mitte Juni 2012 vorgesehen.

## 9.7 Sicherheitspolizei

Die Sicherheitspolizei führte total sechs Grenadiereinsätze sowie vier Personenschutzaufträge durch. Interkantonale

Dienste wurden am WEF in Davos, beim Montain-Event in St. Moritz und an der WTO-Konferenz in Genf geleistet. Zudem wurden sieben Ordnungsdienst-Einsätze an Demonstrationen und Sportanlässen ausserhalb des Kantons unterstützt.

### 9.8 Jagdverwaltung (vgl. Anhang, S. 109)

Die Reh- und Rotwildbestände stiegen im Berichtsjahr, so dass der Abschussplan nach oben angepasst worden ist. Der Gamsbestand stagnierte. Die Abschussvorgaben konnten mehrheitlich erfüllt werden. 12 Personen haben den zweiten Prüfungsteil und somit den Abschluss der Jagdprüfung im Frühjahr bestanden. Die Schutzverordnung der Wildruhezone im südlichen Appenzeller Hinterland ist seit März 2011 rechtskräftig. Die Beschilderung konnte bis Ende Jahr mehrheitlich platziert werden. Die Überwachung durch die Jagdaufsicht wird 2012 umgesetzt.

## 10. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (vgl. Anhang, S. 110)

### 10.1 Allgemeines

Das Amt wurde mit der Leitung und Begleitung von Grossprojekten sowie im Unwettereinsatz im Hinterland stark gefordert. In der Führung und Koordination des kantonalen Führungsstabes zusammen mit den Gemeindeführungsstäben, in der Zusammenarbeit mit den Ersteinsatzorganisationen und im mehrwöchigen Aufräum- und Instandstellungseinsatz des Zivilschutzes sowie der Armee zeigte sich das Bevölkerungsschutzsystem zuverlässig und robust. Zudem beauftragte der Regierungsrat das Amt mit der Leitung des Projektes «Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz» in der kantonalen Verwaltung.

### 10.2 Kreiskommando

An den obligatorischen Orientierungstagen wurden 340 angehende Stellungspflichtige des Jahrganges 1993 in-

formiert. Im Berichtsjahr wurden 348 junge Männer rekrutiert, davon waren 253 militärdiensttauglich, 40 schutzdiensttauglich, 44 armee- und schutzdienstuntauglich. Appenzell Ausserrhoden liegt im gesamtschweizerischen Durchschnitt der Diensttauglichkeit im vorderen Drittel. Insgesamt wurden vom Kreiskommando 4'150 meldepflichtige Armee- und Zivilschutzangehörige verwaltet und betreut. Es wurden 410 Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht sind total 153 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten angetreten und in würdiger Form in der Gemeinde Stein entlassen worden.

### 10.3 Bevölkerungsschutz

Drei Ereignisse prägten das Jahr. Aufmerksam beobachtet wurde die Entwicklung des sogenannten «arabischen Frühlings» bzw. die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen. Der entsprechende Informationsaustausch mit den Fachleuten im Kanton wurde verstärkt. Zweites Ereignis mit Einsatzpotenzial für den Bevölkerungsschutz war das Reaktorunglück im japanischen Fukushima infolge des Erdbebens/Tsunamis. Glücklicherweise wurde die Schweiz nicht betroffen, es blieb bei Kontrollmessungen durch den Bund. Drittes einschneidendes Ereignis war das Unwetter vom 10. Juli mit rund Fr. 12-15 Mio. Schäden und zwei Dutzend evakuierten Personen. Besonders betroffen waren die Gemeinden Herisau, Schwellbrunn, Waldstatt, Urnäsch und Schönengrund. Der Kantonale Führungsstab (KFS) koordinierte während zwei Wochen die Räum- und ersten Instandstellungsarbeiten sowie die Abstimmung mit den kommunalen Gemeindeführungsstäben.

### 10.4 Übungen, Aus- und Weiterbildungsprogramme

Die Koordinationsstelle für den Bevölkerungsschutz hat drei Stabsübungen mit den Gemeindeführungsstäben von Lutzenberg, Hundwil und Herisau durchgeführt. Dazu kamen zwei kombinierte Übungen mit den Gemeinden Waldstatt und Speicher. Nach einer längeren Phase der Kooperation mit dem Kanton St. Gallen ist der Einführungskurs für neue Stabsmitglieder wieder in eigener Regie durchgeführt worden.



## 10.5 Kooperation mit der Armee

Im Mai fand mit der Territorialregion 4 (Ter Reg 4) die Volltruppenübung «NATURA» statt. Der Einsatz gipfelte in einer nächtlichen Räumaktion einer Strasse in der Gemeinde Schwellbrunn, die auf einer Strecke von rund 100 Metern unter gefällten Bäumen begraben war. Anderthalb Monate später galt es ernst: Der Kantonale Führungsstab bot nach dem Unwetter vom 10. Juli via Kommando Ter Reg 4 die Armee zur Mithilfe bei den Räumarbeiten auf. Nebst Spontanhilfe der vor Ort stationierten Truppen wurde ein Detachement des Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverbandes mit 30 Mann während zweier Tage zur Verfügung gestellt. An verschiedenen Beförderungsfestern, Fahnenüber- und abgaben und bei Truppenbesuchen wurden Kontakte zur Truppe geknüpft. Wiederum haben viele WK-Einheiten ihren Dienst im Kanton absolviert. Die Absolventen der eidgenössischen Berufsunteroffizierschule wurden in bevölkerungsschutzrelevanten Themen geschult.

## 10.6 Führungsstäbe

Es wurden wiederum die Jahresgespräche mit den einzelnen Gemeindeführungsstäben durchgeführt. Der KFS kam zu zwei Informationsrapporten zusammen. Die Führungsunterstützung des KFS wurde in einem zweitägigen WK beübt: Im Zentrum stand der Bezug des provisorischen Führungsstandortes in der Zivilschutzanlage Ebnet des Gemeindeführungsstabes Herisau.

## 10.7 Koordinationsstelle Bevölkerungsschutz

Nebst der Organisation und Durchführung der Übungen, Kurse, WK und Weiterbildungen der Stäbe sowie der Durchführung des Sirenentests standen zahlreiche Projekte an: Einführung des Informations- und Einsatzsystems IES des Koordinierten Sanitätsdienstes, Kick-off des Projekts Polyalert (Sirenenfernsteuerung auf Polycom), Auswertung der ABC-Defizitanalysen der Kantone, Einführung des Sicherheitsfunksystems Polycom für den Zivilschutz und die Führungsstäbe, Neuorganisation der Jodtabletten-Lagerung und -Verteilung, Ausbau des Spezialprogramms für die Dienstleistungsplanung,

Neuorganisation der Stabsübungen zusammen mit dem Zivilschutz-Ausbildungsverbund SG/AR/AI, Einrichtung des provisorischen KFS-Führungsstandortes, Planung der IT-Einrichtungen in den neuen Schulungsräumen im Zeughaus Ebnet, Kick-off für die Erweiterung der Telematik-Einrichtungen in fünf aktiven Führungsstandorten des Kantons, Entwicklung eines neuen Systems für das Melde-, Lage- und Schadenerfassungswesen der Zivilschutz-Führungsunterstützung.

## 10.8 Zivilschutz

Gesamthaft wurden durch Zivilschutzangehörige 4'016 Dienstage geleistet. Die vier Kompanien führten auf Begehren der Gemeinden diverse Instandstellungsarbeiten im gesamten Kantonsgebiet aus und unterstützten zudem verschiedene Grossanlässe vor allem bei den Auf- und Rückbaumassnahmen sowie bei Verkehrsleitaufgaben. Innerhalb mehrerer Wochen leisteten die Zivilschutzangehörigen 680 Dienstage bei den Aufräum- und Instandstellungsarbeiten des Unwetterereignisses. Die Betreuungszüge wurden in verschiedenen Alters- und Pflegeheimen eingesetzt. Die Gesamtbeurteilung des Kurswesens durch die externe Ausbildungskommission fiel wiederum positiv aus. Mitglieder des Care-Teams wurde zu neun Ernstfalleinsätzen aufgeboden.

## Departement Inneres und Kultur

Direktor: Regierungsrat Jürg Wernli

Auf den 1. Januar 2013 wird das während rund 100 Jahren beinahe unverändert gebliebene schweizerische Vormundschaftsrecht durch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht abgelöst. Die Umsetzung im Kanton hat einschneidende Änderungen vor allem in organisatorischer Hinsicht zur Folge. Insbesondere sollen die heutigen 20 kommunalen Vormundschaftsbehörden durch eine einzige kantonale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ersetzt und die kommunalen Amtsvormundschaften zu drei regionalen Berufsbeistandschaften zusammengeführt werden. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten in gesetzgeberischer und organisatorischer Hinsicht prägten die Departementsarbeit im Berichtsjahr stark.

Nicht minder zukunftsweisend könnte sich der Mitte 2011 gestartete Prozess «Analyse der Gemeindestrukturen in Appenzell Ausserrhoden» erweisen. Die mit dem vom Kantonsrat erheblich erklärten Postulat Sträuli angestossene Analyse durch das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern (KPM) soll auch Handlungsoptionen für eine Optimierung der heutigen Gemeindestrukturen aufzeigen.

Seit Beginn des Berichtsjahres sind die drei Fachstellen Bürgerrecht und Zivilstand, Asyl und Integration sowie Familien und Gleichstellung unter dem Dach des neuen Amtes für Gesellschaft vereint. Diese Reorganisation trägt dem Umstand Rechnung, dass die zusammengefassten Sachbereiche viele Berührungspunkte aufweisen. Im Asylbereich waren die Herausforderungen vor allem im Zusammenhang mit dem vom Kanton St. Gallen geführten Asylzentrum «Landegg» in Eggersriet/Lutzenberg besonders gross. Nebst der stetig ansteigenden Zahl von Zuweisungen durch den Bund traten ab Sommer vor allem ernsthafte Probleme auf mit renitenten und teils straffälligen Asylsuchenden, vor allem aus Nordafrika. Mit einem Bündel von Massnahmen wurde auf die unerfreuliche Situation reagiert, und die straf- und ausländerrechtlichen Möglichkeiten wurden konsequent ausgeschöpft.

Im Kulturbereich besonders hervorzuheben war der Kauf der 136 Werke umfassenden Hans-Krüsi-Sammlung von Walter Irell-Ganzoni. Dieser Ankauf war nur möglich dank der grosszügigen Unterstützung von fünf grossen Stiftungen.

### 1. Departementssekretariat

#### 1.1 Allgemeines

Über die Situation bei der Behandlung von Beschwerden und Rekursen orientiert die Übersicht im statistischen Anhang (vgl. S. 114).

#### 1.2 Gesetzgebung

Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht: Im Vordergrund standen im Berichtsjahr die intensiven Arbeiten für eine Teilrevision des kantonalen Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutz-

rechts auf den 1. Januar 2013. Der Kantonsrat hat das Geschäft am 19. September in 1. Lesung behandelt. Die 2. Lesung ist für den 20. Februar 2012 vorgesehen.

Parallel zu den Gesetzgebungsarbeiten liefen die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten. Davon betroffen waren auch die Gemeinden, denn sie haben selber einen Umsetzungsbedarf (Organisation der Berufsbeistandschaften). Um die vielfältigen Aktivitäten des Kantons und der Gemeinden abzustimmen, hat der Regierungsrat eine Koordinationsgruppe eingesetzt mit je einer Vertretung der Gemeindepräsidenten aus den drei Regionen Hinterland, Mittelland und Vorderland.

Analyse Gemeindestrukturen: Der Kantonsrat hat am 13. September 2010 ein Postulat für erheblich erklärt, mit



dem der Regierungsrat beauftragt wurde, die heutigen Gemeindestrukturen von Appenzell Ausserrhoden zu analysieren. Der Regierungsrat hat einen entsprechenden Analyse- und Berichtsauftrag an das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern erteilt. Mit einem Workshop am 1. Juli wurde das Projekt offiziell gestartet. Der Zeitplan sieht vor, dass im Mai 2012 der Schlussbericht vorliegt und am 1. Juni 2012 im Rahmen eines zweiten Workshops präsentiert wird. In der Folge sind die Ergebnisse auszuwerten, und es ist spätestens im Laufe des Jahres 2013 gegenüber dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und Antrag zum weiteren Vorgehen zu stellen.

### 1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

**Grundbuch:** Im Jahr 2011 wurden 11 Grundbuchämter inspiziert. Damit fanden Inspektionen auf allen 20 Grundbuchämtern im Turnus von zwei Jahren statt. Die Inspektionen ergaben, dass die Grundbuchämter zuverlässig und kompetent geführt werden.

**Beurkundungen:** Im Jahr 2011 fanden in 11 Gemeinden Inspektionen zur Beurkundungstätigkeit statt. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes im Februar 2010 wurden 18 Gemeinden inspiziert. Geprüft wurden die öffentlichen Urkunden der Jahre 2010 und 2011, deren Aufbewahrung sowie die Art der Verwaltung der bei den Gemeindekanzleien deponierten letztwilligen Verfügungen. Zentrale Funktion der Aufsicht ist nicht nur die Inspektionstätigkeit, sondern es wurde damit auch eine Anlaufstelle für fachliche und organisatorische Fragen im Zusammenhang mit der Beurkundungstätigkeit der öffentlichen Urkundspersonen geschaffen.

### 1.4 Stiftungsaufsicht

Im Jahr 2011 wurden durch die Stiftungsaufsicht 69 (Vorjahr: 65) klassische Stiftungen beaufsichtigt. Dazugekommen sind fünf Neugründungen bzw. Übernahmen von Stiftungen in die kantonale Aufsicht. Eine Stiftung wurde aufgehoben. Im Berichtsjahr hatte die Stiftungsaufsicht die Jahresrechnungen 2010 der Stiftungen zu beurteilen. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen betrug im

Jahr 2010 ca. Fr. 283,7 Mio. und hat sich gegenüber 2009 um Fr. 3,3 Mio. (1,2 %) erhöht. Der Hauptanteil von Fr. 2,7 Mio. resultierte aus Finanzerträgen. Der kleinere Anteil mit etwa Fr. 0,6 Mio. ergab sich aus den neu dazu gestossenen Stiftungen. Insgesamt wurden von diesen Stiftungen im Jahr 2010 Fr. 22,5 Mio. (Vorjahr: Fr. 28 Mio.) im Sinne des Stiftungszweckes aufgewendet (Beiträge, Spenden, Aufwendungen im Rahmen der gemeinnützigen Tätigkeit).

Der Gebührenertrag für die Aufsicht über diese Stiftungen betrug im Jahr 2011 Fr. 19'975 (Vorjahr: Fr. 19'000). Der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ist auf die grössere Anzahl Stiftungen zurückzuführen. Ende 2011 waren alle Stiftungsrechnungen des Rechnungsjahres 2010 durch die Stiftungsaufsicht beurteilt.

## 2. Amt für Gesellschaft

### Allgemein

Seit dem 1. Januar 2011 sind die drei Fachstellen Bürgerrecht und Zivilstand, Familien und Gleichstellung sowie Asyl und Integration unter dem Dach des neuen Amtes für Gesellschaft vereint. Das Departement ist davon überzeugt, dass die neue Lösung die betroffenen Sachbereiche, die inhaltlich in verschiedener Hinsicht Berührungspunkte aufweisen, näher zusammenbringt und letztlich für alle Beteiligten spürbar von Vorteil ist.

### 2.1 Fachstelle Bürgerrecht und Zivilstand

#### Zivilstandswesen

Seit dem 1. Januar 2011 wird das Tagesgeschäft (Inspektionswesen, Weiterbildung, Aktenprüfungen) als Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen im Rahmen einer Leistungsvereinbarung durch die Aufsichtsbehörde des Kantons St. Gallen erledigt. Die Bilanz für das erste Jahr der Zusammenarbeit ist äusserst positiv, sowohl was die Zufriedenheit der drei regionalen Zivilstandsämter betrifft, als auch in Bezug auf die Genauigkeit der getroffenen Annahmen hinsichtlich des Aufwandes, welche der pauschalen Abgeltung zugrunde liegen. Die erste Inspektion

der Zivilstandsämter durch die Aufsichtsbehörde St. Gallen findet im Jahre 2012 statt.

### Bürgerrechtswesen

Die Zahl der Gesuche um ordentliche Einbürgerung lag im Berichtsjahr in der Grössenordnung der beiden Vorjahre. Insgesamt erhielten 105 Personen das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden und damit gleichzeitig das Schweizer Bürgerrecht. Ungefähr je ein Viertel der eingebürgerten Personen stammt aus Deutschland und Serbien, gefolgt von Italien, Kosovo und der Türkei. Gemäss einem im Dezember von der Eidg. Kommission für Migrationsfragen veröffentlichten Bericht wird die Einbürgerungspraxis in Appenzell Ausserrhoden im gesamtschweizerischen Vergleich als restriktiv bezeichnet.

## 2.2 Fachstelle Asyl und Integration (vgl. Anhang, S. 115)

### Sozialhilfe im Bereich Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

Per Ende des Berichtsjahres lebten in Appenzell Ausserrhoden 155 Asylsuchende und 78 vorläufig Aufgenommene (ohne Flüchtlingsstatus) aus 16 Herkunftsstaaten. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr um rund 23 % ist auf die vermehrten Bundeszuweisungen (+ 65,6 %) zurückzuführen. Nach dem Ausschluss aus der Sozialhilfe beantragten 11 Personen Nothilfe. Der Aufenthalt in der Nothilfestruktur betrug durchschnittlich 116 Tage.

### Zentrum für Asylsuchende Landegg, Eggersriet

In dem vom Kanton St. Gallen geführten Zentrum stehen Appenzell Ausserrhoden 40 Plätze zur Verfügung. Mit einer durchschnittlichen Belegung von rund 80 % lag diese im Berichtsjahr unter der vertraglichen Höchstgrenze (85 %). Die Zusammenarbeit der beiden Kantone hat sich im ersten vollen Betriebsjahr gut eingespielt. Neben laufenden engen Kontakten zwischen dem Migrationsamt St. Gallen, der Fachstelle Asyl und Integration bzw. dem Migrationsamt Appenzell Ausserrhoden sowie den Polizei-

korps beider Kantone finden regelmässige Informations- bzw. Koordinationstreffen zwischen der Zentrumsleitung, den Behörden der beiden Kantone sowie von Delegationen der Gemeinderäte von Eggersriet, Lutzenberg und Heiden statt. Die genannten Stellen werden seit Sommer aufgrund von einzelnen renitenten und straffälligen Asylsuchenden aus den Maghreb-Staaten sehr gefordert. Mit verschiedenen präventiven Massnahmen wurde auf die Situation reagiert, insbesondere mit der Erhöhung des Personalbestandes im Zentrum, mit dem Aufgebot eines privaten Sicherheitsdienstes sowie der Erhöhung der polizeilichen Präsenz. Ausserdem werden die straf- und ausländerrechtlichen Möglichkeiten konsequent ausgeschöpft.

### Beratungsstelle für Flüchtlinge

Den ab 1. Januar 2011 gültigen Zusammenarbeitsvertrag zur Führung einer gemeinsamen Beratungsstelle haben sämtliche ausserrhodischen Gemeinden sowie der Kanton unterzeichnet. Anfang 2011 legte die Beratungsstelle ihre beiden Büros in Herisau und Trogen an einem neuen Standort in Teufen zusammen. Die Bundesbehörden haben im Berichtsjahr 40 Personen als Flüchtlinge anerkannt. Diese hohe Zahl der Neuanerkenntnisse stellte eine besondere Herausforderung für die Beratungsstelle dar. Ende Dezember lebten 240 Personen mit Flüchtlingsstatus im Kanton (Vorjahr: 210). Aufgrund der dynamischen Entwicklung der letzten Jahre genehmigte die Aufsichtskommission eine Pensenerhöhung ab 2012. Zudem leitete sie eine Überprüfung der bestehenden Strukturen der Beratungsstelle ein. In diesem Zusammenhang soll auch geklärt werden, welche Rolle der Kanton künftig bei der Flüchtlingsbetreuung übernehmen wird.

### Integration

Mit den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Graubünden wurde eine Vereinbarung zur Führung einer Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzungsdienste abgeschlossen. Die Stelle bietet den ausserrhodischen Behörden und Regelstrukturen Übersetzungsdienste zu vergünstigten Tarifen an. Im Weiteren wurde mit einer Anbieterin von Alphabetisierungs- und Sprachkursen



eine längerfristige Zusammenarbeit vereinbart. Basierend auf dem Integrationskonzept wurden die Schwerpunktthemen für das nächste Jahr festgelegt und die ersten Massnahmen vorbereitet. Konkret geht es um die Erstinformation von Neuzuziehenden sowie Sprach- und Integrationskurse. Ab 2012 stehen erstmals kantonale Projektgelder zur Verfügung.

### 2.3 Fachstelle Familien und Gleichstellung

Die Fachstelle Familien und Gleichstellung informierte in vier elektronischen Newslettern über familien- und gleichstellungspolitische Themen, Entwicklungen und Anlässe im Kanton und in der Schweiz. Sie hat sich interkantonal und innerkantonal vernetzt. Interkantonal stand die Teilnahme an den verschiedenen Fachkonferenzen im Zentrum. Im August organisierte sie den Vernetzungsworkshop Kinder- und Jugendpolitik mit 50 Teilnehmenden vorwiegend aus den Gemeinden sowie der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit. Die Begleitkommission der Fachstelle fand sich zu zwei Sitzungen zusammen.

Im Bereich Gleichstellung hat nach einer siebenmonatigen Vakanz die neue Fachbereichsleiterin Anfang Februar ihre Stelle angetreten; in einem Jahr, in dem es zur Gleichstellung von Frau und Mann viel zu feiern gab: 100 Jahre Internationaler Frauentag, 40 Jahre Frauenstimmrecht, 30 Jahre Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, 20 Jahre Frauenstreik, 15 Jahre Gleichstellungsgesetz. So bot sich immer wieder Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und gleichzeitig einen Blick in die Zukunft zu werfen. Zwei zukunftsorientierte Schwerpunkte bildeten die Projekte «PlusPlusAR» und «Fit für Politik»: Ersteres will die Attraktivität von Unternehmen und des Kantons für Familien steigern. Erstmals wurde die Auszeichnung «PlusPlusAR» zwölf Ausserrhoder Unternehmen verliehen, die so ihre familienfreundlichen Massnahmen publik machten. Nebst dieser Auszeichnung wird eine professionelle Standortbestimmung für Unternehmen bezüglich deren Familienfreundlichkeit gefördert. Mit dem Weiterbildungsangebot «Fit für öffentliche Arbeit und Politik» erweiterten die Teilnehmerinnen des zweiten Durchgangs erfolgreich ihre Kompetenzen und ihr Netzwerk. Gleichwohl konnte bei den Gesamterneuerungswahlen der Frauenanteil nur knapp gehalten werden. Entsprechend

bedarf es einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Projekts, mit dem Ziel einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern, Jung und Alt in Politik und Öffentlichkeit.

Im Bereich Familien lag der Schwerpunkt der Tätigkeiten in der Umsetzung des Familienleitbildes: Der Bericht über das Zusammenwirken der finanziellen Transferleistungen für Familien liegt vor, und die Informationsplattform für Familien ([www.familien.ar.ch](http://www.familien.ar.ch)) wurde im März aufgeschaltet. Ausserdem wird die Koordinationsstelle Elternbildung dank der Vorarbeiten im Berichtsjahr ihren Betrieb für eine dreijährige Pilotphase am 1. Januar 2012 aufnehmen. Eine Projektgruppe unter der Leitung der Fachstelle ist dabei, ein Konzept für eine familienergänzende Kinderbetreuung auszuarbeiten. Verwaltungsmässig leitete die Fachstelle das Teilprojekt 3 des Personalleitbildes (flexible Anstellungsbedingungen und Familienfreundlichkeit) und nahm Einsitz in der Steuergruppe des Projekts «Gesundes Körpergewicht».

## 3. Kultur

### 3.1 Amt für Kultur

Drei Ereignisse waren von besonderer Bedeutung: Zum Jahresbeginn wurde am 27. Januar Hans Schweizer im Lindensaal Teufen vor zahlreichem Publikum der zweite kantonale Kulturpreis verliehen. Im Mai konnte mit dem Kauf der 136 Werke umfassenden Hans-Krüsi-Sammlung von Walter Irell-Ganzoni eine bisherige Sammlungslücke der kantonalen Kunstsammlung geschlossen werden. Überzeugt von der Qualität des Bestandes und dessen Bedeutung für Appenzell Ausserrhoden haben die Bertold-Suhner-Stiftung, die Dr. Fred Styger Stiftung, die Fredy und Regula Lienhard-Stiftung, die Metrohm Stiftung sowie die Steinegg Stiftung den Erwerb mit grosszügigen Beiträgen unterstützt. Bereits Ende Oktober bot sich die einmalige Gelegenheit, die ganze Sammlung im Haus Appenzell auszustellen. Zum Dritten stand das Jahr im Zeichen des Wechsels im Kulturrat. Entsprechend der gesetzlichen Grundlagen hat im Sommer - nach Ablauf der Amtsperiode - der bisherige Kulturrat sein Amt an die neuen Kolleginnen und Kollegen übergeben.

## Schwerpunkte

In der Museumsstrategie sind die ersten Schritte zur Umsetzung erfolgt, für die Kulturvermittlung wurde ein erstes Konzept erstellt. Wie in den Vorjahren hat das Amt für Kultur wiederum drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben; aufgrund der Nachfrage wurde die Auflage um 300 auf 1'800 erhöht.

## Veranstaltungen

Die Kulturlandsgemeinde, eine Kooperation des Kantons mit der Ausserrhodischen Kulturstiftung und letztmals Teil des Regierungsprogramms 2007 bis 2011, widmete sich am 7./8. Mai in Herisau bei der HUBER+SUHNER AG und in St. Gallen im Sitterwerk dem Thema Arbeit. Der traditionelle Jahreskulturanlass des Amtes für Kultur fand am 30. November in der Krombach-Kapelle im Psychiatrischen Zentrum Herisau statt und beschäftigte sich mit den Bedingungen des künstlerischen Schaffens.

## Überkantonale und überregionale Kooperationen

Im November fand die jährliche Plenarkonferenz der Konferenz der Schweizerischen Kulturbeauftragten in Heiden statt. Das Rahmenprogramm führte nach Trogen, wo Heidi Eisenhut einen vielbeachteten Einblick in die besonderen Sammlungen der Kantonsbibliothek gab. Die jährlich ausgerichteten Förderpreise der Internationalen Bodensee Konferenz waren 2011 der Kulturvermittlung gewidmet. Die von Appenzell Ausserrhoden nominierten Lisa und Richi Küttel gewannen einen der acht Förderpreise.

## 3.2 Kulturförderung

Von den 179 behandelten Fördergesuchen im Jahr 2011 (Vorjahr: 195) wurden 77 % positiv beurteilt, d.h. an 137 Projekte wurde ein Förderbeitrag geleistet in der Höhe von insgesamt Fr. 645'795; das entspricht einer durchschnittlichen Beitragssumme von Fr. 4'714 (gegenüber Fr. 4'786 im 2010). 25 Gesuche hat der Kulturrat behandelt, bei 22 Projekten sprach er eine Empfehlung zur Unterstützung;

mit einer Ausnahme ist der Regierungsrat diesen Empfehlungen gefolgt, der Beschluss zu einem Projekt wurde zurückgestellt. Mit insgesamt Fr. 1'015'000 wurden Museen, Regionalbibliotheken und Kulturinstitutionen von kantonalen Bedeutung verbunden mit Leistungsvereinbarungen unterstützt. Neben dem gewichtigen Zuwachs durch die Hans-Krüsi Sammlung ist die kantonale Kunstsammlung durch den Ankauf von zwei weiteren Werken erweitert worden. Ende Jahr hat der Regierungsrat die Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2012 bis 2014 verabschiedet. Neben der Fortsetzung der bisherigen kommen sechs Kulturinstitutionen neu in den Genuss einer Leistungsvereinbarung. Damit werden 24 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen unterstützt, mit einer jährliche Förder-summe von insgesamt Fr. 948'000.

## 3.3 Kantonsbibliothek

2011 war das «Jahr der Sammlungen» mit drei Höhepunkten. Am Anfang stand die Veröffentlichung der Website [www.steffsigner.com](http://www.steffsigner.com) zum Privatarchiv des Musikers und Bandleaders Stefan (Infrasteff) Signer mit zwei Veranstaltungen in Trogen und Hundwil. Den zweiten Höhepunkt bildete die Ausstellung «Herbert Hoffmann (1919-2010)» zum Nachlass des Tattoo-Stechers und Fotografen Hoffmann im Kursaal Heiden. Der dritte Höhepunkt kam dank der Möglichkeit, zuhanden der kantonalen Kunstsammlung Appenzell Ausserrhoden 136 Werke von Hans Krüsi (1920 - 1995) anzukaufen, zustande. Unter dem Dach des Amtes für Kultur konnte während der Sommermonate die Digitalisierung und Inventarisierung der Sammlung abgeschlossen sowie ein Katalog für die Ausstellung «Hans Krüsi. Hündlich, Fröhlich, Freuntlich» im Haus Appenzell vorbereitet werden. Alle drei Sammlungen sind erst seit jüngster Zeit in der Kantonsbibliothek und zeugen von der institutionellen Politik, auch subkulturelle Phänomene, die das Kulturleben in Appenzell Ausserrhoden prägen und prägen, zu dokumentieren. In diesen Horizont gehört auch die «Collectio Magica et Occulta CMO», deren Inhalte einen Teil der vielschichtigen religiösen Landschaft Appenzell abdecken.

Weitere Kooperationen im Rahmen der Vermittlungsarbeit:

- Aufschaltung «Digitale Bibliothek Ostschweiz» ([www.dibiost.ch](http://www.dibiost.ch)) in Zusammenarbeit mit den Ostschwei-



zer Kantonsbibliotheken und der Liechtensteinischen Landesbibliothek.

- Gründung des Vereins HAN für den Betrieb der Datenbank der Handschriften, Archivmaterialien und Nachlässe unter Leitung der Universitätsbibliothek Basel.
- Aufschaltung «Bibliotheksverbund St. Gallen-Appenzell» ([www.bvsga.ch](http://www.bvsga.ch)) mit den Regionalbibliotheken Teufen, Speicher/Trogen und Heiden.
- Veröffentlichung Appenzellische Jahrbücher 138 (2011) der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft AGG zum Leitthema «Religiöse Landschaft Appenzell».

29 kulturhistorische Führungen mit 643 Personen wurden durchgeführt. Neben den erwähnten Veranstaltungen fanden u.a. mit der Stiftsbibliothek St. Gallen und dem Wolfenbüttler Arbeitskreis für Bibliotheks-, Buch- und Mediengeschichte, dem Ausserrhoder Bündnis gegen Depression, der Ausserrhodischen Kulturstiftung, dem Museum Herisau, der Nationalen Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung NIKE, dem Projekt «AR·AI 500», der Nationalbibliothek und den Appenzeller Bibliotheken Zusammenarbeiten statt.

### Erschliessung

Die elektronische Erschliessung des Familienarchivs Zellweger umfasste zu Jahresende 7'700 Datensätze. Während des ganzen Jahres fand eine aktive Mitwirkung an der Erarbeitung des HAN-Regelwerks zur Brieferschliessung statt. Dank des Transkriptionsprojekts mit 14 Personen, die im Auftrag der KBAR handschriftliche Briefe transkribieren, konnten 490 Briefe im Volltext online geschaltet werden. Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 65'582 Einheiten verzeichnet. Die Erschliessung der Bibliothek des Staatsarchivs mit rund 3'600 Einheiten wurde abgeschlossen. Im Bereich der Re katalogisierung konnten AV-Medien elektronisch erschlossen sowie die Krüsi-Sammlung und die Bilder und Kunstobjekte des Spitalverbunds SVAR erfasst werden. An das Projekt Groberschliessung des CMO-Archivs schloss Anfang November lückenlos die Feinerschliessung zuhanden der Verbunddatenbank HAN bis Ende 2012 an. Im Rahmen der Sicherung und Erschliessung von AV-Medien stand die Digitalisierung und Aufbereitung von Beiträgen für die Projekte «Privatarchiv Signer» und «Zeitzeugnisse» im Zentrum.

### Bestandeszuwachs

Der Ankauf der Hans Krüsi-Sammlung und die Integration der Kunstsammlung des SVAR mit 742 Werken haben die kantonale Kunstsammlung um die Hälfte ergänzt, sodass diese Ende Dezember 2'148 Einheiten umfasste. Von Nachfahren der Familien Zellweger und Steiger konnten Porträts, Briefe und Fotos übernommen werden; darunter zahlreiche Dokumente zum Ehepaar Otto und Lily Zellweger-Steiger. Die Appenzeller Bibliographie zählt 318 neue Einheiten (Zwischenstand). 29 Personen und Institutionen haben der KBAR Dokumente geschenkt.

### Dienstleistungen

Die Kantonsbibliothek erteilte durchschnittlich acht Auskünfte pro Arbeitstag. Hinzu kamen monatlich durchschnittlich 14 externe Termine in den Bereichen Beratung, Auskunft und Vermittlung. Die Nachfrage nach digitalisiertem Bildmaterial war konstant hoch. Die KBAR wurde 2011 von 681 Personen besucht (ohne Führungen), ca. 330 neue Benutzerausweise konnten ausgestellt werden. Im Lesesaal wurden 863 Medien benutzt. 589 Medien wurden ausgeliehen.

### 3.4 Denkmalpflege (vgl. Anhang, S. 119)

#### Beiträge und Stellungnahmen

Die Anzahl der eingereichten Beitragsgesuche hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen und erreichte den Spitzenwert vom Jahr 2007. Weil aus Kapazitätsgründen nicht alle Gesuche im Berichtsjahr bearbeitet werden konnten, sind in der Statistik von den 71 eingegangenen lediglich 66 Gesuche aufgeführt. Insgesamt wurden 169 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben. 24 Stellungnahmen zu Baugesuchen, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich verfasst (siehe Übersicht im Anhang). Bei umfangreichen Projekten wurden denkmalpflegerische Anliegen durch eine temporäre Mitarbeit in den jeweiligen Arbeitsgruppen sichergestellt. Der auf Anregung der Denkmalpflege durchgeführte

Wettbewerb für die Neugestaltung des Dorfzentrums Wald wurde eng begleitet. Die Bautätigkeit an Kulturobjekten und Bauten in geschützten Ortsbildern hat sich im Berichtsjahr erneut erhöht.

#### Hausanalyse

Die von der Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Herisau und Trogen sowie dem «Netzwerk Altstadt» erarbeitete «Hausanalyse» wurde bisher von 41 Bauherrschaften in Anspruch genommen; davon sind 33 Liegenschaften Kulturobjekte oder Häuser in geschützten Ortsbildern. Bei einem schweizerischen Erfahrungsaustausch stellte sich heraus, dass Appenzell Ausserrhoden das Instrument zur Unterstützung von Altbausanierungen mit Abstand am erfolgreichsten anwendet. Herausragendes Beispiel eines gelungenen Umbau- und Sanierungsvorhabens ist ein 20-Zimmerhaus beim Landsgemeindeplatz in Trogen.

#### Appenzeller Strickbau

Im Rahmen des Projekts «Holzbauseminare» des Regierungsprogramms 2007 bis 2011 hat das Institut für Denkmalpflege der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege Studien zum historischen Baubestand im Kanton durchgeführt. Die Resultate wurden in einer umfangreichen Publikation zusammengefasst. Der 164-seitige Band untersucht unter anderem, wie sichergestellt werden kann, dass der überlebende solide Bestand weiterhin repariert und einer zeitgemässen Nutzung zugänglich bleibt.

#### Merkblätter energetische Sanierungen

Wie historische Bauten energetisch saniert werden können, ohne ihre besonderen Qualitäten einzubüssen oder durch unsachgemässe Eingriffe Schaden zu nehmen, muss erst noch erarbeitet werden. Um Planungsbüros, Unternehmungen und Bauherrschaften mit einschlägigen Informationen zu unterstützen und die Beratungstätigkeit der Denkmalpflege zu verkürzen und zu erleichtern, erstellt auf Initiative der Denkmalpflege eine interkantonale

Planungsgruppe AR/AI/SG/TG/FL fünf Merkblätter mit Hinweisen zur Ökonomie, Bauphysik und Konstruktion.

#### 4. Fachstelle Sozialhilfe und Sozialarbeit

Im Berichtsjahr wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Erhebungsjahres 2010 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzell Ausserrhoden veröffentlicht. Während die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) bei 3 % stagnierte, stieg diejenige in Appenzell Ausserrhoden leicht von 1,6 % (2009) auf 1,7 % (2010). Diese Fälle umfassen in Appenzell Ausserrhoden insgesamt 919 Personen, was einer Zunahme von 85 unterstützten Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht (2009: 834 Personen). Der Anstieg liegt im erwarteten Rahmen, da sich die schlechte Wirtschaftslage und die im Jahr 2009 gestiegene Zahl der Arbeitslosen verzögert auf die Sozialhilfe auswirkt.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war auch im vierten Berichtsjahr eine der Kernaufgaben: Insgesamt wurde die Fachstelle 409 Mal (2010: 350) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert. Die Zunahme zeigt unter anderem, dass der Vollzug der Sozialhilfe als letztes Netz der sozialen Sicherung eine anhaltend anspruchsvolle Aufgabe für die Sozialämter darstellt. Im Berichtsjahr konnte das Angebot an Dienstleistungen weiter ausgebaut und vervollständigt werden, indem eine webbasierte Informationsplattform angeschaltet wurde. Auf dieser als Extranet organisierten Online-Plattform sind verschiedene Materialien, Informationen und Empfehlungen als Unterstützung für den Vollzug für die Sozialhilfebehörden in zeitgemässer Form zugänglich. Der Bereich der Praxisempfehlungen auf der Basis der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ist noch unvollständig und wird weiterentwickelt und ausgebaut.



## 5. Ausgleichskasse und IV-Stelle

Das Jahr 2011 stand für die Ausgleichskasse und IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden primär im Zeichen der Konsolidierung. Es waren ausnahmsweise keine grösseren Gesetzesänderungen umzusetzen. Auf organisatorischer Ebene befasste sich die Geschäftsleitung mit einer Reorganisation der Führungsstrukturen. Mit Unterstützung eines externen Beraters wurden die drei Führungsebenen einer Analyse unterzogen mit dem Ziel, die Führung und die Organisation noch effizienter zu gestalten und insbesondere die Ebene der Teamleitungen zu stärken. Diese Reorganisation wurde per 1. November in Kraft gesetzt.

In der Ausgleichskasse wurde mit dem Aufbau des Qualitätsmanagements begonnen mit dem Ziel, spätestens 2013 das ISO-Zertifikat 9001 zu erlangen, wie dies schon in der IV-Stelle der Fall ist. Im November erfolgte nach mehrmonatiger Vorbereitung das erfolgreiche Rollout der neuen leistungsseitigen Software VISTA. Die Ausgleichskasse verfügt damit wieder über eine zeitgemässe und zukunftsgerichtete Informatik.

In der Invalidenversicherung ging es im Berichtsjahr einerseits um die konsequente Fortsetzung der Integrationsbemühungen, andererseits galt es, die auf 1. Januar 2012 in Kraft tretende 6. IVG-Revision vorzubereiten. Es geht dabei insbesondere um die Ausscheidung von bestimmten medizinischen Diagnosen, welche neu keinen Anspruch auf eine IV-Rente mehr begründen. Die betroffenen Rentner gilt es nach Möglichkeit wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Die IV-Stelle Appenzell Ausserrhoden hat im Herbst mit der Triage begonnen und kann deshalb Anfang 2012 mit den Integrationsbemühungen starten.

# Sach- und Terminplanung 2007-2011

Departemente und Projekte	2007	2008	2009	2010	2011	Inkraftsetzung geplant
---------------------------	------	------	------	------	------	---------------------------

<b>Stabsstellen des Regierungsrates</b>						
Archivgesetz (neu)					▶	in Kraft
Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Publikationsgesetz (neu)						vgl. Kommentar
Kantonsverfassung (Teilrevision)						01.06.2015
<b>Departement Finanzen</b>						
Steuergesetz (Teilrevision 2008)	■	■	▶			in Kraft
Steuergesetz (Teilrevision 2010)				■	▶	in Kraft
Finanzausgleichsgesetz (Teilrevision)	■	■	▶			in Kraft
NFA/KFA-Gesetzgebung (neu)	■	■	▶			in Kraft
Finanzhaushaltsgesetz (Totalrevision 2012) mit HRM2					■	01.09.2012
eGovernmentgesetz (neu)					■	01.10.2012
IKZA-Vereinbarung Kultur St.Gallen				■	▶	in Kraft
Steuergesetz, Volksinitiative Pauschalbesteuerung					■	vgl. Kommentar
Steuergesetz, Motion kalte Progression						01.01.2013
<b>Departement Bildung</b>						
Einführungsgesetzgebung zum Berufsbildungsgesetz (Totalrevision)	■	■	▶			in Kraft
Schulverordnung (Teilrevision)	■	■		▶		in Kraft
Verordnung über die Anstellung von Lehrenden an den Volksschulen (Totalrevision)	■	■		▶		in Kraft
Schulgesetzgebung (Totalrevision)						vgl. Kommentar
Vorläufige Verordnung über ergänzende Regelungen für Kantonale Schulen						vgl. Kommentar
<b>Departement Gesundheit</b>						
Gesundheitsgesetz (Totalrevision)	■	■	▶			in Kraft
Vollzugsverordnungen zum Gesundheitsgesetz	■	■	▶			in Kraft
Vorläufige Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung	■	■	▶			in Kraft
Gesetz über die Kantonsbeiträge an Institutionen zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung (neu mit NFA-/KFA-Erlass)	■	■	▶			in Kraft
Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE)	■	■	▶			in Kraft
Einführungsgesetz zum IFEG (neu)						vgl. Kommentar
Individuelle Prämienverbilligung (EG zum KVG)				■	▶	in Kraft
Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM)			■	▶		in Kraft
Gesetzgebung Spitalplanung/Spitalfinanzierung					■	01.01.2012
Vorläufige Verordnung zur Pflegefinanzierung					▶	in Kraft
<b>Departement Bau und Umwelt</b>						
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (Beitritt)						vgl. Kommentar
Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Energiekonzept		■				genehmigt
Kredit Kauf Liegenschaft Zeughaus Herisau				■		genehmigt
Baukredit Umnutzung Zeughaus Herisau				■	▶	genehmigt
Umwelt- und Gewässerschutzgesetz (Teilrevision)		■	▶			in Kraft
Gesetz über die Staatsstrassen (Totalrevision)				■	▶	in Kraft
Energiegesetz (Teilrevision)				■	■	01.01.2012
Geoinformationsgesetz (neu)					■	01.07.2012
Gesetz über die Mehrwertabschöpfung (neu)						vgl. Kommentar

■ Beratung im Kantonsrat  
▶ geplante Inkraftsetzung



Departemente und Projekte	2007	2008	2009	2010	2011	Inkraftsetzung geplant
<b>Departement Volks- und Landwirtschaft</b>						
Förderungskonzept Strukturverbesserungen						genehmigt
Ressourcenprogramm zur Verminderung von Ammoniakverlusten						genehmigt
Ladenschlussgesetzgebung (Totalrevision)						01.01.2012
Normalarbeitsverträge für Betriebs- und Hausangestellte in der Landwirtschaft (Totalrevision)			▶			in Kraft
Normalarbeitsverträge für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer (Revision)						vgl. Kommentar
EG/V zum Schwarzarbeitsgesetz des Bundes		▶				in Kraft
Einführungsgesetz Neue Regionalpolitik (NRP)						vgl. Kommentar
Tourismusgesetz (Teilrevision)						01.01.2013
Verordnung Tiergesundheit (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Verordnung über das Handelsregister (Teilrevision)				▶		01.01.2010
<b>Departement Sicherheit und Justiz</b>						
Militärverordnung (Totalrevision)				▶		in Kraft
Rechtspflegeverordnung (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Feuerschutzgesetz (Teilrevision)		▶				in Kraft
Verordnung zum BG über das Messwesen			▶			in Kraft
Gerichtsorganisation, BZPO, BStPO - Umsetzung					▶	in Kraft
Lotteriegeseztgebung (Revision)						vgl. Kommentar
Kantonale Ausländergesetzgebung (Teilrevision)		▶				in Kraft
Datenschutzgesetz (Teilrevision)			▶			in Kraft
Verordnung über die kantonale Strafanstalt Gmünden (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Hundegesetzgebung (eventuell Totalrevision)						vgl. Kommentar
Polizeigesetz (Teilrevision)				▶		in Kraft
Assekuranzgesetz (Teilrevision)			▶			in Kraft
Konkordat Hooliganismus				▶		in Kraft
Polycom				▶		in Kraft
Konkordat ViCLAS					▶	In Kraft
Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen						vgl. Kommentar
ev. Gesetz über Gebühren in Zivil- u. Strafsachen						vgl. Kommentar
<b>Departement Inneres und Kultur</b>						
Gesetz über die öffentliche Fürsorge (Totalrevision, neu Sozialhilfegesetz)			▶			in Kraft
Gesetz über die öffentliche Beurkundung (neu)				▶		in Kraft
Gesetz über die politischen Rechte (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Verordnung über die Organisation der Ausgleichskasse (Totalrevision)						vgl. Kommentar
Kinderzulagengesetz (neu EG zum FamZG)			▶			in Kraft
Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Totalrevision)						vgl. Kommentar
Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht (Teilrevision)						vgl. Kommentar
Asylverordnung (Totalrevision)		▶				in Kraft
Kulturkonzept (neu)		▶				in Kraft
Gesetz Registerharmonisierung (neu: Gesetz über die Einwohnerregister)				▶		vgl. Kommentar
Vorläufige Verordnung über die Einwohnerregister (neu)				▶		in Kraft
Neues Kindes - und Erwachsenenschutzrecht (Umsetzung)						01.01.2013
Pflegekinderaufsicht (neu)						01.01.2013

## Kommentare zur Sach- und Terminplanung

<p>Stabsstellen des Regierungsrates Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (Teilrevision) Publikationsgesetz (neu)</p>	<p>Verzicht zugunsten Teilrevision Kantonsverfassung (Reform der Staatsleitung) zurückgestellt aufgrund Neugestaltung elektronische Gesetzessammlung</p>
<p>Department Finanzen Steuergesetz, Volksinitiative Pauschalbesteuerung</p>	<p>Volksabstimmung 11.03.2012</p>
<p>Department Bildung Schulgesetzgebung (Totalrevision) Vorläufige Verordnung über ergänzende Regelungen für Kantonale Schulen</p>	<p>aufgrund aktueller Entwicklungen (insb. Sek. I) kein unmittelbarer Gesetzgebungsbedarf Aufhebung im Rahmen des neuen Gesetzes über Mittelschulen und tertiäre Bildung</p>
<p>Department Gesundheit Einführungsgesetz zum IFEG (neu)</p>	<p>zurückgestellt aufgrund Neuordnung Spitalfinanzierung/Verselbständigung Spitalverbund</p>
<p>Department Bau und Umwelt Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (Beitritt) Gesetz über die Raumplanung und das Baurecht (Teilrevision) Gesetz über die Mehrwertabschöpfung (neu)</p>	<p>vom Kantonsrat zurückgewiesen zurückgestellt zugunsten umfassenderer Revision (Regierungsprogramm 2012-2015) Regierungsprogramm 2012-2015 folgt</p>
<p>Department Volks- und Landwirtschaft Normalarbeitsverträge für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer (Revision) Einführungsgesetz Neue Regionalpolitik (NRP) Verordnung Tiergesundheit (Teilrevision)</p>	<p>Realisierung auf Bundesebene (NAV Hauswirtschaft) Regelung im Gesetz über die Wirtschaftsförderung; Inkraftsetzung geplant: 01.01.2013 Vorlage im KR zurückgenommen</p>
<p>Department Sicherheit und Justiz Rechtspflegeverordnung (Teilrevision) Lotterigesetzgebung (Revision) Verordnung über die kantonale Strafanstalt Gmünden (Teilrevision) Hundegesetzgebung (eventuell Totalrevision) Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen ev. Gesetz über Gebühren in Zivil- u. Strafsachen</p>	<p>Vorlage im Kantonsrat zurückgezogen sistiert bis weiteres Vorgehen auf Bundesebene geklärt ist Verzicht zugunsten Justizvollzugsgesetz Neuaufnahme nach definitivem Scheitern einer Bundesregelung Beitritt 2012 geplant Neuaufnahme nach Rückweisung Gebührenordnung im Kantonsrat</p>
<p>Department Inneres und Kultur Gesetz über die politischen Rechte (Teilrevision) Verordnung über die Organisation der Ausgleichskasse (Totalrevision) Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Totalrevision) Gesetz über das Landrecht und das Gemeindebürgerrecht (Teilrevision) Vorläufige Verordnung über die Einwohnerregister (neu) Gesetz Registerharmonisierung (neu: Gesetz über die Einwohnerregister)</p>	<p>zurückgestellt mit Blick auf die Abstimmung Initiative Landsgemeinde bzw. Totalrevision zurückgestellt zugunsten EG zu AHVG und IVG Verzicht obsolet nach Neuordnung des Bundesrechts (Teilrevision Bürgerrechtsgesetz) vom Kantonsrat zurückgewiesen</p>



## Statistischer Anhang

### Regierungsprogramm

#### Finanzen (in Fr. Tausend)

Budget 2011	1 000
Übertrag 2010	155
Gesamt 2011	1 155

#### Projektausgaben (in Fr. Tausend)

Pool	35
Marketing	157
Koordinierte Familienpolitik	62
Bedarfsgerechte Tagesstrukturen	18
Sekundarstufe II mit 95 % Abschlussquote	30
100 Jahre PZA	55
Umsetzung Wirtschaftsstrategie und NRP	172
Umsetzung und Promotion Steuerstrategie	6
Bauen und Wohnen	270
Kulturfrühling Ausserrhoden	182
Jubiläumsaktivitäten Dunant 2010	0
<b>Total</b>	<b>987</b>

# Kantonskanzlei

## Passbüro

### Monatsstatistik

	Pass		IDK		prov. Pass		Ausländerausweise		ISR		Leichenpass	
	2010 <sup>1)</sup>	2011	2010 <sup>1)</sup>	2011	2010 <sup>1)</sup>	2011	2010	2011	2010 <sup>1)</sup>	2011	2010 <sup>1)</sup>	2011
Jan		382		386		2		4		4		-
Feb		319		360		3		63		63		-
Mrz	457	322	774	461	7	7		38	-	38	-	-
Apr	244	343	525	541	6	10		63	-	63	3	-
Mai	205	344	516	581	6	8		73	-	73	1	-
Jun	203	418	744	706	7	3		54	1	54	-	-
Jul	171	361	576	715	34	18		44	3	44	-	-
Aug	206	306	441	486	5	10		41	5	41	-	-
Sep	173	346	440	508	7	8		64	4	64	-	-
Okt	157	273	279	306	10	4		63	-	63	-	1
Nov	126	144	266	282	1	3		68	12	68	-	1
Dez	113	150	196	237	2	4		61	-	61	-	-
<b>Total</b>	<b>2 055</b>	<b>3 708</b>	<b>4 757</b>	<b>5 569</b>	<b>85</b>	<b>80</b>		<b>636</b>	<b>25</b>	<b>636</b>	<b>4</b>	<b>2</b>

IDK = Identitätskarte

ISR = Reisedokument für ausländische Personen

<sup>1)</sup> März bis Dezember 2010



#### Ausweisstatistik

	2010	2011
Pass Kinder	579	1 118
Pass Erwachsene	1476	2 590
ID Kinder	1702	2 062
ID Erwachsene	3 055	3 507

#### Rechtsdienst

##### Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	7	5	12
Eingänge	29	18	47
Erledigungen	- 11	- 13	- 24
<b>Pendent Ende Jahr</b>	<b>25</b>	<b>10</b>	<b>35</b>

## Stabsstelle Controlling

Massnahmen und Empfehlungen (Anzahl; Stichtag 31.12.)

	2007	2008	2009	2010	2011
offen bzw. in Bearbeitung Ende Vorjahr	25	32	29	31	31
Neueingänge Finanzkontrolle	8	5	5	16	5
Neueingänge Stabsstelle Controlling	10	4	11	16	19
erledigte	- 11	- 12	- 14	- 32	- 19
<b>offen bzw. in Bearbeitung Ende Jahr</b>	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>36</b>

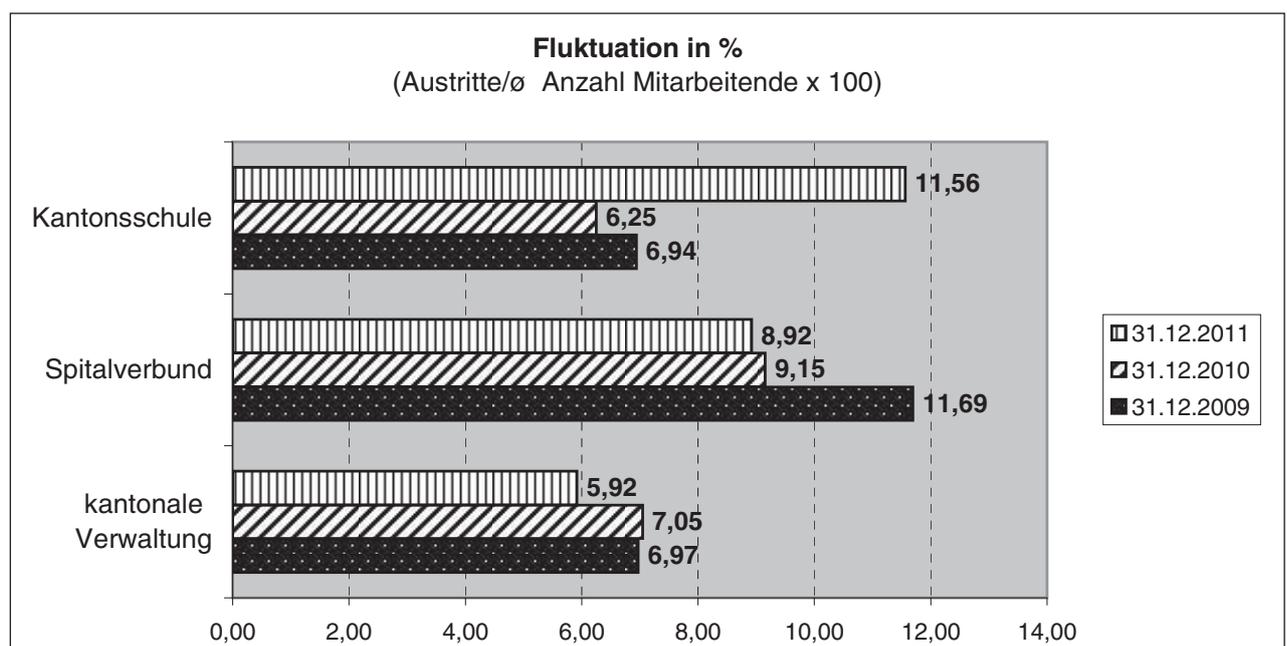
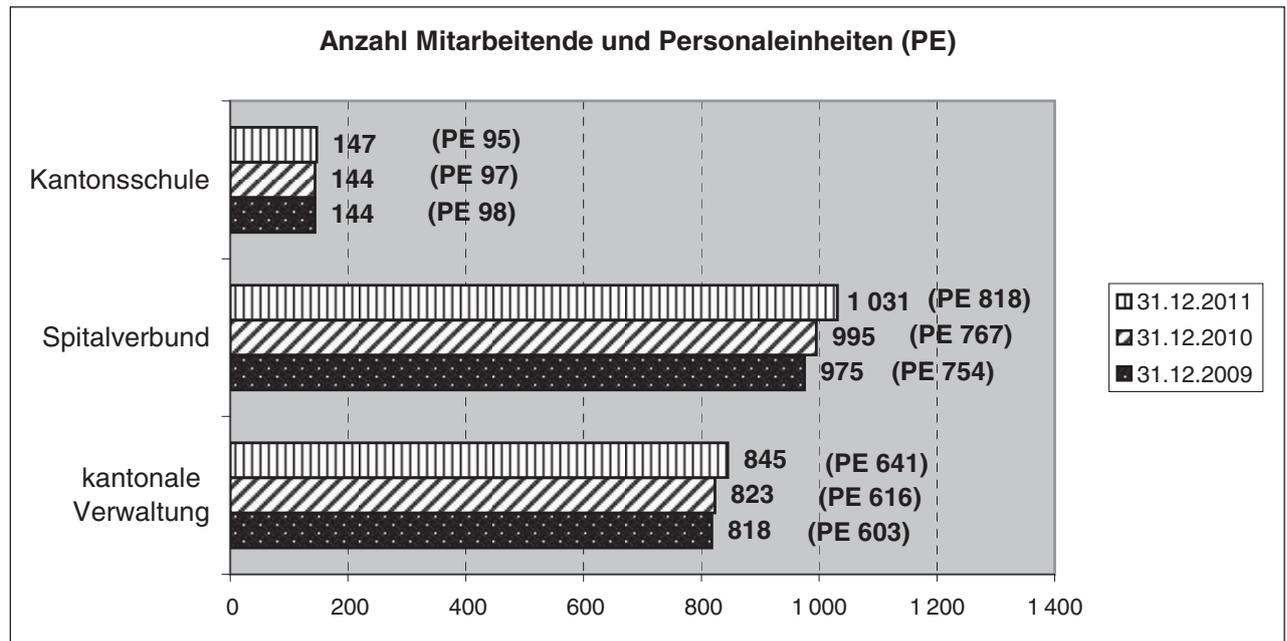
Jahresvergleich der Tätigkeiten (in Personentagen)

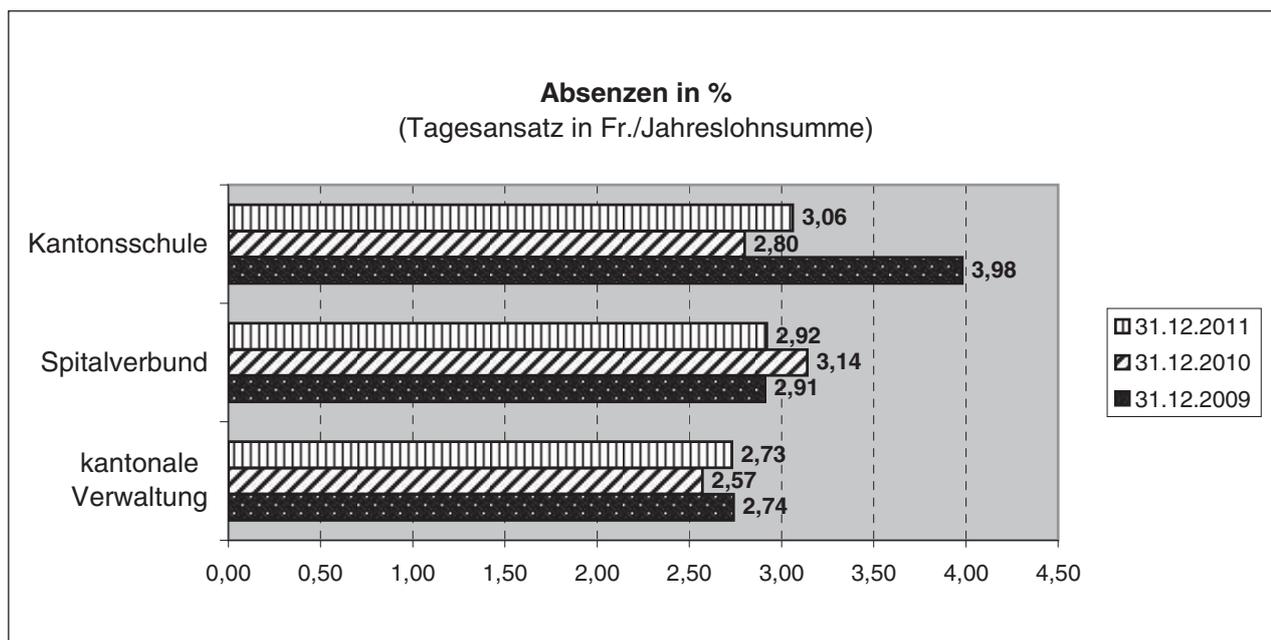
	2008 - Ist	2009 - Ist	2010 - Ist	2011 - Ist	2012 - Plan
Controlling	308	293	274	275	163
Finanzausgleich Kanton-Gemeinden	20	14	9	6	7
Finanzaufsicht Kanton-Gemeinden	25	20	18	30	16
Stiftungsaufsicht ZGB	34	35	28	45	30
Revisionsstellenmandate	14	22	19	23	20
Gemeinde-Beratung	22	29	11	9	13
Planung / Reporting	22	26	19	14	15
Absenzen	55	68	70	49	45
<b>Total</b>	<b>501</b>	<b>507</b>	<b>448</b>	<b>451</b>	<b>309</b>

## Departement Finanzen

Personalamt

Zusammenzug der Abweichungen der Personalkennzahlen kantonale Verwaltung AR, Spitalverbund und Kantonsschule





Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2011	Rechnung 2011	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2010	Veränderung Rechnung 2011 : 2010
Total direkte Steuern	115,9	125,0	7,9 %	118,7	+ 5,3 %
Total Spezialsteuern	6,0	6,3	5,0 %	8,8	- 28,4 %
Total Bundessteuern	16,7	17,5	4,8 %	18,0	- 2,8 %
<b>Gesamttotal</b>	<b>138,6</b>	<b>148,8</b>	<b>7,4 %</b>	<b>145,5</b>	<b>+ 2,3 %</b>

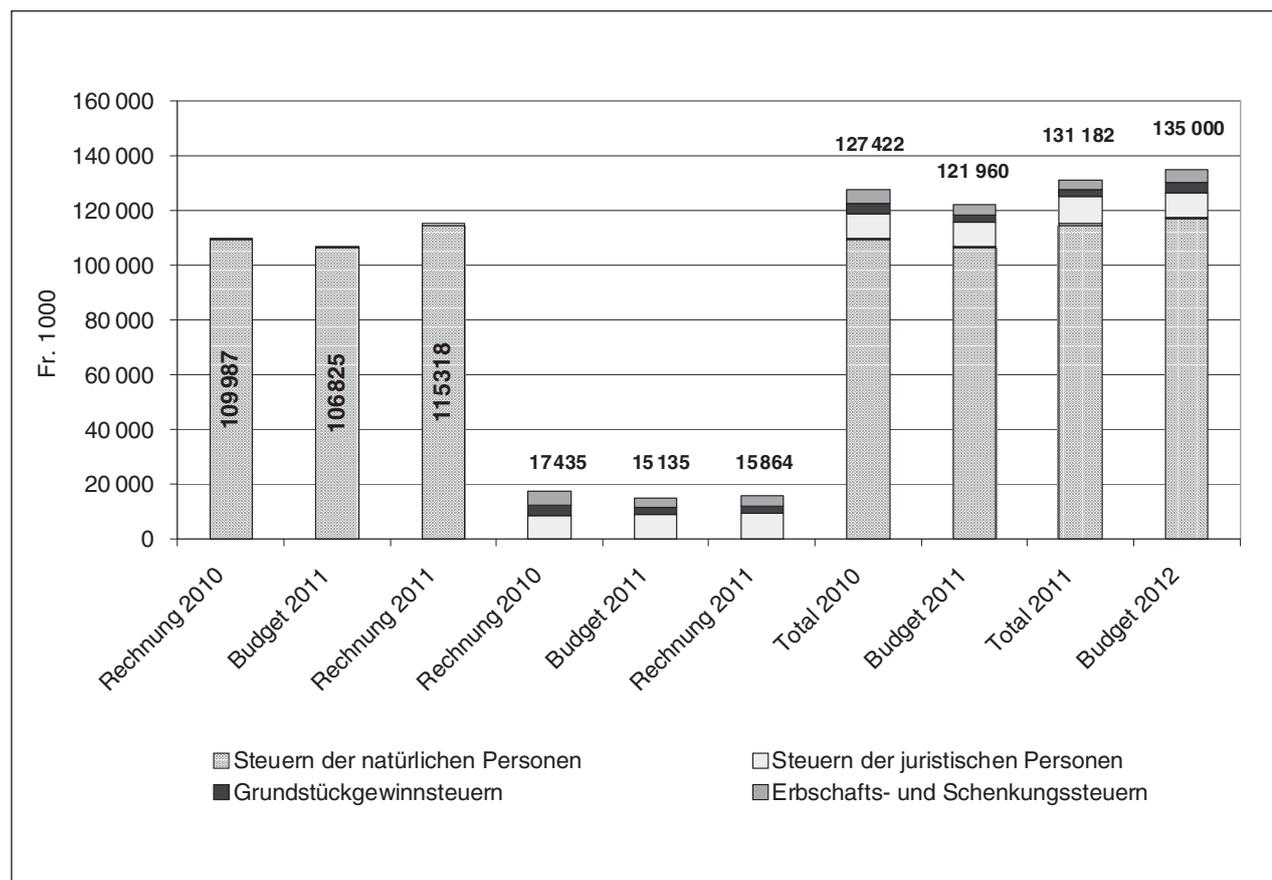
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,0 Einheiten

	Budget 2011	Rechnung 2011	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2010	Veränderung Rechnung 2011 : 2010
Natürliche Personen	106,8	115,3	8,0 %	110,0	+ 4,8 %
Juristische Personen	9,1	9,7	6,6 %	8,7	+ 11,5 %
<b>Total direkte Steuern</b>	<b>115,9</b>	<b>125,0</b>	<b>7,9 %</b>	<b>118,7</b>	<b>+ 5,3 %</b>

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2011	Rechnung 2011	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2010	Veränderung Rechnung 2011 : 2010
Grundstückgewinnsteuern	2,5	2,6	4,0 %	3,8	- 31,6 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	3,7	5,7 %	5,0	- 26,0 %
<b>Total Spezialsteuern</b>	<b>6,0</b>	<b>6,3</b>	<b>5,0 %</b>	<b>8,8</b>	<b>- 28,4 %</b>

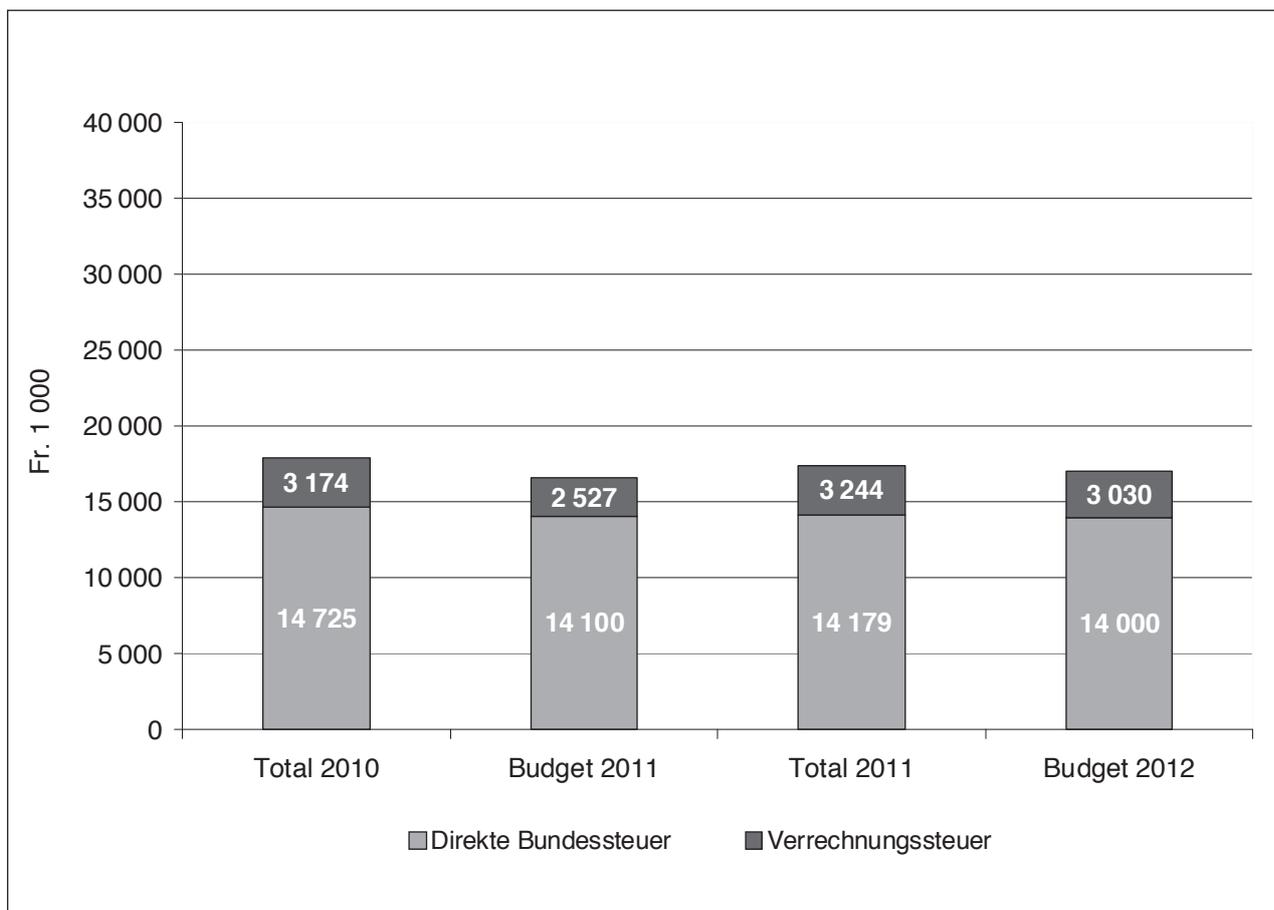
### Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich



Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2011	Rechnung 2011	Abweichung Rechnung-Budget	Rechnung 2010	Veränderung Rechnung 2011 : 2010
Direkte Bundessteuern	14,1	14,2	0,7 %	14,7	- 3,4 %
Verrechnungssteuern	2,5	3,2	28,0 %	3,2	+ 0,0 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,1	0,0 %	0,1	+ 0,0 %
<b>Total Bundessteuer</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>	<b>4,8 %</b>	<b>18,0</b>	<b>- 2,8 %</b>

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich

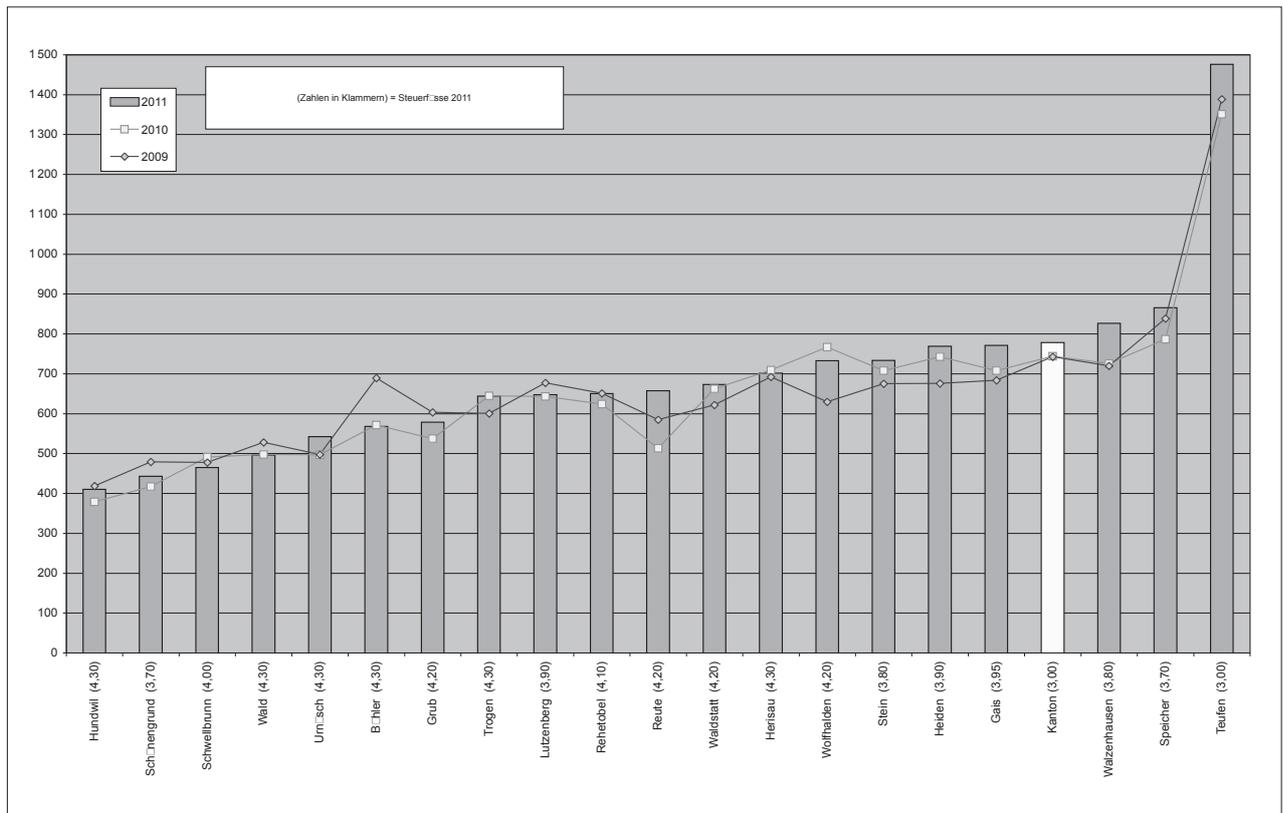


### Steuerkraft der Gemeinden von Appenzell Ausserrhoden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2011	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
<b>Total</b>	<b>124 972 943</b>	<b>41 657 648</b>	<b>53 558</b>	<b>777,80</b>	<b>100,0 %</b>	
Teufen	26 017 175	8 672 392	5875	1 476,20	189,8 %	1
Speicher	10 773 500	3 591 167	4148	865,80	111,3 %	2
Walzenhausen	5 300 054	1 766 685	2138	826,30	106,2 %	3
Gais	7 050 301	2 350 100	3047	771,30	99,2 %	4
Heiden	9 320 927	3 106 976	4042	768,70	98,8 %	5
Stein	3 030 539	1 010 180	1377	733,60	94,3 %	6
Wolfhalden	3 781 749	1 260 583	1720	732,90	94,2 %	7
Herisau	32 093 613	10 697 871	15256	701,20	90,2 %	8
Waldstatt	3 650 384	1 216 795	1809	672,60	86,5 %	9
Reute	1 257 537	419 179	638	657,00	84,5 %	10
Rehetobel	3 373 205	1 124 402	1729	650,30	83,6 %	11
Lutzenberg	2 469 502	823 167	1272	647,10	83,2 %	12
Trogen	3 330 388	1 110 129	1725	643,60	82,7 %	13
Grub	1 734 990	578 330	1000	578,30	74,4 %	14
Bühler	2 897 364	965 788	1701	567,80	73,0 %	15
Urnäsch	3 698 408	1 232 803	2273	542,40	69,7 %	16
Wald	1 245 310	415 103	837	495,90	63,8 %	17
Schwellbrunn	2 069 615	689 872	1484	464,90	59,8 %	18
Schönengrund	676 927	225 642	510	442,40	56,9 %	19
Hundwil	1 201 456	400 485	977	409,90	52,7 %	20

## Steuerkraft der Gemeinden von Appenzell Ausserrrhoden

(gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2011 der natürlichen und juristischen Personen)



## Departement Bildung

### Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2007	2008	2009	2010	2011
Kindergarten	1 034	980	951	918	909
Primarschule	3 943	3 807	3 675	3 510	3 322
Sekundarschule	2 064	1 968	1 914	1 860	1 853
<b>Total</b>	<b>7 041</b>	<b>6 755</b>	<b>6 540</b>	<b>6 288</b>	<b>6 084</b>

### Berufsbildung: Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2007	2008	2009	2010	2011
Gesamtbestand	1 285	1 310	1 386	1 392	1 394
neu abgeschlossene	506	546	537	563	544
aufgelöste	92	102	106	112	121

### Berufsbildung: Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2007	2008	2009	2010	2011
aus Ausserrhoden	368	386	445	457	458
aus Innerrhoden	44	47	42	59	82
aus St.Gallen	41	46	50	50	44
<b>Total geprüfte</b>	<b>453</b>	<b>479</b>	<b>537</b>	<b>566</b>	<b>584</b>
davon bestanden	422	449	506	538	560
davon nicht bestanden	31	30	31	28	24

### Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2007	2008	2009	2010	2011
bis 15 Jahre	229	206	214	241	213
16 bis 24 Jahre	206	279	326	325	302
über 24 Jahre	106	136	156	207	206
<b>Total</b>	<b>541</b>	<b>621</b>	<b>696</b>	<b>773</b>	<b>721</b>

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Detailhandelsassistent/in	24	20	24	21	30
Detailhandelsfachmann/-frau	55	94	96	95	90
Elektroinstallateur/in	24	42	65	80	89
Elektromonteur/in	67	49	24	-	-
Fachangestellte/r Gesundheit	68	74	83	94	83
Forstwart/in	48	45	51	48	51
Hauswirtschaftsjahr	20	18	13	12	13
Kaufmann/Kauffrau Profil B	-	-	11	22	31
Kaufmann/Kauffrau Profil E	152	146	131	117	116
Kaufmann/Kauffrau Profil M	73	84	88	92	85
Maurer/in	-	-	-	-	-
Landwirte	-	22	32	32	41
Polymechniker/in	86	86	90	90	92
Schreiner/in	100	98	92	94	92
Schreinerpraktiker/in	8	13	14	9	14
Zimmermann/Zimmerin	125	141	124	122	125
Brücke AR	67	67	80	62	81
<b>Total</b>	<b>917</b>	<b>999</b>	<b>1 018</b>	<b>990</b>	<b>1 033</b>

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Sekundarschule	191	186	167	172	181
10. Schuljahr	20	24	19	17	12
Berufsfachschule Wirtschaft	72	59	54	62	56
Fachmittelschule	35	53	64	64	64
Gymnasium	448	447	429	426	368
<b>Total</b>	<b>766</b>	<b>769</b>	<b>733</b>	<b>741</b>	<b>681</b>

#### Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand

	2007	2008	2009	2010	2011
Auszahlungen	103 600	77 350	104 750	145 450	111 500
Umwandlungen von Darlehen in Stipendien	-	26 614	10 000	-	-
Abschreibungen	-	10 000	-	-	-
Rückzahlung von Darlehen	142 305	137 408	137 961	209 990	108 924
ausstehende Darlehen (31.12.)	923 129	664 332	621 121	556 581	721 283

#### Stipendien; Bruttoaufwand

	2007	2008	2009	2010	2011
Sekundarstufe II	526 700	471 140	524 650	483 700	491 500
Tertiärstufe	1 049 450	940 225	913 875	903 500	887 200
<b>Total</b>	<b>1 576 150</b>	<b>1 411 365</b>	<b>1 438 525</b>	<b>1 387 200</b>	<b>1 378 700</b>

#### Schuldgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand

	2007	2008	2009	2010	2011
ausserkantonale Berufsschulen	5 220 383	6 409 638	6 803 830	6 863 417	6 967 831
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 070 653	2 458 151	2 630 093	2 638 222	2 604 024
<b>Total</b>	<b>7 291 036</b>	<b>8 867 789</b>	<b>9 433 923</b>	<b>9 501 639</b>	<b>9 571 855</b>

Schulgelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand

	2007	2008	2009	2010	2011
Universitäten	5 766 875	5 351 320	5 494 318	5 908 410	6 247 235
Fachhochschulen	6 718 293	7 093 196	7 581 908	8 211 667	8 724 545
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	1 123 367	1 806 507	2 347 644	2 241 009	2 263 895
<b>Total</b>	<b>13 608 535</b>	<b>14 251 023</b>	<b>15 423 870</b>	<b>16 361 086</b>	<b>17 235 675</b>

## Departement Gesundheit

### Kantonsärztlicher Dienst

#### Kostengutsprachengesuche

	2007	2008	2009	2010	2011
bewilligte Gesuche	1 603	1 733	1 547	1 554	1 573
abgelehnte Gesuche	634	651	564	441	377
<b>Total Gesuche</b>	<b>2 237</b>	<b>2 384</b>	<b>2 111</b>	<b>1 995</b>	<b>1 950</b>

### Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

#### Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen\*

	2011
Bewilligungen nach Bundesrecht	374
Bewilligungen nach kantonalem Recht	430
<b>Total</b>	<b>804</b>

#### Bewilligungen nach Bundesrecht\*

	2011
Arzt/Ärztin mit Praxisbewilligung	242
Zahnarzt/-ärztin	91
Apotheker/-innen	12
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1
Tierarzt/-ärztin	28
<b>Total</b>	<b>374</b>

\* Hinweis: Aufgrund der Neugestaltung der Statistik sind keine Vergleichszahlen aus den Vorjahren verfügbar.



#### Bewilligungen nach kantonalem Recht\*

	2011
Heilpraktiker/in	232
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	55
Hebammen	30
Psychologen/-innen	26
medizinische Masseur/-innen	34
dipl. Pflegefachpersonen	19
Drogisten/Drogistinnen	11
übrige Gesundheitsfachpersonen	23
<b>Total</b>	<b>430</b>

#### Institutionenbewilligungen\*

	2011
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7
Heime (Alters-, Pflege-, Wohnheime, Behindertenwerkstätten)	65
übrige Institutionen	18
<b>Total</b>	<b>90</b>

Institutionenbewilligung: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

\* Hinweis: Aufgrund der Neugestaltung der Statistik sind keine Vergleichszahlen aus den Vorjahren verfügbar.

## Inspektionen

	2007	2008	2009	2010	2011
bei Heilpraktiker/-innen	32	42	27	47	36
bei Zahnarzt/-ärztinnen	4	4	6	4	9
in ärztlichen Praxen	4	8	7	11	8
bei Apotheken und Drogerien	11	4	13	12	15
weitere Praxen	11	12	4	8	12
andere Inspektionen <sup>1)</sup>	46	19	13	12	21
<b>Total</b>	<b>108</b>	<b>89</b>	<b>70</b>	<b>94</b>	<b>101</b>

<sup>1)</sup> Abklärungen/Inspektionen betr. illegalen Heilmitteln, (unrechtmässigen) Inverkehrbringungen, Vertriebswegen, Abgrenzungen, Betäubungsmitteln, Berufstätigkeiten, Grosshandel, Blutpräparaten, Medizinprodukten, Kliniken.

## Beratungsstelle für Suchtfragen

### Beratungen

	2007	2008	2009	2010	2011
Laufende Beratungen	123	118	152	168	160
Kurzberatung (bis 3 Gespräche)	67	84	91	104	105
<b>Total</b>	<b>190</b>	<b>202</b>	<b>243</b>	<b>272</b>	<b>265</b>

### Laufende Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als 3 Gespräche)

	2007	2008	2009	2010	2011
Männer	82	73	100	106	101
Frauen	35	34	48	50	39
Paare	6	11	4	12	20
<b>Total</b>	<b>123</b>	<b>118</b>	<b>152</b>	<b>168</b>	<b>160</b>

### Laufende Beratungen; Suchtmittel (mehr als 3 Gespräche)

	2007	2008	2009	2010	2011
Alkohol	63	60	75	86	79
Cannabis	18	22	35	33	33
Drogen (exkl. Cannabis)	34	19	30	32	33
Rauchstopp	-	8	6	4	4
Diverse	8	9	6	13	11
<b>Total</b>	<b>123</b>	<b>118</b>	<b>152</b>	<b>168</b>	<b>160</b>

# Departement Bau und Umwelt

Departementssekretariat: Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2007	2008	2009	2010	2011
Pendenzen vom Vorjahr	28	24	35	46	34
Eingänge	56	70	78	79	76
Erledigungen	- 60	- 61	- 67	- 91	- 73
<b>Pendent Ende Jahr</b>	<b>24</b>	<b>33</b>	<b>46</b>	<b>34</b>	<b>37</b>

Planungsamt: Übersicht über den Stand der Erschliessung gem. Art. 21 RPV (alle Bauzonen) per 31.12.2011 (in Aren)

	nicht erschlossen		teilweise erschlossen		innert 5 Jahren baureif		voll erschlossen und baureif		Überbaut bzw. weitgehend überbaut		Gesamtfläche Bauzone
Urnäsch	-	0,0 %	410	6,6 %	4	0,1 %	604	9,7 %	5 228	83,7 %	6 245
Hertsau	582	1,5 %	155	0,4 %	1 111	2,9 %	1 941	5,1 %	34 313	90,1 %	38 101
Schwellbrunn	66	1,7 %	227	5,8 %	229	5,8 %	207	5,3 %	3 213	81,5 %	3 942
Hundwil	126	6,2 %	115	5,7 %	-	0,0 %	84	4,2 %	1 692	83,9 %	2 017
Stein	-	0,0 %	213	7,1 %	20	0,7 %	288	9,6 %	2 471	82,6 %	2 992
Schönengrund	92	6,2 %	5	0,4 %	203	13,8 %	73	5,0 %	1 097	74,6 %	1 471
Waldstatt	83	1,6 %	6	0,1 %	44	0,8 %	351	6,6 %	4 792	90,8 %	5 275
Teufen	106	0,6 %	690	4,2 %	260	1,6 %	1 598	9,7 %	13 879	83,9 %	16 533
Bühler	341	6,2 %	386	7,1 %	-	0,0 %	115	2,1 %	4 613	84,6 %	5 455
Gais	35	0,4 %	-	0,0 %	143	1,7 %	976	11,7 %	7 206	86,2 %	8 360
Speicher	51	0,4 %	-	0,0 %	317	2,7 %	654	5,6 %	10 690	91,3 %	11 711
Trogen	-	0,0 %	72	1,2 %	486	8,1 %	454	7,5 %	5 020	83,2 %	6 033
Rehetobel	30	0,7 %	31	0,7 %	60	1,4 %	363	8,6 %	3 749	88,6 %	4 233
Waldstatt	-	0,0 %	109	4,8 %	190	8,5 %	242	10,8 %	1 697	75,8 %	2 237
Grub	277	10,7 %	40	1,5 %	60	2,3 %	116	4,4 %	2 110	81,1 %	2 603
Heiden	120	1,0 %	161	1,3 %	794	6,5 %	995	8,1 %	10 192	83,1 %	12 262
Wolfhalden	260	5,4 %	149	3,1 %	111	2,3 %	393	8,1 %	3 931	81,2 %	4 844
Lutzenberg	179	3,6 %	56	1,1 %	188	3,8 %	238	4,8 %	4 318	86,7 %	4 979
Walzenhausen	201	2,9 %	399	5,7 %	65	0,9 %	785	11,2 %	5 531	79,2 %	6 981
Reute	49	2,6 %	118	6,3 %	-	0,0 %	277	14,7 %	1 441	76,5 %	1 884
<b>Gesamttotal</b>	<b>2 597</b>	<b>1,8 %</b>	<b>3 942</b>	<b>2,3 %</b>	<b>4 284</b>	<b>2,9 %</b>	<b>10 754</b>	<b>7,3 %</b>	<b>127 181</b>	<b>85,8 %</b>	<b>148 158</b>



Hochbauamt

Tabelle der offenen Investitionskredite

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilligungsinstanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
<b>Herisau, Umnutzung Zeughaus</b> Projektierungs-, Bau- und Zusatzkredite für Umnutzung, Landerwerb, zusätzl. Parkplätze + Verbreiterung Annex	20 110 000	RR/VR KR	X X	20 461 839	20 417 000
<b>Herisau, Kantonale Notrufzentrale KNZ</b> Planung 190 000, Ausführungskredit 2 700 000	2 890 000	RR	X	2 912 369	2 890 000
<b>Kantonsschule Trogen</b> Optimierung und Erneuerung Mensa im Konviktsgebäude Planungs- und Baukredite	7 230 000	KR/RR	X	7 230 000	7 230 000
<b>Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA</b> Planung Möglichkeiten der Landreserve	160 000	RR	X	160 000	160 000
Retention, Kanalisation, Beleuchtung	250 000	RR	X	250 000	◇ 246 000
Fernwärmeversorgung, Umgebungsbeleuchtung	500 000	RR	X	500 000	500 000
Arealentwicklung/Unterbringung BUSA	190 000	RR	X	190 000	190 000
<b>Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung</b>	<b>39 500 000</b>	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4 300 000	RR	X	4 622 327	4 484 001
Haus I	9 000 000	RR	X	9 885 281	9 686 151
Haus III	6 000 000	RR		0	offen
Haus IV	6 100 000	RR	X	6 795 968	6 460 241
Haus V	1 855 000	RR		0	offen
Haus VI	3 350 000	RR		0	offen
Haus VIII	3 850 000	RR	X	4 251 770	4 251 770
Haus IX	2 450 000	RR		0	offen
<b>Trogen, Fünfeckpalast</b> Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	1 097 000	KR	X	1 097 000	1 097 000
<b>Trogen, Optimierung und Erneuerung Rathaus</b> Projektierungskredit	380 000	RR	X	380 000	380 000
<b>Spital Herisau</b> Erneuerung MSR-System, a.o. Unterhalt, Plan-Digitalisierung	380 000	RR	X	380 000	◇ 374 413
Erneuerung MSR-System 2. Etappe, a.o. Unterhalt	1 050 000	RR	X	1 050 000	◇ 1 006 836
Erneuerung Notstromanlage, a.o. Unterhalt	1 025 000	RR	X	1 025 000	1 025 000
Zentral-Sterilisation Planungs- und Baukredite	2 450 000	KR/RR	X	2 450 000	2 450 000
<b>Spital Heiden</b> Erneuerung Kältemaschine OP, a.o. Unterhalt, Fernwärme	825 000	RR	X	825 000	825 000
Ambulatorium, Umbau EG Spital, Umbau Dunant-Haus	750 000	RR	X	750 000	750 000
Umbau/Kauf Liegenschaft Asylstrasse 4	2 350 000	RR/VA	X	2 350 000	2 350 000
<b>Strafanstalt Gmünden, Niederteufen</b>	<b>1 280 000</b>				
Erneuerung Wärmeerzeugung	470 000	RR	X	471 880	◇ 468 364
Verbesserung Lagerhaltung	550 000	RR	X	552 200	◇ 546 096
Verstärkung Strasse und Plätze	260 000	RR	X	261 040	◇ 225 718
<b>Teufen, Indoor-Schiesssport-Zentrum * Baubeitrag</b>	140 000	RR	X	140 000	◇ 140 000
<b>Heiden, Freihof/Polizei-posten</b> Umnutzung/Erweiterung	320 000	RR	X	320 000	◇ 322 518
<b>Heiden, Werkhof Bissau</b> , Sanierung Werkstatt/Bürotrakt °	4 800 000	RR	X	4 800 000	4 800 000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = definitiv abgerechnet

RR = Regierungsrat

VA = Volksabstimmung

\* = kein kantonales Bauvorhaben

KR = Kantonsrat

° = zu Lasten Strassenrechnung

Kantonsseigene und Pensionskassen Liegenschaften

	Gebäude, Grundstücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2011
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude Spitäler, Anstalten, Schulen	116	114		122 994 700 261 687 100
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	105	94	2 4	49 232 900
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	25	25	4	10 495 800
Pensionskasse von Appenzell Ausserrhoden	Grundstücke mit Gebäude Grundstücke ohne Gebäude	182	182		61 875 300
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	9	6	10	5 797 800
<b>Bestand 31.12.2011</b>	<b>265</b>	<b>437</b>	<b>421</b>	<b>20</b>	<b>512 083 600</b>
Bestand 31.12.2010	265	403	387	27	466 772 900

Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Bürräume, Wohnungen	21	79	1 485 525
Archive, Lager Parkplätze	2 2	29 23	
Gewerbliche Objekte	8	8	147 144
Polizei-posten	3	3	55 578
Archive, Lager Parkplätze	5	3 12	
Garagen und Einstellplätze	2	65	115 020
<b>Bestand 31.12.2011</b>	<b>43</b>	<b>232</b>	<b>1 803 267</b>
Bestand 31.12.2010	36	223	1 756 840

\* vermietbare Einheiten

**Parkplatzbewirtschaftung**

Insgesamt werden 242 Parkplätze für die kantonale Verwaltung durch das Hochbauamt bewirtschaftet.

Bestand der durch das Hochbauamt verwalteten Liegenschaften





## Renditeliegenschaften Finanzvermögen in Fr.

	Ort	Buchwert 01.01.2011	Nettomietzins- Solleinnahme pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Grüt 160	Bühler	830 000	58 100	7,0000 %
Dorfplatz 5	Gais	1 863 400	130 440	7,0001 %
Hinterbissastr. 68	Heiden	306 900	21 480	6,9990 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 230 800	226 156	7,0000 %
Alpsteinstr. 26B	Herisau	315 400	22 080	7,0006 %
Alpsteinstr. 26C	Herisau	318 900	22 320	6,9991 %
Alpsteinstr. 30/32	Herisau	444 000	31 080	7,0000 %
Degersheimerstr. 3	Herisau	253 700	17 760	7,0004 %
Spitalstr. 4/Buchenstr. 10	Herisau	312 900	21 900	6,9990 %
Rosenastr. 7	Herisau	312 000	21 840	7,0000 %
Huebstr. 40A	Herisau	350 600	29 555	8,4298 %
Huebstr. 40B	Herisau	154 300	10 800	6,9994 %
Huebstr. 49	Herisau	305 300	21 632	7,0855 %
Industriestr. 1	Herisau	584 600	40 920	6,9997 %
Industriestr. 3	Herisau	592 500	47 400	8,0000 %
Krombach 1	Herisau	357 400	27 295	7,6371 %
Krombach 2	Herisau	221 100	15 480	7,0014 %
Huebstr. 34	Herisau	451 300	31 589	6,9996 %
Kreuzstr. 22	Herisau	2 221 700	157 805	7,1029 %
Schlossstr. 5	Herisau	606 900	42 480	6,9995 %
Schlossstr. 14	Herisau	108 900	7 620	6,9972 %
Dorf 4	Hundwil	141 800	9 924	6,9986 %
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	360 000	33 500	9,3056 %
Gmünden 1191	Niederteufen	478 600	25 800	5,3907 %
St.Gallerstr. 11	Rehetobel	1 003 000	70 212	7,0002 %
Zaun 55	Speicher	2 306 200	161 515	7,0035 %
Ebni 4	Teufen	1 841 800	138 132	7,4998 %
Dorf 1666	Urnäsch	496 500	34 752	6,9994 %
Mooshaldenstr. 26 (vormals 30)	Waldstatt	119 600	8 255	6,9022 %
Herisauerstr. 36/Mooshalden 3 <sup>1)</sup>	Waldstatt	10 000	700	7,0000 %
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	141 400	9 900	7,0014 %
Dorf 104	Walzenhausen	1 093 800	92 976	8,5003 %
Industriestr. 15	Herisau	451 750	10 200	2,2579 %
<b>Total</b>		<b>22 587 050</b>	<b>1 601 598</b>	<b>7,0908 %</b>

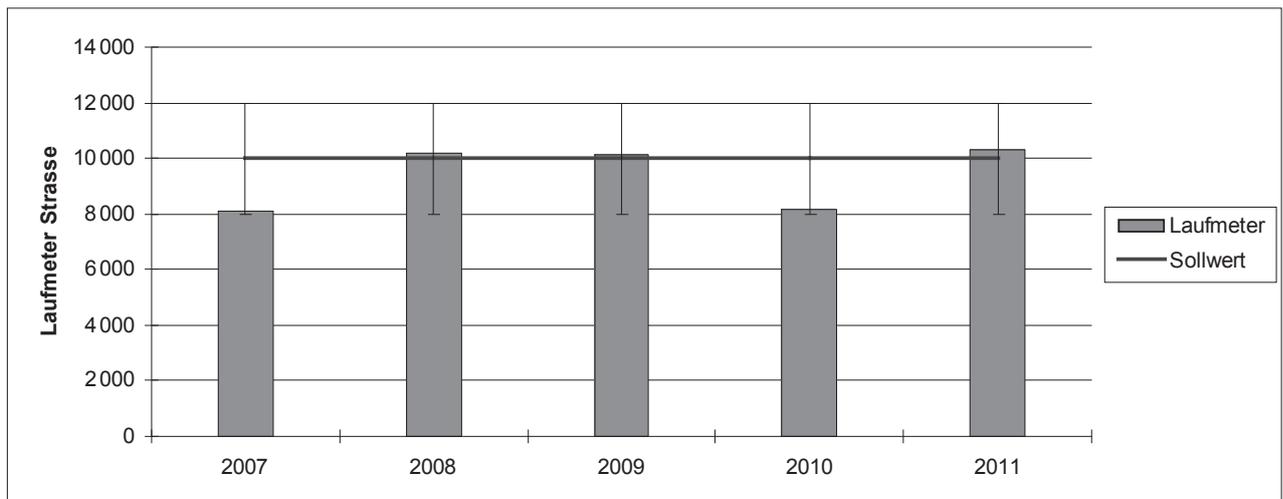
<sup>1)</sup> auf GB Nr. 626

## Renditeliegenschaften; Miteigentum

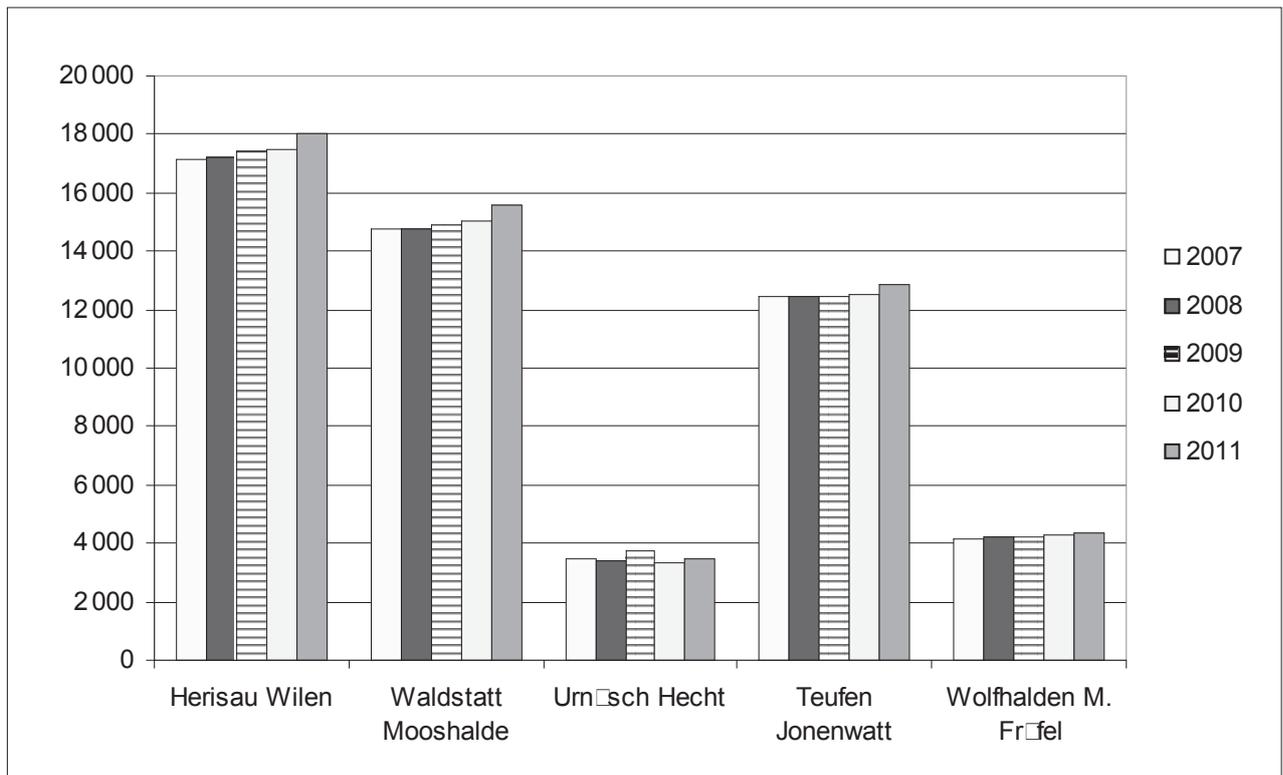
	Buchwert 01.01.2011	Buchwert 01.01.2012
MEG Gutenbergzentrum (2/12 Anteile)	4 450 000	4 450 000
MEG Café Würzer (2/12 Anteile)	211 500	871 500
MEG Gutenbergstr. 2 (neu 2/12 Anteile)	143 800	143 800
<b>Total</b>	<b>4 805 300</b>	<b>5 465 300</b>

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik



Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: Ausbezahlte Beiträge in Fr.

	2007	2008	2009	2010	2011
Thermische Solaranlagen	75 273	60 314	144 089	164 306	110 373
Photovoltaik-Anlagen	-	-	77 235	128 340	146 925
Holzfeuerungen	381 000	106 000	169 850	96 000	166 100
Wärmenetzanschlüsse	38 800	190 400	45 600	134 000	100 500
Erdsonden-Wärmepumpe	-	-	-	62 500	76 500
Minergie-Gebäude	166 112	37 404	117 948	113 330	210 510
Gebäudehüllen-Sanierung	10 287	29 427	100 690	344 698	311 464
Diverse Massnahmen	-	-	23 500	28 600	33 500
<b>Total</b>	<b>671 472</b>	<b>423 545</b>	<b>678 912</b>	<b>1 071 774</b>	<b>1 155 872</b>
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	-	-	252 940	1 093 090

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2007	2008	2009	2010	2011
Thermische Solaranlagen	38	31	73	81	53
Photovoltaik-Anlagen	-	-	13	16	22
Holzfeuerungen	25	20	35	20	20
Wärmenetzanschlüsse	12	61	22	42	32
Erdsonden-Wärmepumpe	-	-	-	15	15
Minergie-Gebäude	15	7	18	14	25
Gebäudehüllen-Sanierung	1	5	19	39	56
Diverse Massnahmen	-	-	5	17	19
<b>Total</b>	<b>91</b>	<b>124</b>	<b>185</b>	<b>244</b>	<b>242</b>
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	-	-	-	<sup>1)</sup> 70	355

<sup>1)</sup> Antragstellung ist seit dem 1. Januar 2010 möglich



## Departement Volks- und Landwirtschaft

### Handelsregisteramt

#### Bestand

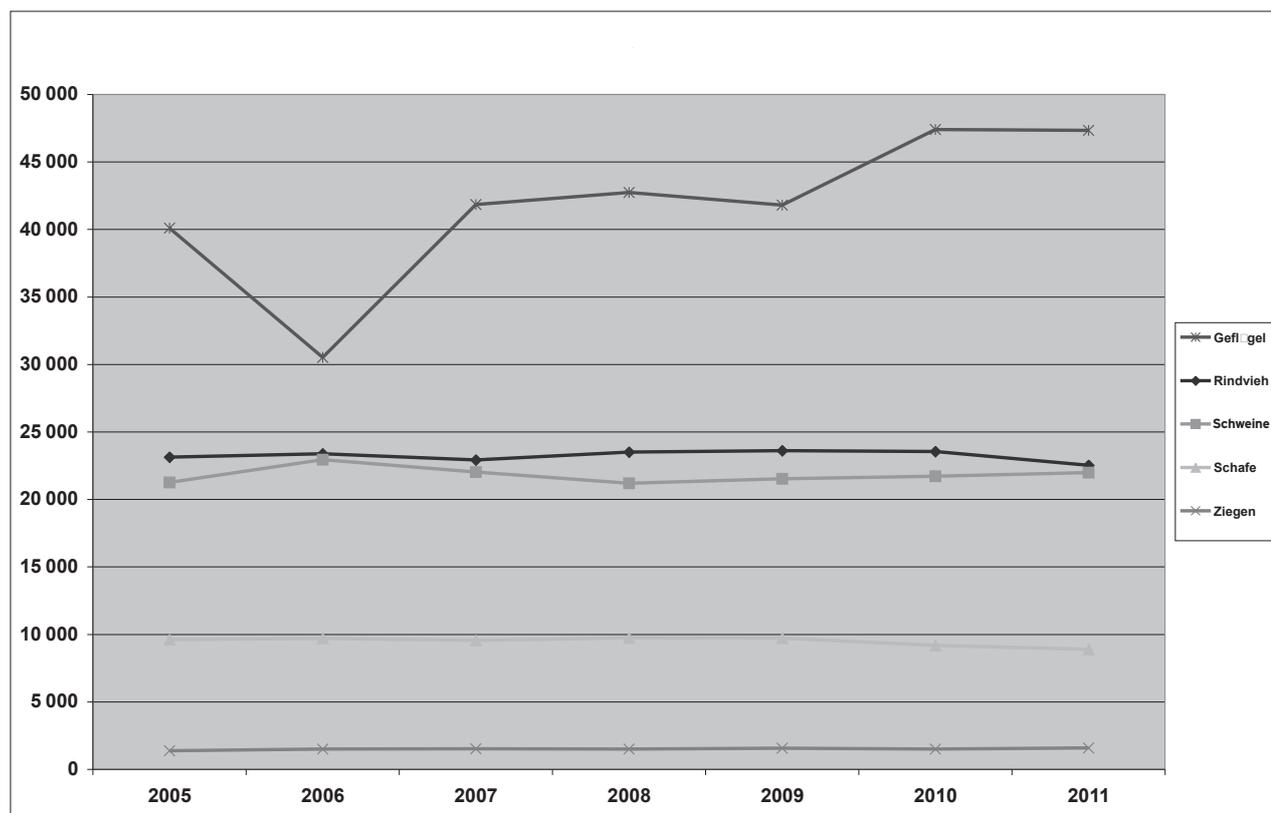
	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelunternehmen	1 005	1 044	1 066	1 088	1 105
Personengesellschaften	83	82	74	68	69
AG	1 244	1 411	1 554	1 664	1 754
GmbH	707	866	1 007	1 080	1 178
Genossenschaften	61	60	58	58	54
Vereine	22	26	22	24	25
Stiftungen	142	138	138	134	132
besondere Rechtsformen	2	3	4	4	3
Zweigniederlassungen	96	102	98	103	111
<b>Total</b>	<b>3 362</b>	<b>3 732</b>	<b>4 021</b>	<b>4 223</b>	<b>4 431</b>
Veränderung		+ 11,0 %	+ 7,7 %	+ 5,0 %	+ 4,9 %

#### Eintragungen und Löschungen

	2008	2009	2010	2011
Eintragungen Handelsregister	548	515	501	505
Löschungen	173	222	299	297
<b>Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden</b>	<b>375</b>	<b>293</b>	<b>202</b>	<b>208</b>

Landwirtschaftsamt

Entwicklung Tierbestände





## Veterinärämtesverband

### Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2007	2008	2009	2010	2011
Bewilligte Schlachtbetriebe	12	12	12	11	11
Inspektionen	15	6	7	4	5
Beanstandungen	55	33	45	38	35

### Fleischuntersuchungen; Schlachtungen total

	2007	2008	2009	2010	2011
Kühe/Rinder <sup>1)</sup>	518	519	402	785	698
Kälber <sup>2)</sup>	487	418	354	13	10
Schafe	687	495	464	406	478
Ziegen	428	345	176	197	214
Schweine	2 799	2 690	2 142	2 204	2 242
Pferde	2	4	-	4	6
Lamas, Alpakas	2	1	2	-	-
<b>Total</b>	<b>4 923</b>	<b>4 472</b>	<b>3 540</b>	<b>3 609</b>	<b>3 648</b>

<sup>1)</sup> bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

<sup>2)</sup> bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen

#### Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2007	2008	2009	2010	2011
Kühe/Rinder <sup>1)</sup>	397	385	282	634	595
Kälber <sup>2)</sup>	451	395	324	10	9
Schafe	682	487	461	402	476
Ziegen	428	345	176	196	214
Schweine	2 773	2 675	2 137	2 198	2 237
Pferde	2	3	-	3	6
Lamas, Alpakas	2	1	2	-	-
<b>Total</b>	<b>4 735</b>	<b>4 291</b>	<b>3 382</b>	<b>3 443</b>	<b>3 537</b>

#### Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2007	2008	2009	2010	2011
Kühe/Rinder <sup>1)</sup>	121	134	120	151	103
Kälber <sup>2)</sup>	36	23	30	3	1
Schafe	5	8	3	4	2
Ziegen	-	-	-	1	-
Schweine	26	15	5	6	5
Pferde	-	1	-	1	-
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
<b>Total</b>	<b>188</b>	<b>181</b>	<b>158</b>	<b>166</b>	<b>111</b>

<sup>1)</sup> bis 2009: > 6 Monate / ab 2010: > 6 Wochen

<sup>2)</sup> bis 2009: < 6 Monate / ab 2010: < 6 Wochen

## Rückstandsuntersuchungen



	2007		2008		2009		2010		2011	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	4	-	9	-	24	1	10	10	10	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch							10	1	10	1
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	99	5	80	3	66	-	66	3	45	-
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	18	-	5	-	5	1	12	-	12	-
<b>Total</b>	<b>121</b>	<b>5</b>	<b>94</b>	<b>3</b>	<b>95</b>	<b>2</b>	<b>98</b>	<b>14</b>	<b>77</b>	<b>1</b>

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV)/Arbeitslosenkasse

RAV-Statistik

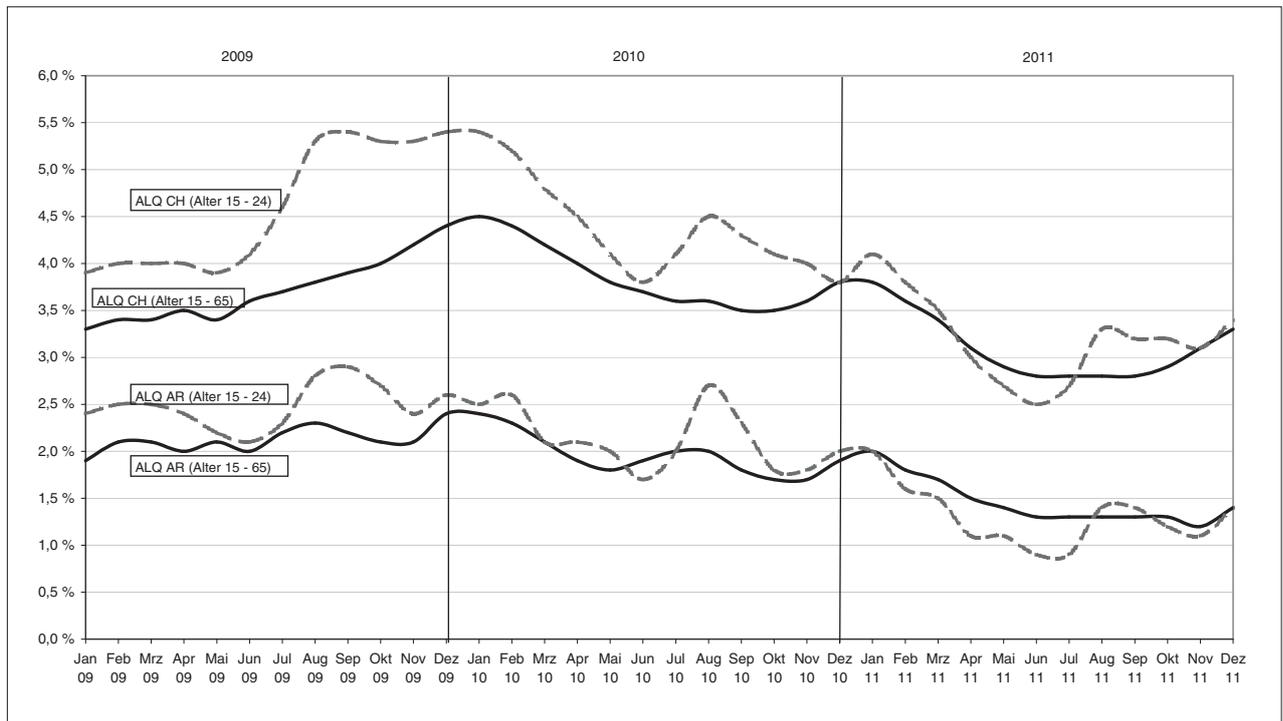
	2007	2008	2009	2010	2011
Ø Stellensuchende	633	570	884	975	786
Ø Arbeitslosenquote	1,5 %	1,4 %	2,1 %	2,0 %	1,5 %
Ø Personalbestand RAV <sup>1)</sup>	8,4	7,9	9,8	11,9	11,8
vermittelte Dauerstellen	87	86	75	104	100
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienst	161	114	92	117	112
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	412	323	<sup>2)</sup> 450	661	454
Stellenmeldungen	307	378	357	500	443
Ø Bezugstage bis Abmeldung je Stellensuchende	164	146	140	169	165
neu ausgesteuerte Personen	104	87	86	111	<sup>3)</sup> 179

<sup>1)</sup> Vollstellen

<sup>2)</sup> aufgrund eines Systemwechsels beim Bund nur Schätzwert möglich

<sup>3)</sup> provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)

### Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)



#### Auszahlung Arbeitslosenentschädigung

	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslosenentschädigung	13 990 173	11 830 584	19 082 727	22 795 118	16 574 124
Kurzarbeitsentschädigung	187 487	32 266	10 409 310	3 841 830	1 122 903
Schlechtwetterentschädigung	43 046	85 472	450 092	330 223	96 678
Insolvenzentschädigung	122 978	169 381	80 471	221 305	226 127
Präventivmassnahmen	550 162	433 566	467 640	678 049	511 055
<b>Total</b>	<b>14 893 847</b>	<b>12 551 269</b>	<b>30 490 239</b>	<b>27 866 524</b>	<b>18 530 887</b>

#### Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer

	2007	2008	2009	2010	2011
Januar	80	1	318	767	91
Februar	72	1	553	690	289
März	66	-	757	390	272
April	-	-	1 231	216	121
Mai	-	-	1 119	280	124
Juni	-	-	1 266	259	55
Juli	-	-	523	54	-
August	-	-	704	60	-
September	-	-	972	62	186
Oktober	-	-	854	68	54
November	1	29	748	67	48
Dezember	3	117	676	92	176
<b>Total</b>	<b>222</b>	<b>148</b>	<b>9 721</b>	<b>3 005</b>	<b>1 416</b>



## Departement Sicherheit und Justiz

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	1995	2000	2009	2010	2011
Personenwagen	23 130	24 732	28 574	28 824	29 397
Gesellschaftswagen/Kleinbus	104	105	125	120	119
Last-/Lieferwagen	1 962	1 988	2 299	2 355	2 463
Motorkarren/Traktoren/ Arbeitsfahrzeuge	542	429	508	511	507
Kleinmotorfahrzeuge	-	18	127	132	132
Motorräder	2 646	3 301	4 789	4 799	4 863
Kleinmotorräder	245	625	380	366	342
Anhänger	2 319	2 725	3 267	3 311	3 403
Landwirtschaftliche Fahrzeuge	2 093	2 280	2 304	2 313	2 316
<b>Total</b>	<b>33 041</b>	<b>36 203</b>	<b>42 373</b>	<b>42 731</b>	<b>43 542</b>
Veränderung		+ 9,57 %	+ 17,04 %	+ 0,84 %	+ 1,90 %

## Kantonspolizei

### Kriminalpolizei

	2007	2008	2009	2010	2011
Diebstahl	439	540	430	404	318
davon Einbruch	119	291	150	140	134
Fahrzeugdiebstahl	180	200	187	119	151
davon Personenwagen	3	9	12	1	3

### Verkehrspolizei

	2007	2008	2009	2010	2011
Verkehrsunfall	339	303	316	334	472
davon Selbstunfall	113	128	119	123	178
Verletzte Personen	156	146	143	159	142
davon tödlich verletzte	3	3	2	2	-

### Regionalpolizei

	2007	2008	2009	2010	2011
Polizeiliche Führungsberichte	343	182	229	218	170
Zuführungen an Betreibungsämter	498	442	429	400	423
Vorhalte wegen SVG-Übertretungen	2 173	3 071	1 951	1 509	1 513

### Jagdverwaltung

	2007	2008	2009	2010	2011
Niederjagdpatente	133	139	141	143	138
Hochjagdpatente	46	47	53	49	50
Jagdstraffälle	7	8	3	5	1



#### Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2007	2008	2009	2010	2011
Schwarzwild	1	-	-	-	-
Rotwild (Hirsche)	18	23	27	29	20
Gamswild	18	15	5	9	11
Rehwild	399	400	390	423	497
<b>Total</b>	<b>436</b>	<b>438</b>	<b>422</b>	<b>461</b>	<b>528</b>

#### Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

##### Rekrutenaushebung

	2009	2010	2011
Diensttauglich	352	283	253
Schutzdiensttauglich	56	49	40
Untauglich	54	40	44
Zurückgestellt	18	6	11
<b>Total Stellungspflichtige</b>	<b>480</b>	<b>378</b>	<b>348</b>
davon Diensttauglich	73 %	75 %	73 %

##### Schiesswesen ausser Dienst (Pflicht)

	2009	2010	2011
Bundesprogramm 300 m	1 850	1 729	1 631
Bundesprogramm 50 m / 25 m	154	152	150
<b>Total</b>	<b>2 004</b>	<b>1 881</b>	<b>1 781</b>
davon disziplinarische Bestrafung (versäumte Schiesspflicht)	75	93	81

#### Schiesswesen ausser Dienst

	2009	2010	2011
Feldschiessen 300 m	1 087	958	840
Feldschiessen 50 m / 25 m	193	193	176
Jungschützen	103	98	88

#### Kontrollführung

	2009	2010	2011
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 624	4 173	4 150
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	175	60	153

#### Wehrpflichtersatzabgabe

	2009	2010	2011
Ersatzpflichtige	1 496	1 336	1 543
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	789 000	716 000	933 000
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	197 000	179 000	233 000

#### Zivilschutz

	2009	2010	2011
belüftete Schutzraumplätze	55 730	55 780	55 795
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	53	41	33
geleistete Dienstage	4 385	4 003	4 016
Belegungstage Ausbildungszentrum Teufen	251	250	215
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	13	9	9

## Departement Inneres und Kultur

Bevölkerung des Kantons Appenzell Ausserrhoden. 1980, 1990, 2000, 2007-2011

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration

1980: Volkszählung vom 1. Dezember 1980; 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2007-2010: Stand jeweils 1. Januar bzw. 31. Dezember des Vorjahres (ESPOP); 2011: Stand 1. Januar bzw. 31. Dezember des Vorjahres (STATPOP).

### Appenzell Ausserrhoden

	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Hinterland	21 545	23 805	24 248	23 378	23 542	23 732	23 684	23 577
Mittelland	14 392	15 373	15 623	15 880	15 855	16 024	16 200	16 195
Vorderland	11 674	13 051	13 633	13 251	13 257	13 298	13 159	13 245
<b>Total</b>	<b>47 611</b>	<b>52 229</b>	<b>53 504</b>	<b>52 509</b>	<b>52 654</b>	<b>53 054</b>	<b>53 043</b>	<b>53 017</b>

### Hinterland

	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Urnäsch	2 258	2 431	2 336	2 243	2 297	2 259	2 230	2 269
Herisau	14 160	15 624	15 882	15 205	15 282	15 450	15 426	15 236
Schwellbrunn	1 142	1 438	1 468	1 426	1 428	1 466	1 453	1 477
Hundwil	943	1 035	1 038	987	983	983	990	968
Stein	1 198	1 314	1 355	1 323	1 336	1 346	1 348	1 359
Schönengrund	404	434	459	457	469	478	486	496
Waldstatt	1 440	1 529	1 710	1 737	1 747	1 750	1 751	1 772
<b>Total</b>	<b>21 545</b>	<b>23 805</b>	<b>24 248</b>	<b>23 378</b>	<b>23 542</b>	<b>23 732</b>	<b>23 684</b>	<b>23 577</b>

Mittelland

	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Teufen	5 027	5 252	5 535	5 693	5 696	5 757	5 810	5 748
Bühler	1 640	1 628	1 598	1 644	1 628	1 640	1 654	1 668
Gais	2 388	2 662	2 770	2 826	2 885	2 963	3 017	3 065
Speicher	3 484	3 789	3 853	3 927	3 953	3 984	4 013	4 027
Trogen	1 853	2 042	1 867	1 790	1 693	1 680	1 706	1 687
<b>Total</b>	<b>14 392</b>	<b>15 373</b>	<b>15 623</b>	<b>15 880</b>	<b>15 855</b>	<b>16 024</b>	<b>16 200</b>	<b>16 195</b>

Vorderland

	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Rehetobel	1 416	1 688	1 742	1 685	1 674	1 670	1 676	1 703
Wald	695	851	881	860	875	854	836	844
Grub	833	1 019	1 038	1 001	1 007	1 011	1 006	1 017
Heiden	3 620	3 885	4 063	4 029	4 050	4 080	4 023	3 990
Wolfhalden	1 632	1 713	1 689	1 728	1 708	1 717	1 701	1 706
Lutzenberg	880	1 083	1 323	1 213	1 220	1 237	1 237	1 254
Walzenhausen	2 004	2 152	2 181	2 058	2 041	2 051	2 015	2 071
Reute	594	660	716	677	682	678	665	660
<b>Total</b>	<b>11 674</b>	<b>13 051</b>	<b>13 633</b>	<b>13 251</b>	<b>13 257</b>	<b>13 298</b>	<b>13 159</b>	<b>13 245</b>

Departementssekretariat

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Veränderung

	2007	2008	2009	2010	2011
Pendenzen vom Vorjahr	-	17	10	14	23
Eingänge	24	35	39	42	27
Erledigungen	- 7	- 42	- 35	- 33	- 18
<b>Pendent Ende Jahr</b>	<b>17</b>	<b>10</b>	<b>14</b>	<b>23</b>	<b>32</b>

Behandlung von Beschwerden und Rekursen; Eingänge

	2007	2008	2009	2010	2011
Departementsgeschäfte <sup>1)</sup>	-	6	12	8	11
Vormundschaftsbeschwerden (RR)	16	12	13	18	8
Stimmrechtsbeschwerden (RR)	2	5	3	1	2
Aufsichtsbeschwerden (RR)	1	4	3	-	2
Diverse (RR)	5	8	8	15	4
<b>Total</b>	<b>24</b>	<b>35</b>	<b>39</b>	<b>42</b>	<b>27</b>

<sup>1)</sup> V.A. Rekurse in der Sozialhilfe, bis 2009 Beschwerden gegen Nichtgewährung Prämienverbilligung

## Asyl und Integration

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Stand: 31.12.2011)

### Unterbringung Kanton

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	
Zentrale Unterbringung	42	44	2	-	44	44	+ 0
Unterbringung Gemeinden	70	111	75	78	145	189	+ 44
<b>Total</b>	<b>112</b>	<b>155</b>	<b>77</b>	<b>78</b>	<b>189</b>	<b>233</b>	<b>+ 44</b>

### Zentrale Unterbringung

	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	
Unterbringung Zentren <sup>1)</sup>	38	32	2	-	40	32	- 8
Nothilfestruktur	3	6	-	-	3	6	+ 3
Diverse Unterbringungsfälle <sup>2)</sup>	1	6	-	-	1	6	+ 5
<b>Total</b>	<b>42</b>	<b>44</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>44</b>	<b>44</b>	<b>+ 0</b>

<sup>1)</sup> Durchgangszentrum Alpenblick (bis 31.10.2010), Zentrum für Asylsuchende Landegg (ab 01.11.2010)

<sup>2)</sup> Haftfälle, spezielle Platzierungen

Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Stand: 31.12.2011)

Unterbringung Gemeinden

	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2010	2011	2010	2011	2010	2011	
Urnäsch	2 273	4	7	3	1	7	8	+ 1
Herisau	15 256	3	24	30	36	33	60	+ 27
Schwellbrunn	1 484	5	4	-	-	5	4	- 1
Hundwil	977	1	1	7	7	8	8	+ 0
Stein	1 377	4	6	1	1	5	7	+ 2
Schönengrund	510	-	-	-	-	-	-	+ 0
Waldstatt	1 809	1	2	3	3	4	5	+ 1
Teufen	5 875	10	12	1	1	11	13	+ 2
Bühler	1 701	5	6	3	3	8	9	+ 1
Gais	3 047	3	5	5	5	8	10	+ 2
Speicher	4 148	9	11	4	6	13	17	+ 4
Trogen	1 725	2	7	2	1	4	8	+ 4
Rehetobel	1 729	-	-	4	4	4	4	+ 0
Wald	837	1	-	7	6	8	6	- 2
Grub	1 000	2	3	-	-	2	3	+ 1
Heiden	4 042	10	7	2	1	12	8	- 4
Wolfhalden	1 720	-	2	-	-	-	2	+ 2
Lutzenberg	1 272	-	-	2	1	2	1	- 1
Walzenhausen	2 138	8	9	-	2	8	11	+ 3
Reute	638	2	5	1	-	3	5	+ 2
<b>Total</b>	<b>53 558</b>	<b>70</b>	<b>111</b>	<b>75</b>	<b>78</b>	<b>145</b>	<b>189</b>	<b>+ 44</b>

#### Entwicklung Zuweisungen

	2007	2008	2009	2010	2011
Anwesend am 01.01.	143	153	206	234	189
Zugänge	73	136	133	118	165
Erledigungen	63	83	105	163	121
Anwesend am 31.12.	153	206	234	189	233
<b>Veränderung</b>	<b>+ 10</b>	<b>+ 53</b>	<b>+ 28</b>	<b>- 45</b>	<b>+ 44</b>

#### Zugänge

	2007	2008	2009	2010	2011
Bundes-Zuweisungen	60	111	101	93	154
Zuzüge aus anderen Kantonen	-	1	3	1	-
Geburten	2	-	8	2	4
Vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	11	24	21	22	7
<b>Total</b>	<b>73</b>	<b>136</b>	<b>133</b>	<b>118</b>	<b>165</b>



## Erledigungen

	2007	2008	2009	2010	2011
Wegzug in anderen Kanton	2	2	3	2	1
Kontrollierte Ausreise	4	3	8	13	13
Ausschaffungen	6	4	15	16	31
Abreise nach unbekannt	7	19	17	40	26
Erteilung humanitäre Bewilligung	10	11	16	7	1
Erteilung andere Bewilligung	6	2	5	4	2
Anerkennung als Flüchtling	17	18	20	32	40
Nachführung bereits vorläufig aufgenommene Flüchtlinge	11	24	21	27	-
Vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	-	-	-	22	7
<b>Total</b>	<b>63</b>	<b>83</b>	<b>105</b>	<b>163</b>	<b>121</b>

Amt für Kultur

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche, Beiträge und Stellungnahmen

	2007	2008	2009	2010	2011
Kanton	401 016	571 831	1 297 413	664 330	825 940
Bund	193 340	84 461	442 908	172 364	180 375
Gemeinde	521 993	679 090	1 106 474	709 848	1 215 222
<b>Total</b>	<b>1 116 349</b>	<b>1 335 382</b>	<b>2 846 795</b>	<b>1 546 542</b>	<b>2 221 537</b>

	2007	2008	2009	2010	2011
Beitragsgesuche	71	58	61	60	66
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	111	188	113	158	<sup>1)</sup> 169

<sup>1)</sup> 24 Stellungnahmen zu Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben. 145 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.





